
ARCHITEKTUR
DER DDR
11'77
Preis 5,– Mark

Die Zeitschrift „Architektur der DDR“
erscheint monatlich
Heftpreis 5,– M, Bezugspreis vierteljährlich 15,– M

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:

Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

Bestellungen nehmen entgegen

Für Buchhandlungen:

Buchexport, Volkseigener Außenhandelsbetrieb der DDR, DDR, 701 Leipzig

Für Endbezieher:

Internationale Buchhandlungen in den jeweiligen Ländern bzw. Zentralantiquariat der DDR
DDR, 701 Leipzig
Talstraße 29

Otto Englberger

Prof. em. Dr.-Ing. e. h. Otto Englberger, em. Ordentliches Mitglied der Bauakademie der DDR, ist am 28. Oktober 1977 im Alter von 72 Jahren in Weimar verstorben.

Wir trauern um einen Architekten, Lehrer und Genossen, der sein Leben zwei großen Aufgaben widmete: dem Wohnungsbau und der Herausbildung junger Architekten. Als langjähriger Rektor der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar hat er entscheidenden Anteil an der Entwicklung dieser bedeutenden Bildungsstätte. Mit zahlreichen Bauten und Wettbewerbsentwürfen trug er zur Entwicklung der sozialistischen Architektur in der DDR bei.

Klassenbewußtsein und Treue zur Partei der Arbeiterklasse, Bescheidenheit und Optimismus kennzeichneten seine Persönlichkeit. Praktischer Sinn, feines Empfinden, soziale Verantwortung und warme Menschlichkeit bildeten die Grundlage seines Wirkens als Hochschullehrer. Eine ganze Generation von Architekten unseres Landes fühlt sich als seine Schüler und wird sein Andenken in Ehren bewahren.

Redaktion

Zeitschrift „Architektur der DDR“, 108 Berlin,
VEB Verlag für Bauwesen
Französische Straße 13–14
Telefon: 204 12 66 · 204 13 14
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik
Artikelnummer: 5236

Verlag

VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Dipl.-Ök. Siegfried Seeliger
Telefon: 204 10
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 11-22-29 trave Berlin
(Bauwesenverlag)

Gesamtherstellung:

Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam
Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)
Printed in GDR
P 3/44/77 bis P 3/49/77

Archit. DDR, Berlin **26** (1977) Nov., 11, S. 641–704

Im nächsten Heft:

Internationales Entwurfsseminar für die Umgestaltung der Altstadt Berlin-Köpenick
Modernisierungskomplex Leipzig-Leutsch
Studie zur Erarbeitung von Umgestaltungsgrundlagen – ein Beitrag zur Planung der Umgestaltung von Altbauwohngebieten der Gründerzeit
Planung und Gestaltung von Fußgängerbereichen in Stadtzentren (Hauptfunktion, Einrichtungen, städtebaulich-architektonische Gestaltung, Grünanlagen, Pflanzungen, Verkehrserschließung, Planung und Realisierung)

Redaktionsschluß:

Kunstdruckteil: 6. September 1977
Illusdruckteil: 14. September 1977

Titelbild:

Neubauwohnkomplex Leninallee/Ho-Chi-Minh-Straße in Berlin
Foto: Monika Uelze, Berlin

Fotonachweis:

Zdenek Vozenilek, Prag (1); Irma Schmidt, Rostock (1); Otto Albrecht, Magdeburg (1); Monika Uelze, Berlin (26); DEWAG-Werbung, Berlin (1); VEB WBK Erfurt/Bildstelle (15); VMI-Fotostudio/Weimar (12); Bohuslav Chapka, Plzen (3); Gottfried Hein, Berlin (1); Werner Rietdorf, Berlin (5)



ARCHITEKTUR DER DDR

XXVI. JAHRGANG · BERLIN · NOVEMBER 1977

642	**Notizen**	red.
644	**Zur Wechselwirkung von Bautechnologie und architektonischer Gestaltung**	Herbert Ricken
649	**Neubauwohnkomplex Leninallee/Ho-Chi-Minh-Straße in Berlin**	Lothar Köhler, Dieter Rühle
656	**Freiflächengestaltung im Komplex Leninallee/Ho-Chi-Minh-Straße**	Hans-Eberhardt Horn
660	**Gesundheitszentrum für 50 000 Einwohner**	Jörg Zahlmann
664	**Körperbehindertenschule in Berlin**	Wolf Rüdiger Eisentraut
667	**Fassadengestaltung für den komplexen Wohnungsbau im Bezirk Erfurt**	Günter Andres
667	**Zum Stand der Fassadengestaltung im komplexen Wohnungsbau**	
671	**Erste Vorstellungen zur weiteren Entwicklung der Fassadengestaltung im komplexen Wohnungsbau**	
673	**„Smaragd 80" – ein Möbelprogramm für den Wohn- und Schlafbereich**	Dieter Schmatz
678	**Der Hochzeitspalast in Vilnius**	
680	**Haus der Kultur „Farchad" in Nawoi**	
683	**Hotel „Intercontinental" in Prag**	Vladimir Vaska
688	**Von Sofia zur Schwarzmeerküste**	Gottfried Hein
690	**Vorbereitung der Technischen Versorgung und Verkehrserschließung des Planungsgebietes Erfurt Südost**	Harald Roscher
692	**Nachtfahrverbot im Wohnbereich – Maßnahme des Lärmschutzes in Wohngebieten**	Ditmar Hunger
696	**Die Entwicklung der sozialistischen Landeskultur im Bezirk Leipzig**	Othmar Fey
698	**Aktuelle Ziele und Schwerpunkte siedlungsgeographischer Forschung in der DDR**	Frankdieter Grimm
701	**Informationen**	

Herausgeber: Bauakademie der DDR und Bund der Architekten der DDR

Redaktion: Prof. Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Detlev Hagen, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionelle Mitarbeiterin

Gestaltung: Erich Blocksdorf



Wohngebäude im Wohngebiet Rostock-Evershagen



NOTIZEN

Baukomitee der ECE besuchte DDR

Im Anschluß an ihre diesjährige Tagung in Genf folgte das Baukomitee der UNO-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) einer Einladung in die Deutsche Demokratische Republik und besuchte die Hauptstadt Berlin sowie die Bezirke Dresden, Karl-Marx-Stadt, Erfurt, Rostock und Neubrandenburg.

Die Gäste konnten sich dabei über die Verwirklichung der auf dem IX. Parteitag der SED gefaßten Beschlüsse, insbesondere über die Ergebnisse bei der Durchführung des Wohnungsbauprogramms der DDR informieren. Neben der Besichtigung neuer und modernisierter Wohngebiete sowie von Leistungen der Denkmalpflege fand ein Meinungsaustausch über Ergebnisse der Generalbebauungsplanung und Fragen der Siedlungsnetzentwicklung statt.

ICOMOS-Regionaltagung in der DDR

„Der Beitrag der Jugend zur Pflege und Erschließung historischer Stadtzentren" war das Thema einer Regionaltagung des ICOMOS (International Council of Monuments and Sites), der Denkmalpflegeorganisation der UNESCO, die vom 19. bis zum 23. September dieses Jahres in Rostock stattfand. Die Schirmherrschaft übernahm die UNESCO-Kommission der DDR. Die Leistungen der DDR auf dem Gebiet der Denkmalpflege werden in einer Vielzahl von Städten und Dörfern sichtbar, in denen historische Baudenkmale restauriert und gepflegt werden. Sie schlagen sich aber auch in dem 1975 erlassenen Denkmalpflegegesetz nieder. Hier sind beispielhafte Grundlagen geschaffen für eine Integration des materiellen Kulturerbes in das Kulturleben der sozialistischen Gesellschaft. Die beeindruckenden Leistungen auf dem Gebiet der Denkmalpflege an großen kulturhistorischen Bauwerken seit einer Reihe von Jahren aber auch in historischen Stadtkernen – Weimar, Görlitz, Stralsund, Wismar und Quedlinburg werden als denkmalpflegerische Objekte international beachtet –, bilden den praktischen Anlaß, sich mit Fragen der städtebaulichen Denkmalpflege zu beschäftigen.

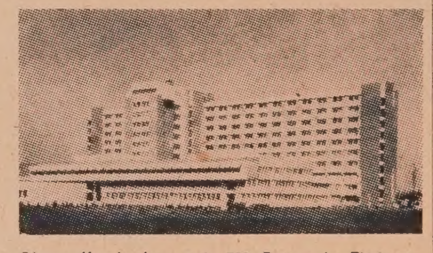
Gäste aus 30 Ländern und Mitarbeiter internationaler Fachinstitutionen konnten auf der Tagung und mit dem Besuch kulturhistorisch wertvoller Ostseestädte die Möglichkeiten und Beispiele der gesellschaftlichen Erschließung historischer Stadtkerne der DDR und der neuen gesellschaftlichen Nutzung ihrer Denkmale kennenlernen.

Humboldt-Medaille für Architekten

Auf einem Festakt im Haus der Ministerien in Berlin zeichnete der Minister für Hoch- und Fachschulwesen, Prof. Böhme, auch ein Kollektiv der Fachrichtung Architektur der Kunsthochschule Berlin für ihre hervorragenden Leistungen mit der Humboldt-Medaille in Gold aus. Dem Kollektiv gehören die Architekten Prof. Dipl.-Ing. Werner Dutschke, Dipl.-Ing. Heinz Dübel, Dr.-Ing. Bernhard Geyer, Diplomarchitekt Dietmar Kuntzsch und Dipl.-Ing. Joachim Seifert an.

Informationstagung „Bauphysik"

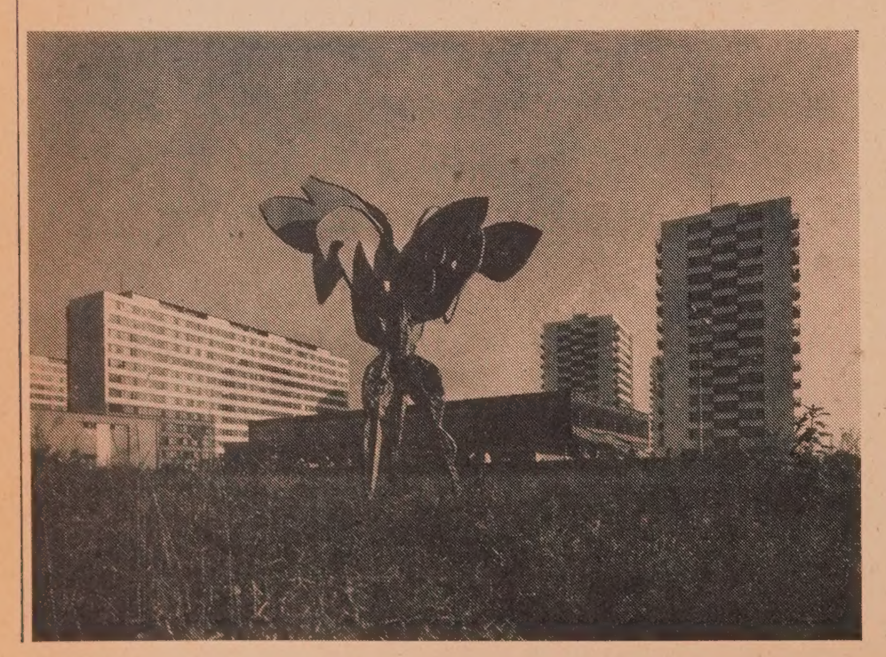
Der Arbeitsausschuß „Bauphysik" im KDT-Bezirksverband Erfurt führt in Kooperation mit dem Institut für Baustoffe Weimar der Bauakademie der DDR am 1. und 2. März 1978 seine 3. Informationstagung „Bauphysik" in Erfurt durch.
Es werden folgende Schwerpunkte behandelt:
Bauphysikalische Bewertung von Außenwandkonstruktionen, thermisches Verhalten von Räumen im Sommer, bauphysikalische Probleme bei Rekonstruktionsmaßnahmen.
Interessenten wenden sich bitte an: Kammer der Technik, Bezirksverband Erfurt, AA „Bauphysik", 50 Erfurt, Cyriakstraße 27.



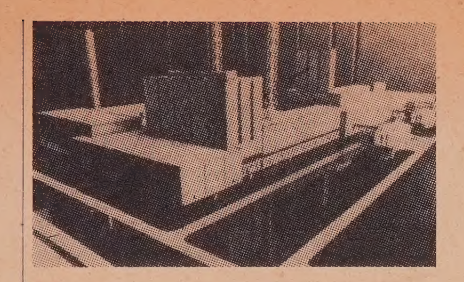
Oben: Krankenhaus mit 720 Betten in Timisoara (SR Rumänien)
Entwurf: Architektenkollektiv unter N. Dancu

Links unten: Wohngebiet Novodvorská in Prag

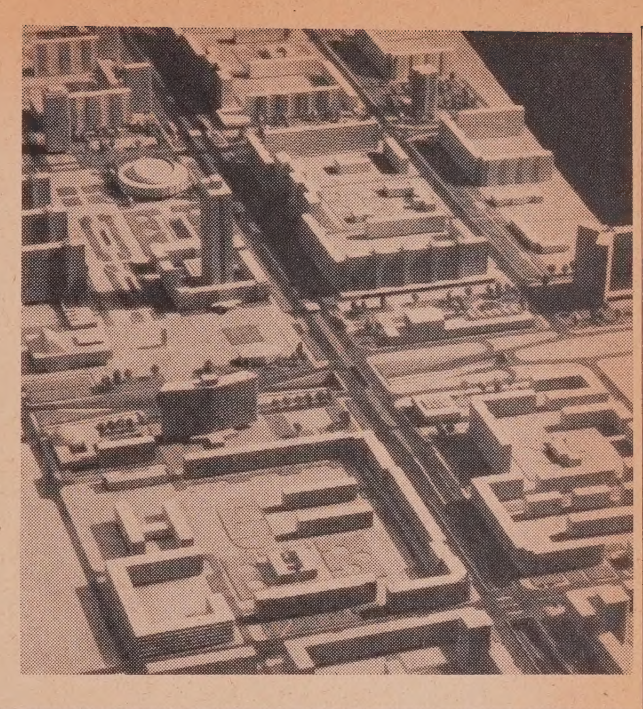
Unten: Blick aus einem Wohngebiets-Waldpark auf die neuen Wohngebäude im Gebiet Iwanowski in Moskau
Entwurf: Architektenkollektiv unter Leitung von W. Lebedew







Links:
Modell des Papier- und Zellstoffkombinates in Ust-Ilimsk, an dessen Bau neben der UdSSR und der DDR auch andere sozialistische Staaten beteiligt sind



Rechts:
Bebauungskonzeption für eine der neuen Magistralen der Stadt Omsk (UdSSR)

Unten:
Neubaukomplex der Universität für Veterinärmedizin in Budapest. Entwurf: Architekten L. Elekes, L. Schmidt



Jugend geht zum Bau

In diesem Jahr hat sich etwa jeder sechste Schulabgänger in der DDR für einen der 27 Lehrberufe im Bauwesen entschieden. Insgesamt rund 35 000 Jugendliche begannen am 1. September ihre Lehre in einem Bauberuf. Durch eine Reihe neuer oder modernisierter Betriebsberufsschulen und Lehrwerkstätten in den Baukombinaten wurden gute Voraussetzungen für eine solide Ausbildung geschaffen.

Neuer Gebäudetyp für Schulen

Auf den Reißbrettern im Projektierungsbetrieb des Erfurter Wohnungsbaukombinates nimmt zur Zeit ein neuer Gebäudetyp für Schulen Gestalt an. Die im Auftrage des Ministeriums für Volksbildung entstehende „Schulreihe 80" ist vor allem auf kürzere Bauzeiten und eine höhere Funktionstüchtigkeit gerichtet. Es sind mehr Räume vorgesehen, auch die Klassenfläche je Schüler wird vergrößert. Das Gebäude umfaßt einen dreigeschossigen Unterstufentrakt mit dem für jede Klasse dazugehörenden Hortraum sowie einen viergeschossigen Teil für die Mittel- und Oberstufe. Nach bisher vorliegenden Plänen soll bis zum Jahre 1979 der Experimentalbau fertiggestellt sein. Zu diesem Schulgebäude gehören eine Turnhalle und ein Speiseraum.

Denkmalpflege in Bulgarien

Umfangreiche Restaurierungsarbeiten an historischen Gebäuden Bulgariens sieht ein Komplexprogramm vor, das vom Nationalen Institut für Kulturdenkmäler in Sofia im Hinblick auf das 1300. Gründungsjahr des bulgarischen Staates im Jahre 1981 und den 100. Jahrestag der Befreiung Bulgariens von der osmanischen Herrschaft 1978 erarbeitet worden ist. Gegenwärtig werden in Veliko Tarnovo — im 12. und 13. Jahrhundert die dritte bulgarische Hauptstadt — die Patriarchenkirche und der Glockenturm auf dem Hügel Zarevez wiedererrichtet, die Kirche „Peter und Pavel" konserviert und die Kirche „Demetrios von Thessaloniki" restauriert. Im kommenden Jahr sollen die Konservierungsarbeiten am Kloster Roshen im Gebiet von Melnik und bis Ende 1980 die Arbeiten an der Kirche „Sveti Georgi" in Sofia abgeschlossen sein.

Das Komplexprogramm sieht auch vor, die Befestigungsanlagen in Pleven zu restaurieren. Abgeschlossen werden auch die Arbeiten am Zugang zum Denkmal der Befreier und zur Allee der Helden auf dem Stoletow-Gipfel im Balkangebirge.

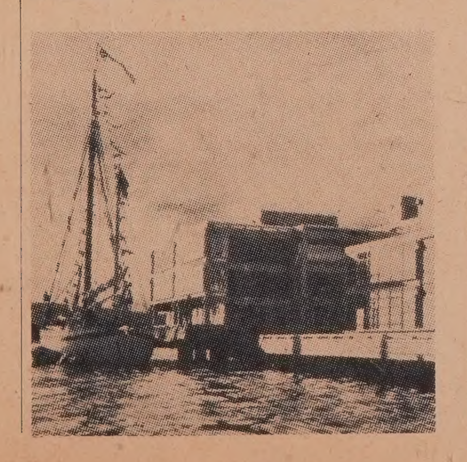
„Pyramide" in Bratislava

Einer auf den Kopf gestellten, mit der Spitze im Boden versenkten Pyramide wird das neue Hauptgebäude für den tschechoslowakischen Rundfunk gleichen, das gegenwärtig in Bratislava errichtet wird. Das eigenwillige Äußere ist jedoch ganz auf die spezifische innere Gliederung des Gebäudes abgestimmt, die wiederum völlig den Bedingungen eines effektiven Arbeitsablaufs des Rundfunks entspricht. Das Stahlbetonkernstück wird eine Höhe von 15 Stockwerken erreichen. Unter der Spitze der Pyramide werden sich in Längsrichtung Produktionsgebäude sowie Eingangshalle und gesellschaftliche Einrichtungen befinden. Einige unterirdische Stockwerke werden technische Ausrüstungen aufnehmen. Für die Musikproduktion wird ein Konzertstudio mit 13 000 m^2 Fläche zur Verfügung stehen.

Weniger Hochhäuser in Frankreich

Der französische Staatspräsident hat sich dafür ausgesprochen, daß künftig innerhalb der Städte nicht höher gebaut werden soll als bereits vorhandene Häuser in unmittelbarer Umgebung. In Städten mit mehr als 30 000 Einwohnern dürfen Wohnhäuser in Zukunft nicht mehr als sechs Stockwerke haben, in kleineren Ortschaften ist die Bauhöhe auf vier Stockwerke beschränkt.

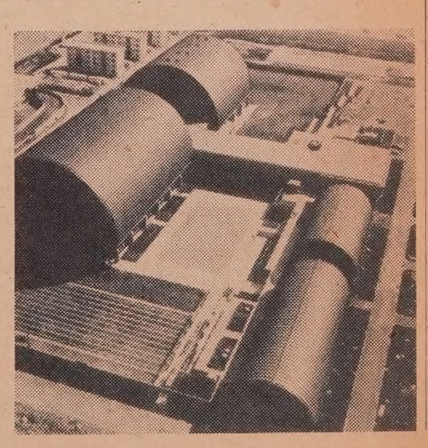
Seesicherheitszentrum „Veritas" in Oslo. Entwurf: Architekten K. Lund und N. Slaatto



Einkaufszentrum mit Läden, Wohnungen und Büros in Delft. Entwurf: Architekten: Lucas, Niemeijer u. a.



Metropolitan-Yumenoshima-Sportzentrum in Tokio. Entwurf: Sakakura Associates



Zur Wechselwirkung von Bautechnologie und architektonischer Gestaltung

Dr. sc. Herbert Ricken
Technische Hochschule Leipzig

Aus einem Vortrag im Seminar der Zentralen Fachgruppe „Wohnungs- und Gesellschaftsbau" des BdA/DDR und des Fachverbandes Bauwesen der KDT in Magdeburg im März 1977

Die vielschichtige und komplizierte Wechselwirkung zwischen Bautechnologie und architektonischer Form, deren Beherrschung wesentliche Voraussetzung für das Erreichen der von der 5. Tagung des ZK der SED geforderten weiteren Erhöhung der architektonischen Qualität unseres Wohnungsbaues ist, wird vielleicht aus folgenden historischen Beispielen besser faßbar als aus der Diskussion gegenwärtiger technologisch bedingter Restriktionen beim Streben nach einer größeren Formenvielfalt:

■ Am 10. Juni 1826 schrieb Karl Friedrich Schinkel an seine Frau Susanne aus London: „Oft sieht man lange Reihen von Palästen, die nichts anderes als viele drei und vier Fenster breite, aneinandergeschobene Privatwohnungen sind, denen man gemeinschaftliche Architektur gegeben hat." (1) Schinkel erfährt hier einen der letzten Versuche, die Aufhebung der ästhetischen Selbständigkeit des Wohnhauses in der Stadt entsprechend den eklektischen Schönheitsvorstellungen des Bourgeois zu kaschieren.

■ In Fortsetzung von Überlegungen aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg und in konsequenter Verwirklichung des sozialen Selbstverständnisses des Bauhauses hatte Walter Gropius in den zwanziger Jahren einen „Baukasten im Großen" entwickelt. (Abb. 1) Am 27. 11. 1922 schrieb er an den Bauunternehmer Westrum in Hannover: „Der heutige Hausbau krankt daran, daß von seiten der Architekten die zahllosen Erfindungen und Neuerungen der Industrie für den Hausbau noch nicht in einheitlicher Weise zusammengefaßt wurden ... es muß ähnlich verfahren werden wie in der Industrie beim Herstellen von Modellstücken, die nach ihrer Fertigstellung in großen Mengen vervielfältigt werden: beste Ökonomie, beste Technik, beste Form. Ein ähnlicher Arbeitsweg müßte auch für den Hausbau angewandt werden. Bei der Vielfältigkeit dieser Gebiete des Hausbaus ist die zusammenfassende Regie naturgemäß eine komplizierte, aber grundsätzlich dieselbe wie bei den Vorgängen in der Industrie. Das Ziel dieser Regiearbeit muß sein, die Typisierung beim Hausbau weniger auf das ganze Haus als Einheit als vielmehr auf die Teile, aus denen sich das Haus zusammensetzt, zu erstrecken, (aus denen man) das Haus wie eine Maschine aus einzelnen Stücken zusammenmontieren kann." (2)

Interessant ist hier der Vergleich mit der Maschine, den Gropius im Unterschied zu Le Corbusier nicht aus funktioneller, sondern aus technologischer Sicht anwendet. Natürlich blieben diese Überlegungen entsprechend den sozialen wie ökonomischen Bedingungen der zwanziger Jahre in der Größenordnung des Einfamilien- und Reihenhauses stecken. Die Siedlung Dessau-Törten ist in diesem Zusammenhang ein bisher noch zuwenig beachtetes Beispiel, durch straff geleitete Fließfertigung auf der Basis von Harmonogrammen die Mieten so minimal zu halten, daß das ursprüngliche soziale Konzept tatsächlich auch verwirklicht werden konnte. Daß nicht nur veränderte Nutzeransprüche und Schönheitsvorstellungen, sondern vor allem Konstruktions- und Materialmängel zu ständigen Reparaturen und zum Teil entstellenden Umbauten führten, sollte uns an die soziale Bedeutung einer soliden Bauausführung auch im gegenwärtigen Wohnungsbau erinnern.

■ Im Jahre 1958 wird auf der IX. Plenartagung der Bauakademie die Einführung der Serienfertigung im Wohnungsbau der DDR verkündet. Sie bildete nach dem Anlauf der Typenprojektierung, der Mechanisierung und der Vorfertigung eine weitere Phase der Industrialisierung des Wohnungsbaus. (Abb. 2) Auf dieser Tagung entwickelte Hanns Hopp die Auffassung, daß es nicht möglich sei, im industriellen Bauen eine künstlerische Aussage zu erreichen. „Wenn das einzelne Haus als Industrieprodukt zwar ästhetisch zu wirken vermag, aber keine künstlerische Aussage im Sinne alter Architektur mehr machen kann, bedeutet das dann etwa, daß mit der vollkommenen Industrialisierung die Baukunst aufhören wird? Nein! Es bedeutet lediglich, daß sich die künstlerische Aussage auf eine andere Ebene verlagert, daß sie einen anderen und größeren Maßstab annimmt. Wenn früher der Ziegelstein das kleinste Element war, mit dem der Architekt gestaltete, so wird dieses kleinste Element jetzt das Haus sein." (3)

Wie alt ist doch dieses Problem, aber welche Dimensionen hat es heute mit dem Wohnungsbauprogramm erhalten!

Gerade das letzte Beispiel hat uns die übergreifende Bedeutung der Technologie deutlich gemacht. Ich verstehe hier unter Technologie nicht nur im engeren Sinne Verfahrenstechnik, sondern die zielgerichtete Anwendung von Arbeitsmitteln und Kenntnissen im Arbeitsprozeß einschließlich der wesentlichen Seiten der Arbeitsorganisation. „Die Technologie", sagt Karl Marx, „enthüllt das aktive Verhalten der Menschen zur Natur, den unmittelbaren Produktionsprozeß seines Lebens, damit auch seiner gesellschaftlichen Lebensverhältnisse und der ihnen entquellenden geistigen Vorstellungen." (4) Technologie bedeutet demnach die Betätigung menschlicher Schöpferkraft unter konkreten gesellschaftlichen Bedingungen, die im Rahmen der Naturgesetze und im Dienste menschlicher Daseinsbewältigung eine von menschlicher Zwecksetzung bestimmte Wirklichkeit in und neben der Naturwirklichkeit schafft. In diesem Prozeß, in dem sich der Mensch selbst „in einer von ihm geschaffenen Welt anschaut", produziert er „daher auch nach den Gesetzen der Schönheit." (5)

Bei aller Differenziertheit der Arbeitsteilung im Bauwesen gibt es keine Möglichkeit, dem Bauingenieur einen nur technisch-technologischen Anteil am Bauen, dem Architekten dagegen den von gesellschaftlichen Wertvorstellungen geprägten ästhetisch-künstlerischen Anteil zuzuweisen.

Die Technologie ist ein aktiver Faktor im Vergesellschaftungsprozeß. Sie verwandelt den Produktionsprozeß in einen wissenschaftlichen Prozeß, in dem die dinglichen Elemente der Produktivkräfte der lebendigen Arbeit untergeordnet erscheinen. Technologischer Fortschritt bedeutet also nicht das Ende der humanitären Werte der Architektur, wie einige Redner kapitalistischer Länder auf dem XII. UIA-Kongreß 1975 in Madrid befürchteten. (6) Er ermöglicht vielmehr das Erreichen höherer sozialkultureller Ziele und nicht zuletzt eine differenzierte Formensprache. Industrielle Technologie im Bauwesen ist weder ahuman noch entsteht aus ihr automatisch architektonische Schönheit. Sie ist nur ein Mittel, das in technischer und organisatorischer Hinsicht beherrscht werden muß, „damit sich die Bürger in den neuen und modernisierten Wohnungen und Wohngebieten wohl fühlen". (7)

Schon am Anfang des 18. Jahrhunderts kann man die Meinung finden, daß „Architektur" teurer sei als bloßes „Bauen". Tatsächlich wirkt der ökonomische Faktor in dem Beziehungsfeld zwischen industrieller Bauproduktion und Lebensweise Gestalt bildend. Nicht Verschwendung, sondern die in architektonischer Form zum Ausdruck kommende Wirtschaftlichkeit ist Bestandteil ihrer Schönheit, Indikator erfolgreichen Wirtschaftens und damit von positivem ideologischen Gehalt. Das trifft auf die Wahl der Standorte, auf die intensive Nutzung der Grundfonds und auf die Materialökonomie ebenso zu wie auf die Ökonomie der künstlerischen Mittel. Diese Komplexität der Wirkung des Ökonomischen war übrigens schon Bestandteil der klassischen Architekturtheorie von Vitruv bis Schinkel. Leon Battista Alberti schrieb dazu: „..., daß die Schönheit eine bestimmte gesetzmäßige Übereinstimmung aller Teile, was immer für einer Sache sei, die darin besteht, daß man weder etwas hinzufügen noch hinwegnehmen oder verändern könnte, ohne sie weniger gefällig zu machen." An anderer Stelle: „Wer den wahren und echten Schmuck eines Gebäudes herausfinden will, der wird tatsächlich einsehen, daß dieser nicht durch den Aufwand an Mitteln, sondern wohl hauptsächlich an Geist erworben werde und darauf beruht." (8)

Die Gestaltung der natürlichen und baulichen Umwelt ist nicht einfach die Schaffung eines Gehäuses für gesellschaftliche Lebensprozesse. Sie ist vielmehr selbst Produktion von Lebensweise, in der der Arbeiter nicht nur seine schöpferischen Kräfte verwirklicht, sondern dabei selbst neue Anforderungen an die funktionellen wie ästhetischen Werte entwickelt.

Die Errichtung von Wohngebieten für Tausende Einwohner mit Hilfe industrieller Technik, die Verwirklichung großer Spannweiten und Höhen, die Kühnheit und Eleganz der Konstruktionsglieder, die Präzision der Details und nicht zuletzt die Schönheit der Oberflächen sind als Elemente sozialistischer Umweltgestaltung unmittelbar auch Bestandteile ästhetischer Wirkung. Sie bereiten Vergnügen und wekken den Stolz auf die Arbeit der Bauleute und die Leistungsfähigkeit moderner Bautechnik. Wir dürfen deshalb unseren Blick nicht einengen durch vorschnelles Postulieren der „Architektur als Kunst", sondern müssen in viel weiterem Sinne die architektonische Form als ein Feld des sichtbaren Zusammentreffens von Technologie und Kultur begreifen. Eine einseitige Auffassung von der „Architektur als Kunst", d. h. die Verabsolutierung ihrer Funktion als Mittel ideologischer Kommunikation, bringt im industriellen Wohnungsbau die Gefahr mit sich, die Erzeugnisentwicklung auf funk-

tionelle und technologische Aspekte zu reduzieren und die Bedeutung der ästhetischen Gestaltung zu unterdrücken.

Seit der Einführung des industriellen Bauens diskutieren wir über die Notwendigkeit, die Monotonie gerade des Wohnungsbaus zu überwinden. Im allgemeinen verstehen wir unter Monotonie die unüberschaubare Wiederholung einer verhältnismäßig geringen Anzahl einzelner Formen. Ich habe allerdings den Verdacht, daß sich hinter diesem Etikett ein allgemeines Unbehagen über das ästhetische, ja mehr noch über das sozialkulturelle Niveau einiger Wohngebiete verbirgt. Häufig scheint „banal" treffender zu sein als „monoton".

Die Größenordnung der neuen Wohngebiete, die wir in Erfüllung des Wohnungsbauprogramms bauen, ist unmittelbarer Ausdruck seiner sozialen Dimension, der sozialen Annäherung der Klassen und Schichten der sozialistischen Gesellschaft. Je größer aber die Wohngebiete und je schneller sie gebaut werden, um so schwieriger ist es, die Merkmale der architektonischen Lösung aus dem groben Maßstabsbereich – wie er etwa im Modell 1 : 1000 gegeben ist – bis herab zur Maßstabsebene des Menschen zu verfeinern und innerhalb der städtebaulichen Räume individuelle Werte zu verwirklichen. Tempo und Umfang des Bauens werden wir weiter steigern. Es lohnt sich deshalb, nach konkreten Möglichkeiten zur Überwindung der „Monotonie" zu fragen. Sie liegen meines Erachtens im Ausnutzen der topografischen Situation, im Aufheben der traditionellen Werte, die in vorhandenen städtebaulichen Räumen und in der alten Bausubstanz verwirklicht sind; und sie sind von der Prägnanz der städtebaulichen Lösung abhängig. Schließlich werden sie nicht zuletzt von der architektonischen Qualität der Erzeugnisse des komplexen Wohnungsbaus bestimmt, und zwar:

a) von der Ausschöpfung der Variationsbreite der Standardbauweisen und von der wirksamen Gestaltung der für sie charakteristischen Tektonik und

b) von der Möglichkeit des Zusammenwirkens der verschiedenen Erzeugnisse des komplexen Wohnungsbaus als Voraussetzung für eine vielfältige und maßstäbliche räumliche Gestaltung.

Ich verstehe dabei unter „Tektonik" den in der architektonischen Form bewußt herausgearbeiteten ästhetischen Ausdruck technologischer und konstruktiver Gesetzmäßigkeiten, die ästhetische Gestaltung der Gefügestruktur des Bauwerks. Die Ablesbarkeit des Kräfteverlaufs, das Sichtbarmachen technologischer Logik, das sind wichtige Momente, die Interesse an der architektonischen Form wecken. (Abb. 3) Für den Plattenbau nun ist die relativ kleinteilige, durch Addition in der Waagerechten wie Senkrechten geordnete Zellenstruktur, die außen durch tektonisch unwesentliche, aber in der Materialität ihrer Oberflächen anspruchsvoll wirkende Wände umkleidet wird, kennzeichnend. Gerade diese Umkleidung der Zellenstruktur durch Platten, denen die plastische Potenz des klassischen Mauerwerks abgeht, ist das charakteristische Problem der Plattenbauweise (Abb. 5). Immer erst dort, wo es möglich wird, den Schachteleffekt modernen Wohnungsbaus nach außen wirksam zu machen, beginnt ein Bau zu leben (Abb. 4).

Die Möglichkeiten der Gestaltung der Außenwand ergeben sich aus ihren drei Funktionen:

- Grenzfläche zum Innenraum
- Grenzfläche des Baukörpers
- Grenzfläche zum Außenraum



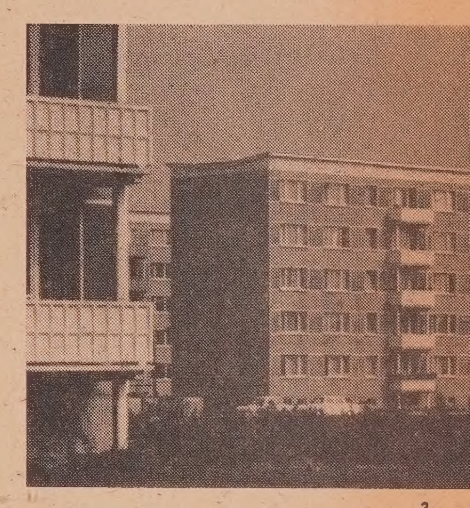
1

Die Fassade selbst als Grenzfläche des Baukörpers ist also immer unselbständig, Vermittlerin. Ihre Gestaltung wird bestimmt durch die Wandöffnungen, ihre Größen, Proportionen, Anordnung und Randbildung. Das ist die funktionelle Struktur der Fassade. Zum zweiten wird ihre Gestaltung bestimmt durch das Netz der Plattenfugen. Sie bilden die technologisch bedingte Struktur der Fassade. Während zum Beispiel bei der Wohnungsbauserie P1 beide Strukturen eindeutig aufeinander bezogen waren, ergeben sich beim 6-Meter-Raster rhythmische Zuordnungen (Abb. 6).

Um die Disharmonie zwischen den beiden Strukturen und die unbefriedigende Gleichförmigkeit der Gebäude zu überwinden, wird gern eine dritte Struktur über die Fassade gelegt: rote, gelbe und blaue Muster, durch die manchmal Brüstungen, manchmal Fensterschäfte herausgehoben werden, die oft mehr an Textilgestaltung als an Architektur erinnern. Sicher hat die Fassadenmalerei ihre Geschichte, von Hans Holbeins d. J. Haus zum Tanz in Basel bis zum ehemaligen Kaufhaus Barasch in Magdeburg von Bruno Taut und O. Fischer. Sicher ist sie ein wichtiges Gestaltungsmittel in der Architektur, aber man muß sie in die Verwirklichung einer architektonischen Konzeption einordnen können und nicht nur als eine der letzten ästhetischen Reservationen des industriellen Wohnungsbaus betrachten.

Ein weiteres Feld gestalterischer Möglichkeiten besteht in der Beachtung der Dialektik von ästhetischer Selbständigkeit des einzelnen Baukörpers und seiner Beziehung zu anderen Baukörpern als Elemente der Raumgestaltung. Dies scheint besonders wesentlich, weil das heutige „Wohnhaus" ja nicht mehr wie das Patrizierhaus des 16. Jahrhunderts in den städtebaulichen Raum eingeordnete Individualität, räumliche Existenzbasis einer eng zusammengehörenden sozialen Gruppe ist, sondern Zusammenfügung von zunächst anonymen Wohnungen. (9)

Die Größe des Wohnhauses ist nun nicht mehr ein Kompromiß zwischen Geldbeutel und Repräsentationsanspruch des individuellen Bauherrn, sondern in erster Linie von technologischen Kriterien abhängig. Der klassische Gestaltungskanon, der sich unmittelbar aus dem Hausteinbau herleitet und das autonome Haus meint, verlangt Bezug auf die Mitte, eindeutig erkennbares Oben und Unten, Verstärkung der Ecken als statische und ästhetische Voraussetzung für Stabilität. Nur wenigen wird bewußt sein, daß wir uns mit der Gestaltung unserer industriell errichteten Wohnbauten auf die Gestaltungskonzeptionen des Neuen Bauens der zwanziger Jahre stützen, an deren Herausbildung das Bauhaus so wesentlichen Anteil hatte. Walter Gropius forderte damals „rhythmische Balance". Oben und unten, hinten und vorn sollten gleichwertig sein. Statt Subordination der Elemente sollte ihre Gleichrangigkeit zu einer Architektur der Demokratie führen. Die Ecken der Gebäude wurden transparent gestaltet. Das Bauhaus-Ge-



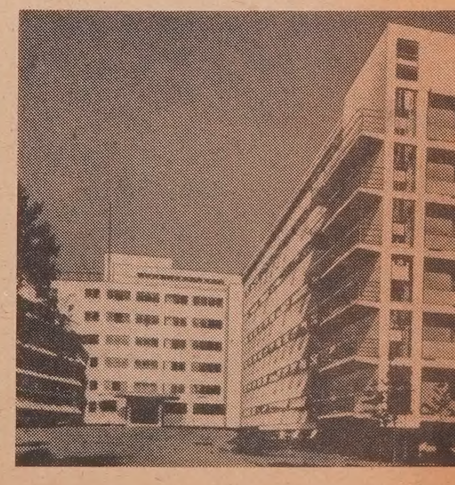
2

1
W. Gropius und F. Forbat, sogenanntes Wabenbausystem, 1922

2
Wohngebäude in Großblockbauweise

3
Alvar Aalto, Lungensanatorium Paimio, Westseite, 1928 bis 1933

3

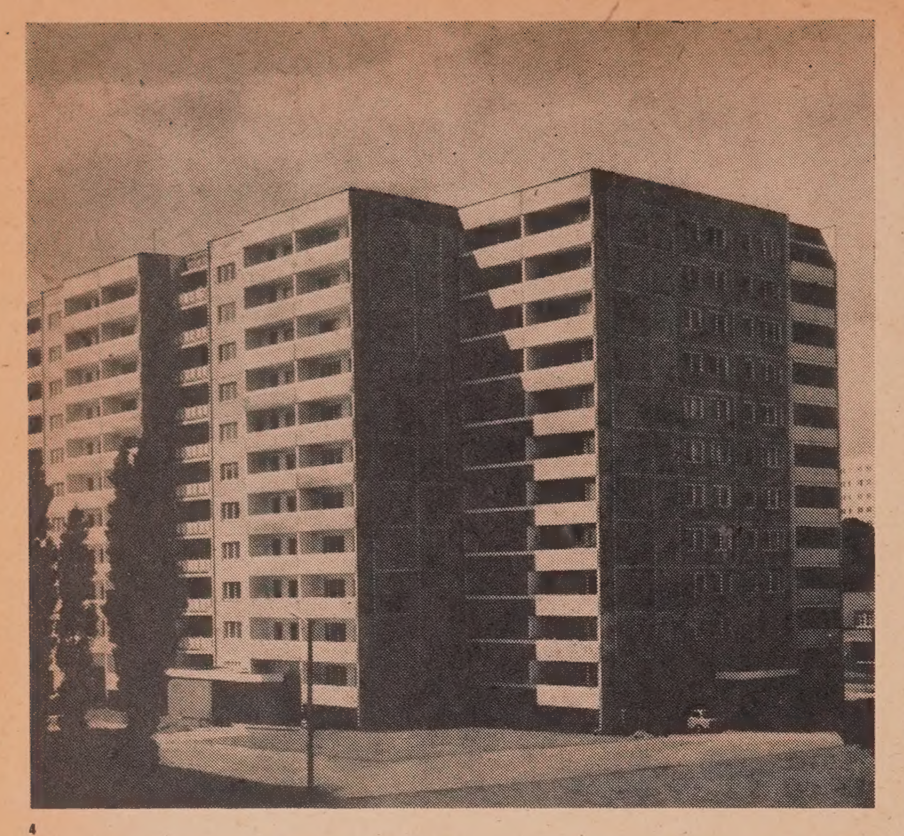



bäude in Dessau ist klassisches Beispiel für diese Gestaltungskonzeption.

Gegenwärtig sollte vor allem der peinliche „Strangpresseneffekt" durch Gestaltung der Giebel in der gleichen Art wie die Langseiten, durch die Heraushebung des im normalen Aufblickwinkel des Passanten liegenden Ergeschosses und 1. Obergeschosses und nicht zuletzt durch die Unterbrechung der einförmigen Gesimslinie etwa durch vorgezogene und über den Baukörper hochgeführte Treppenhäuser wie in Magdeburg (Abb. 7) überwunden werden.

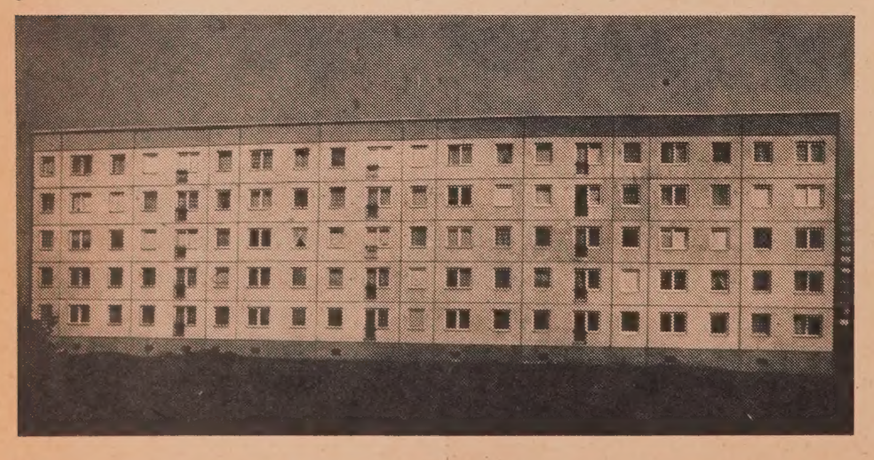
Der Übergang zum industriellen Bauen war der Übergang zu einem Proportionssystem neuen Charakters: Bis in die Neuzeit hinein galt ein Proportionssystem, das sich aus den geometrischen Regeln des Aufschnürens der Grundrisse auf dem Bauplatz, der Herstellung harmonischer Beziehungen zwischen Spannweite, Raumhöhe und Bemessung der Konstruktionsglieder und des Aufreißens der Schablonen für die einzelnen Werksteine über Jahrtausende entwickelt hatte. Diese Regeln wurden von den Bauleuten früherer Zeiten als Ausdruck kosmischer Gesetzmäßigkeiten, der Harmonie zwischen Irdischem und Nicht-Irdischem begriffen. Aber während die mittelalterliche Proportionsfigur kosmisches Symbol war – und natürlich auch praktikables Rezept –, greift die Renaissance antikes Gedankengut auf und leitet die Proportionen aus der Natur und ihrem höchstentwickelten Geschöpf, dem Menschen, ab (Abb. 8 und 9). Vitruv setzte Symmetrie (Ebenmaß) und Proportion des Bauwerks mit denen eines wohlgeformten Menschen in Beziehung. (10) Alberti schrieb: „Die Schönheit ist eine Art Übereinstimmung und ein Zusammenklang der Teile zu einem Ganzen, das nach einer bestimmten Zahl, einer besonderen Beziehung und Anordnung ausgeführt wurde, wie es das Ebenmaß, das heißt das vollkommenste und oberste Naturgesetz, fordert." (11)

Schon um 1800 macht sich mit der Einführung der Zweitafelprojektion des Gaspard Monge und des metrischen Systems eine Änderung des klassischen Proportionssystems bemerkbar. Jetzt wird es möglich, den Maßstab einer Bauzeichnung als arithmetische Beziehung zur Wirklichkeit einzutragen anstelle der traditionellen Kennzeichnung geometrischer Ähnlichkeit. Der Versuch Eugène Viollett-Le-Ducs, mittelalterliche Proportionssysteme als Grundlage für eine neue Architektur wiederzubeleben, führte schließlich über den niederländischen Architekten P. Cuypers zu H. P. Berlage, der beim Entwurf zur neuen Amsterdamer Börse ein diagonales Proportionsraster verwendete, (Abb. 10) und zu J. L. M. Lauweriks, dem Architekten von K. E. Osthaus in Hagen und Lehrer an der Kunstgewerbeschule in Düsseldorf unter P. Behrens. Eine unter Leitung von Lauweriks entstandene Schülerarbeit zeigt, wie das klassische Proportionsschema vervielfacht wurde, um es den neuen Aufgaben des Bauens anzupassen, die in viel stärkerem Maße additive Raumfolgen forderten. (Abb. 11) Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß Walter Gropius und Le Corbusier, die beide zu verschiedenen Zeiten im Atelier von P. Behrens gearbeitet haben, diese Methode des systematischen Entwerfens kennengelernt haben. Adolf Meyer, der von 1911 bis 1925 der engste Mitarbeiter von Walter Gropius war, hat bei Lauweriks in Düsseldorf studiert. Während das Fortwirken dieser Methode auf das Schaffen von Walter Gropius nicht unmittelbar nachweisbar ist, hat sich Le Corbusier sowohl in seinem Entwurf


4

5

6



4
Ecke eines Wohnblocks der WBS 70 in Berlin

5
Fassade aus Großplatten

6
Plattenbau in Leipzig

7
10geschossiger Wohnungsbau in Magdeburg

8
Mailänder Dom, Quadratur- und Triangulationsschema aus dem Vitruvius deutsch des W. Ryff, Nürnberg 1548

9
Francesco di Giorgio Martini, Proportionsschema (nach Papini, 1946)

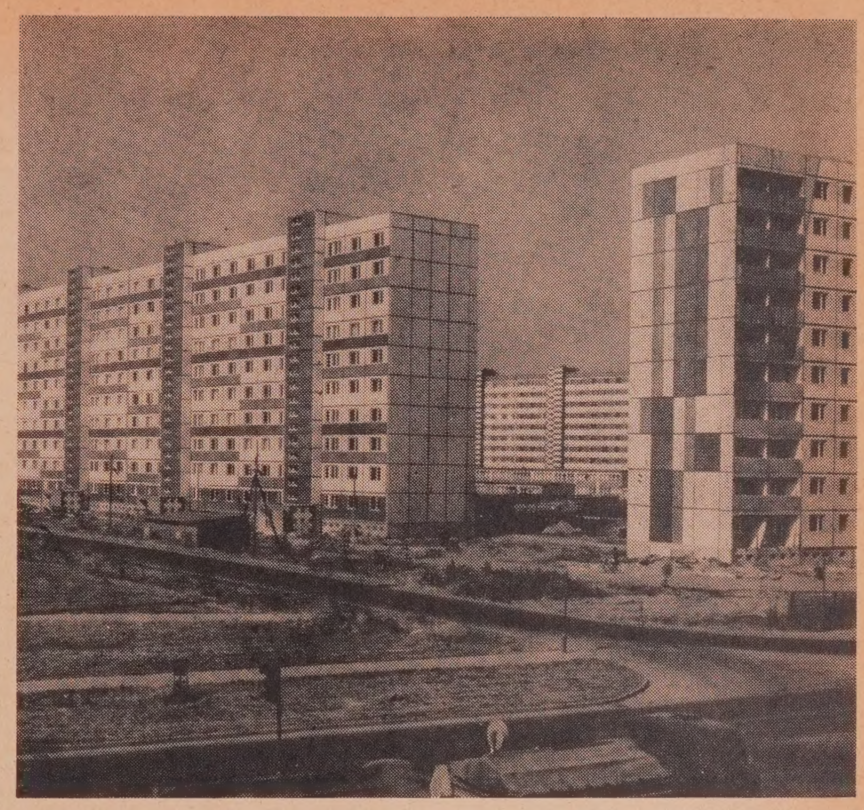
10
H. P. Berlage, Neue Börse zu Amsterdam, Südseite, 2. Entwurf, 1896 bis 1897 (nach P. Singelenberg, Utrecht 1972)

einer 3-Millionen-Stadt und vor allem im „Modulor" offensichtlich mit dieser Methode auseinandergesetzt. (Abb. 12 und 13) Es ist nicht ohne Reiz festzustellen, daß an der Wiege des sogenannten Funktionalismus eine Entwurfsmethode steht, die ihre Quellen in mittelalterlicher Symbolik hatte und wesentlich auf die ästhetische Lösung einer Bauaufgabe orientiert war.

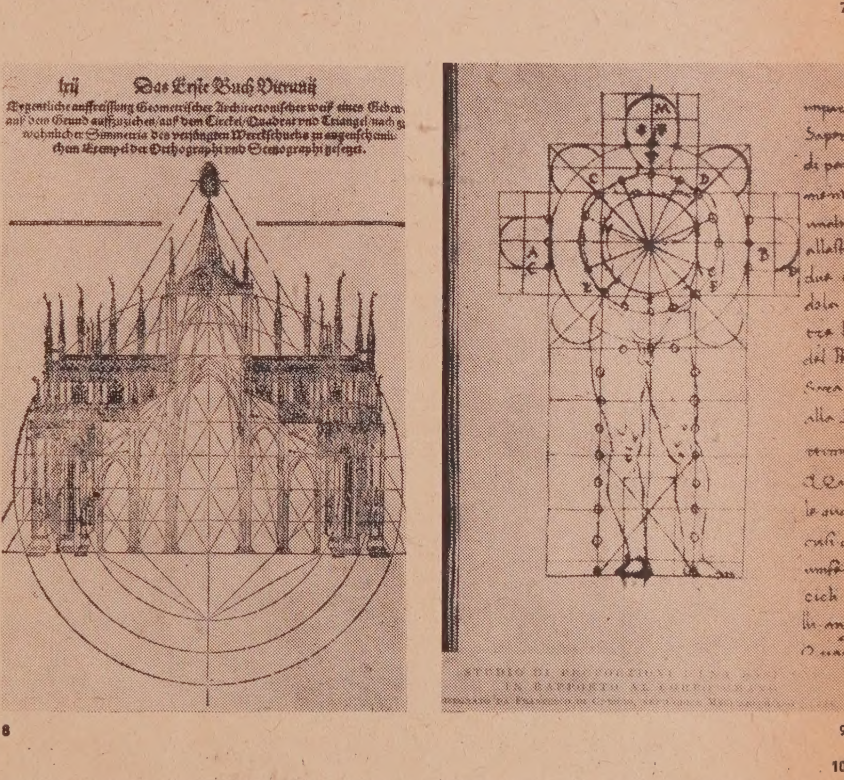
Der Versuch, den klassischen Proportionskanon bei der Gestaltung der Wohnbauten am Anfang der fünfziger Jahre durchzusetzen, mußte zwangsläufig an der im Nationalen Aufbauprogramm erreichten neuen Dimension des Wohnungsbaus scheitern. (Abb. 14) Schließlich waren mit der Einführung des Platten- und Skelettmontagebaus und ihrer Herstellung nach den Prinzipien der Fließfertigung die materiellen Grundlagen eines divisiven, von den Abmessungen des Baukörpers ausgehenden Proportionssystems verschwunden. Wir addieren heute Fassadenelemente, deren Geometrie sich aus technologischen Grenzwerten und einschlägigen TGL ergibt, in der Horizontalen wie Vertikalen. Die ästhetischen Konsequenzen werden als unabänderlich hingenommen. Natürlich bleiben aber die Proportionen der Baukörper und ihrer Oberflächenelemente als meßbare und ästhetisch gewertete Verhältnisse zwischen Strecken, Flächen, Körpern und Räumen objektiv wirksam, ob man sich dessen bewußt ist oder nicht.

Nicht minder schwierig ist im gegenwärtigen Wohnungsbau die Beherrschung des Maßstabs, unter dem wir hier die Beziehungen der Größenordnungen (Größenklassen), in die die einzelnen Elemente des architektonischen Raumes eingeordnet werden können, zueinander und zum Menschen verstehen wollen. Man spricht in diesem Zusammenhang gern von „menschlichem Maßstab", sollte sich aber darüber klar sein, daß dieser Maßstab sozial bestimmt ist. Schrittlänge, Reichhöhe und Reichweite, Aufblickwinkel usw. bilden kein absolutes Maßsystem. Sie werden vielmehr durch die Produktionserfahrungen, durch die sozialen Beziehungen und Erfahrungen von Menschen einer bestimmten Klasse oder sozialen Schicht in einer bestimmten Gesellschaftsordnung modifiziert. Sie sind vom Verhältnis des rezipierenden Subjekts zur gesellschaftlichen Realität und ihren einzelnen gegenständlichen Erscheinungen abhängig. Gefühl der Maßstäblichkeit bedeutet also auch Möglichkeit und Fähigkeit zur Identifikation mit einem Objekt.

In der Architektur aller Klassengesellschaften wurde durch außergewöhnliche Maßstäblichkeit Herrschaftsanspruch erlebbar gemacht. Die besondere Schwierigkeit in der Gestaltung von Wohngebieten besteht für uns heute darin, durch eine Folge von aufeinander in Beziehung stehenden Maßstabsebenen zwischen dem absoluten Maßstab der Stadt oder des Wohngebietes und dem Menschen zu vermitteln. Aus 11geschossigen Wohnbauten, die einen Hof bilden, läßt sich noch kein maßstäblicher und damit menschlicher Raum bilden, wenn nicht die Masse der Baukörper selbst gegliedert wird und die Chance genutzt wird, die relative Einförmigkeit der Wohnbauten als wirksamer Hintergrund für die akzentuierende Wirkung architektonisch anspruchsvoller Bauten aufzuheben. Ob das Stahlleichtbauhallen leisten können, müßte näher untersucht werden. Die Forderung nach Komplexität der Umweltgestaltung hat demnach nicht nur eine funktionelle, sondern auch eine ästhetische Komponente, deren kulturelle Bedeutung nicht unterschätzt werden sollte.



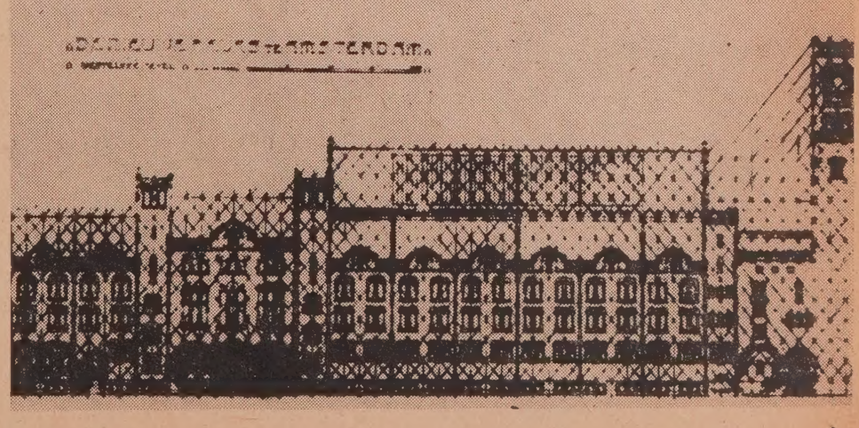
7

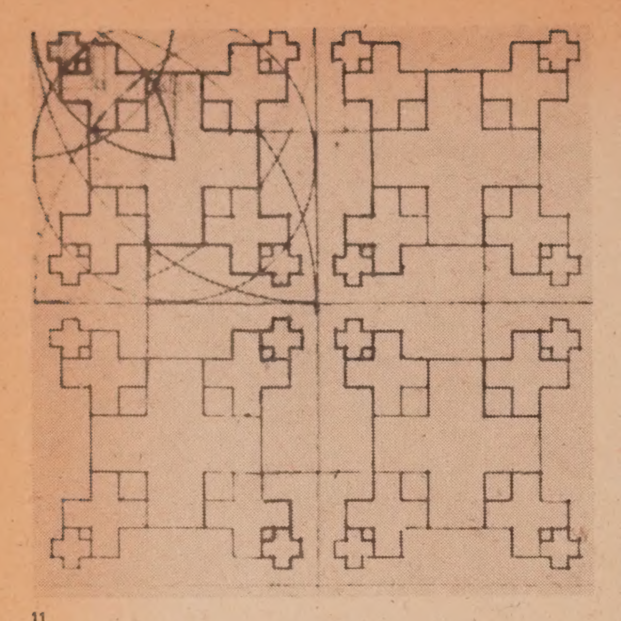


8

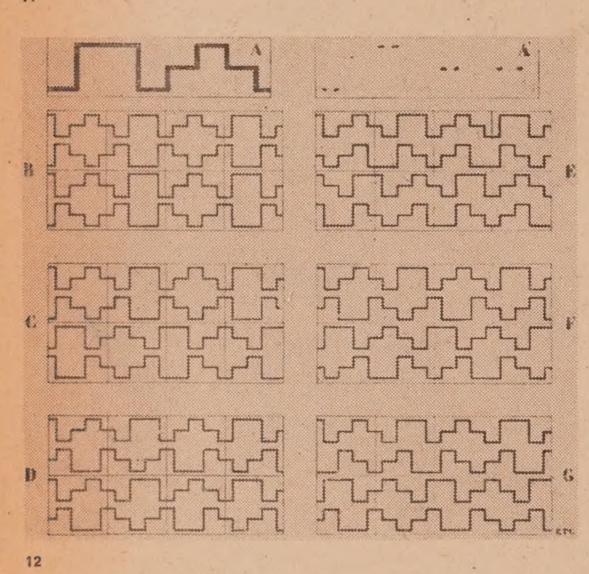
9

10





11



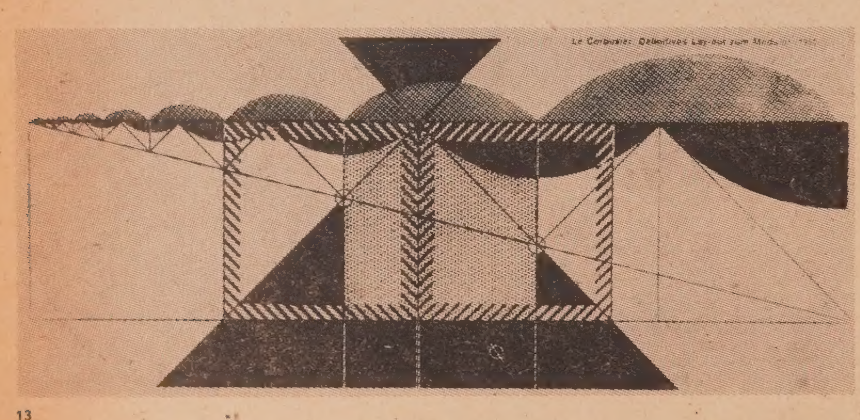
12

11
Lauweriks-Schule, Proportionsraster

12
Le Corbusier, Städtebauliches Schema aus „La Ville radieuse", 1930

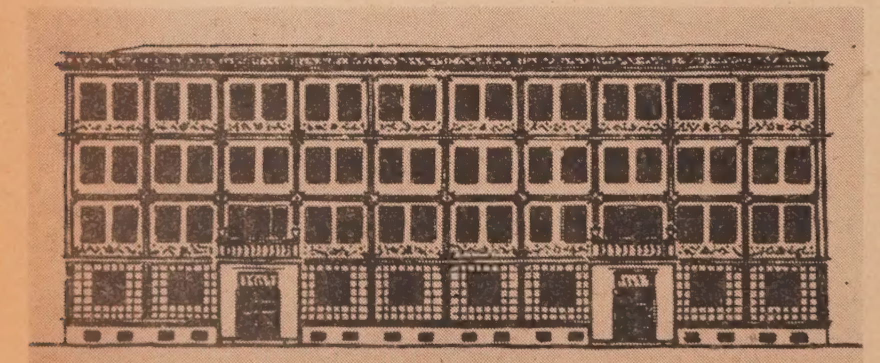
13
Le Corbusier, Layout zum Modulor

14
Hanns Hopp, Skizzen zur Gestaltungslehre (nach einem unveröffentlichten Manuskript), etwa 1952



13

14



Wir müssen uns bewußt machen, daß architektonische Form Bedeutung besitzt. Je mehr es gelingt, elementare Wohnungsprobleme zu überwinden, um so differenzierter werden die Bedürfnisse der Bewohner, um so höher werden ihre Ansprüche nicht nur an den Gebrauchswert der Wohnungen, sondern auch an das kulturelle und damit an das ästhetische Niveau ihres gesamten Wohnmilieus.

Wir erfüllen diese Bedürfnisse in der Einheit ihrer materiellen und ideellen Komponenten nur, wenn wir die architektonische Gestalt aus dem Bereich des Utilitären aufheben zum Ausdruck erreichter Lebensweise, gegenwärtiger Kultur und damit zum Symbol gesellschaftlicher Beziehungen. Es genügt deshalb keinesfalls, die gestalthaften Auswirkungen technologischer Entscheidungen auf die architektonische Form nachträglich etwa durch blaue, rote oder gelbe Fliesenmuster für das Auge angenehmer zu machen. Für den Architekten heißt das, die Gesetzmäßigkeiten architektonischer Komposition, der Proportionen, des Maßstabs und der Farben, vor allem ihrer Wirkung auf den Menschen, in Hinblick auf die architektonische Beherrschung des industriellen Bauens neu zu durchdenken und durch noch wirkungsvollere Integration in die Vorbereitungsprozesse aus dem bisher üblichen Zugzwang bei der Festlegung von Gestaltungsvarianten herauszukommen.

Der Bauingenieur entwickelt die Konstruktionen und Technologien, die die materiell-technische Basis für die Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms und damit des humanistischen Sinns des Sozialismus darstellen. Indem er aus sozialer Verantwortung heraus die Bedingungen menschlicher Existenz in Zusammenarbeit mit Stadtplaner und Architekt verändert, optimiert er zugleich die technischen Mittel für diese Veränderung, ist das Erkennen seines schöpferischen Anteils an der Entwicklung sozialistischer Kultur durchdrungen von dem Wissen um die ästhetischen Auswirkungen seiner Entscheidungen.

Ästhetische Gestaltung baulicher Umwelt ist keine den Bauten zusätzlich hinzuzufügende Eigenschaft, etwa erreichbar durch einen Brunnen, ein Relief, einen Baum oder eine farbige Brüstung. Sie wird auch nicht in irgendeiner besonderen Phase des gesamten Bauprozesses durch einen einzelnen Künstler-Architekten hinzugefügt. Sie ist vielmehr Kriterium jeder einzelnen Phase des Bauens und Ausdruck des kulturellen Niveaus konkreter im Bauen zusammenwirkender Menschen, ihres Qualitätsbewußtseins und ihres ästhetischen Gefühls.

Literatur:

(1) Schinkel, K. F., Aus Tagebüchern und Briefen. Berlin 1967, S. 133 f.

(2) Zitiert nach: Hüter, K. H., Das Bauhaus in Weimar, Berlin 1976, Dok. 57

(3) Deutsche Architektur, 2/1959, S. 66

(4) Karl Marx, Das Kapital, MEW, Bd. 23. Berlin 1962, S. 393

(5) Karl Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte, MEW, Ergänzungsband 1, S. 516 und 517

(6) Ricken, H., Der XII. UIA-Kongreß und das Schöpfertum der Architekten. Architektur der DDR, 11/1975, S. 695

(7) Beschluß der 5. Tagung des ZK der SED, in: Über die Durchführung der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED im Bauwesen. Berlin 1977, S. 94

(8) Alberti, L. B., De re aedificatoria Libri decem, VI. 2 und XI. 1 (Herausgeber M. Theuer, 1912)

(9) Kühne, L., Haus und Landschaft, Weimarer Beiträge 10/1974, S. 75 f.

(10) Vitruv, Zehn Bücher über die Architektur, I.II, 12,4 (Herausgeber C. Fensterbusch, Berlin 1964)

(11) Alberti, L. B., a. a. O., IX. 5



1

Neubauwohnkomplex Leninallee/Ho-Chi-Minh-Straße in Berlin

Architekt BdA DDR Lothar Köhler
Dipl.-Arch. Dieter Rühle, Architekt BdA/DDR
VEB Wohnungsbaukombinat Berlin
Bereich Forschung und Projektierung

1
Blick von der Leninallee zum Stadtzentrum. Links Wohngebiet 3, rechts Wohngebiet 2

Magistrat von Berlin, Hauptstadt der DDR Bezirksbauamt
Hauptauftraggeber
Bereich Wohnungsbau 1
Bauingenieur Otto Richter, KDT
Dipl.-Ing. Kurt Kabus, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ök. Lutz Wichmann, KDT
Bereich Städtebau und Architektur
Dipl.-Ing. Roland Korn, Architekt BdA/DDR, Chefarchitekt der Hauptstadt
Dipl.-Arch. Tassilo Neuber, Architekt BdA/DDR,
Dipl.-Ing. Wolf Dieter Dahlke
Dipl.-Ing. Michael Götz

Generalauftragnehmer Komplexer Wohnungsbau
VE Wohnungsbaukombinat Berlin
Zentraler GAN-Bereich
Bauingenieur Otto Pfeng, KDT, Direktor GAN
Dipl.-Ing. Werner Kumke, KDT, Komplexleiter

Generalauftragnehmer Erschließung außerhalb der Wohngebiete und Hauptauftragnehmer Tiefbau
VE Kombinat Tiefbau Berlin, Betrieb Projektierung
Dr.-Ing. Werner Weiß, KDT, Direktor
Dipl.-Ing. Lothar Zädow, KDT, Abteilungsleiter
Dipl.-Ing. Harry Lucke, KDT
Bauingenieur Klaus Sturm
Bauingenieur Joachim Schröder

Komplexprojektant
VE Wohnungsbaukombinat, Bereich Forschung und Projektierung, HA Investitionskomplexe
Kollektiv unter Leitung von
Architekt BdA/DDR Lothar Köhler,
Abteilungsleiter Komplexprojektierung

■ Städtebau
Architekt BdA/DDR Walter Wenzel
Dipl.-Arch. Dieter Rühle, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Heinz Krause, Architekt BdA/DDR
Bauingenieur Ilzu Kim, Architekt BdA/DDR
Bauingenieur Renate Zimmer, Architekt BdA/DDR

■ Freiflächen, Vorbereitung
Gartenbauingenieur Hans-Eberhard Horn, Architekt BdA/DDR
Diplomgärtner Erika Schneegans
Diplomgärtner Annette Leonhardt, Architekt BdA/DDR

■ Freiflächen, Projekt
Diplomgärtner Günter Mertel, Architekt BdA/DDR und Kollektiv

■ Tiefbau-Koordination
Bauingenieur Heinz Matthes, KDT

■ Baugrund
Dipl.-Ing. Herbert Gerlach, KDT und Kollektiv

■ Mitarbeit an Hochbauerzeugnissen
Dr.-Ing. Gerhard Lehmann, Architekt BdA/DDR und Kollektiv
Architekt BdA/DDR Erwin Kussat und Kollektiv
Architekt BdA/DDR Günter Wernitz und Kollektiv
Dipl.-Ing. Wolfgang Ortmann, Architekt BdA/DDR und Kollektiv
Dipl.-Ing. Manfred Gerlich
Architekt BdA/DDR und Kollektiv
Nachauftragnehmer BMK Ingenieurhochbau Berlin

■ TGA-Leistungen
Dipl.-Ök. Dieter Schwenk, KDT und Kollektiv

Autorenverzeichnis der Planungsphasen s. auch „Architektur der DDR", Heft 6/73

Auf der Grundlage der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen, insbesondere der Arbeiterklasse, wurde in der Hauptstadt der DDR, Berlin, mit dem Aufbau des Wohnkomplexes Leninallee/Ho-Chi-Minh-Straße im Jahre 1972 begonnen.

Dieser Neubauwohnkomplex mit rund 15 000 Wohneinheiten und den entsprechenden gesellschaftlichen Einrichtungen wird nach seiner wesentlichen Fertigstellung bis 1980 etwa 50 000 Bürger aufnehmen.

Der Neubaukomplex mit einer Fläche von 170 ha liegt rund 5 km vom Alexanderplatz entfernt und stellt die räumliche und funktionelle Verbindung zwischen Stadtzentrum und dem neu entstehenden Stadtbezirk Berlin-Marzahn dar. Der Wohnkomplex Leninallee/Ho-Chi-Minh-Straße ist ein wesentlicher Teil der städtebaulichen Neugestaltung der Magistrale Leninallee, die sich durch den weitere Aufbau der Wohngebiete in Hohenschönhausen und des Arbeitsstättengebiets Lichtenberg Nordost fortsetzt.

Unter Beachtung seiner städtebaulichen Struktur ist der Neubaukomplex in drei Wohngebiete gegliedert, die durch die Einordnung von gesellschaftlichen Einrichtungen wie Schulen, Turnhallen, Kinderkrippen und -gärten, Kaufhallen, Gaststätten und Dienstleistungsobjekte den Bürgern günstige Einzugsbereiche bieten. Sie sind so konzipiert, daß die landschaftlichen Gegebenheiten wie der Volkspark Prenzlauer Berg und die Pfuhle mit dem herrlichen alten Baumbestand als Wohngebietspark den Bürgern gute Möglichkeiten der Erholung und sportlichen Betätigung schaffen werden.

Es wurde hier der Versuch unternommen, durch die Anwendung unterschiedlicher Wohnhaustypen, lebhafter Farbgestaltung und neuer Farbmaterialien an den Gebäuben sowie durch eine abwechslungsreichere Ausstattung der Freiräume mit Grünflächen, Spielplätzen und Freizeiteinrichtungen eine höhere Qualität in der Gestaltung unserer Neubaugebiete zu erreichen. Als das Wohnungsbauvorhaben Leninallee Ho-Chi-Minh-Straße vor vier Jahren im Heft 6/73 vorgestellt wurde, markierten sich nur einige vielgeschossige Wohngebäude auf dem Baugelände. Inzwischen sind nahezu 90 Prozent der geplanten Wohnungen bereits der Bevölkerung übergeben worden. In geringem zeitlichem Abstand nach Errichtung der Wohnungs- und Gesellschaftsbauten folgen die Freiflächen der Wohngebiete, so daß die Wohngebiete 1 und 2 nahezu fertiggestellt sind und im 3. Wohngebiet von vier Bauabschnitten bereits zwei in diesem Jahr im wesentlichen abgeschlossen werden können.

Der gesellschaftliche Hauptbereich im Neubauwohnkomplex Leninallee/Ho-Chi-Minh-Straße ist zur Zeit in der städtebaulichen Projektierung. Dabei erfordert die Zielstellung des Fünfjahrplans, die eine weitgehende Fertigstellung des gesamten Komplexes bis 1980 vorsieht, eine gleitende Projektierung. Umfangreiche organisatorische Maßnahmen sind notwendig, um dieses Ziel in Zusammenarbeit zwischen den Berliner Kombinaten und den Baukombinaten aus den Bezirken zu erreichen.

Einige neue Ergebnisse des komplexen Wohnungsbaus wurden erstmalig in diesem Komplex gebaut und erprobt.

So wurde die Einführung von Wohngebäuden der WBS 70, 11geschossig, für Berlin im 3. Wohngebiet (2. Bauabschnitt) vollzogen (siehe Heft 9/76), das heißt, das erste Objekt der WBS 70, 11geschossig, ist hier errichtet worden.

Neben erschließungstechnischen Lösungen sei besonders die Realisierung der kurzen Ecklösung hervorgehoben, die im 3. Bauabschnitt auch als 9geschossige Variante gebaut wird.

Weitere neue Serienerzeugnisse für das Wohnungsbauvorhaben Leninallee/Ho-Chi-Minh-Straße sind die Kinderkombinationen (90/180 Plätze), das Gesundheitszentrum für 50 000 Einwohner, die Apotheke sowie als Einzelstandorte die Körperbehindertenschule Berlin, 179 Wohnungen in der 5ge-

2

3

2
Modellfoto des gesamten Neubauwohnkomplexes
1 Wohnhochhaus, 25geschossig (SK-Bauweise)
2 Warenhaus
3 Kulturhaus
4 Sporthalle
5 Kaufhalle, 2geschossig
6 Post
7 Haus der Dienste
8 Wohnscheiben mit gesellschaftlichen Einrichtungen, 14geschossig (SK-Bauweise)
9 Schwimmhalle
10 Freibad
11 Café am See
12 Wohnhochhaus 18-/21geschossig (Großtafelbauweise)
13 Klubgaststätte
14 Kaufhalle
15 Gesundheitszentrum
16 Apotheke
17 Körperbehindertenschule

3
Blick auf den gesellschaftlichen Hauptbereich. Modellfoto

4
Große Turnhalle im Wohngebiet 3

5
Leninallee. Blick von der Terrasse des Cafés „Hochhauskrug" in Richtung Westen



4

5



6

8
Wohngebiet 1. Blick auf den gesellschaftlichen Bereich

7
Modellfoto. Blick nach Norden mit dem gesellschaftlichen Hauptbereich und dem Wohngebiet 2, im Hintergrund der Volkspark Prenzlauer Berg

8
Wohngebiet 2. Blick nach Nordwesten mit gesellschaftlichen Einrichtungen

9
Wohngebiet 3, 1. Bauabschnitt. Rechts im Hintergrund Hügel vom Volkspark Prenzlauer Berg

schossigen Serie des VEB WBK Rostock und Gesellschaftsbauten des gesellschaftlichen Hauptbereiches.

In Fortsetzung des bereits Veröffentlichten soll hier ein Überblick über das 3. Wohngebiet mit vier Bauabschnitten gegeben werden, das etwa 40 Prozent des gesamten Wohnungsbaukomplexes einschließlich des gesellschaftlichen Hauptbereiches (4. Bauabschnitt) umfaßt. Die Bauabschnitte 1 bis 3 sind dem komplexen Wohnungsbau vorbehalten, wobei die Erzeugnisse der WBS 70, 11geschossig (rund 60 Prozent), der Serie QP 71, vier Objekte der Serie P 2 11geschossig als Studentenwohnheime, sechs Wohnhochhäuser GT 18/21geschossig sowie als Übergang zum vorhandenen Altbaugebiet 4 Objekte der 5geschossigen WBS 70 eingeordnet wurden.

Die in der neuen WBS 70, 5- und 11-geschossig, gegebene beiderseitige Erschließung bietet günstigere städtebauliche und funktionelle Lösungen als bei den bisherigen Serien.

Städtebaulich-räumlich wurde auch im 3. Wohngebiet eine hofartige Bebauung angestrebt. Dadurch wird der aus dem Generalbebauungsplan abgeleitete durchgehende Grünzug von der Parkaue zum Freizeitpark am Fennpfuhl im Bereich zwischen dem 2. und 3. Bauabschnitt erhalten und weitergeführt. Ein vorhandener kleiner Teich ist landschaftsgestalterisch in den Grünzug mit einbezogen. Die Karl-Lade-Straße verliert ihre Funktion als Verkehrsstraße für den Durchgangsverkehr, und so wird der räumliche Zusammenhang zum Freizeitpark am Fennpfuhl unterstützt.

Die gesellschaftlichen Bereiche im 3. Wohngebiet sind unmittelbar den Verkehrsknotenpunkten zugeordnet. Der S-Bahnhof Zentralviehhof ist wesentlicher Quell- und Zielpunkt des Fußgängerverkehrs für das gesamte Wohngebiet. Die Beziehung vom S-Bahnhof zum geplanten gesellschaftlichen Hauptbereich und weiter zum Wohngebiet 2 bestimmt die räumliche und kompositorische Struktur für den Aufbau des gesellschaftlichen Bereiches. Der Fußgängerachse S-Bahn gesellschaftlicher Hauptbereich zwischen der 11geschossigen WBS 70 und der vorhandenen Bebauung wurden die polytechnischen Oberschulen, das Gesundheitszentrum und die Apotheke zugeordnet. Eine Baumallee und vielfältige Elemente der Freiflächengestaltung unterstützen den Charakter der Fußgängerachse.

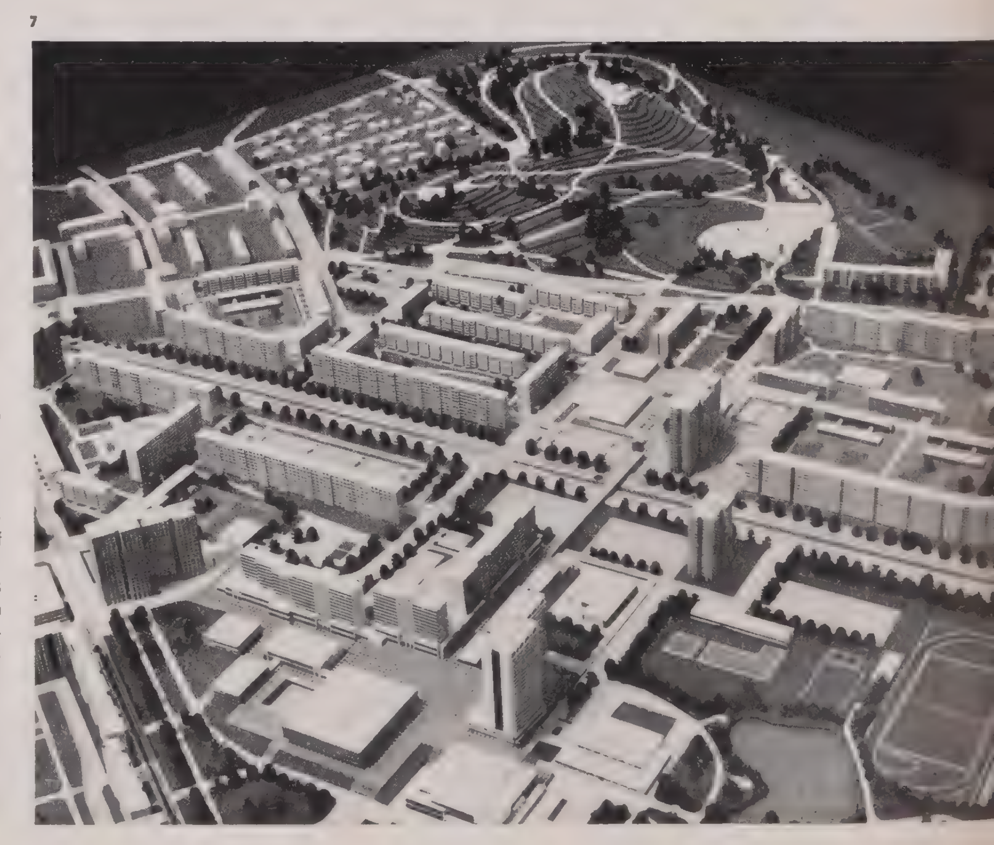
4. Bauabschnitt

Über den weiteren Aufbau des Wohnungsbauvorhabens Leninallee/Ho-Chi-Minh-Straße informierte der Oberbürgermeister der Hauptstadt, Erhard Krack, in einem Rathausgespräch am 10. Juni 1977. Dabei wurde besonders auch der 4. Bauabschnitt, der gesellschaftliche Hauptbereich, umfassend dargestellt. „Inmitten des Neubauviertels und in günstiger Zuordnung zu den drei Wohngebieten entsteht ein gesellschaftlicher Bereich, wie er in seiner Größenordnung und Ausstattung bisher in keinem anderen Neubaugebiet der Hauptstadt realisiert worden ist“, erklärte der Oberbürgermeister.

Über den 4. Bauabschnitt des 3. Wohngebietes (den gesellschaftlichen Hauptbereich) kann hier in Anbetracht des Bearbeitungsstandes des Projektes nur allgemein informiert werden. An der „Seenkette“ des erweiterten Lang- und Fennpfuhls, umgeben von den drei Wohngebieten, werden bis 1980 unter anderem folgende Objekte errichtet:

- etwa 700 Wohnungseinheiten in SK-Bauweise mit Funktionsüberlagerung für Ver-

7



8

kaufseinrichtungen für Waren des täglichen Bedarfs, für Industriewaren und Dienstleistungseinrichtungen

- ein Warenhaus mit 5000 m² Verkaufsraumfläche
- ein Kulturhaus
- eine Sporthalle
- eine zweigeschossige Kaufhalle, rund 2000 m² Verkaufsraumfläche
- ein Postamt
- eine Schwimmhalle (25-m-Becken mit Nichtschwimmerteil)

sowie

- zahlreiche Gaststätten und weitere gesellschaftliche Einrichtungen.

Die Anlagen des ruhenden Verkehrs wurden im 3. Wohngebiet ebenfalls weitgehend der Randlage zugeordnet. Der fließende Verkehr verläuft tangential zum Wohnungsbau.

Doch wie stellt sich nun die städtebauliche Konzeption aller drei Wohngebiete in der Realität dar? Einige Erfahrungen und Aspekte des bisherigen Aufbaus sollen hier erläutert werden.

Städtebauliche Struktur

Die territorial bedingten bandartigen 10- und 11geschossigen Wohnbauten ermöglichen ein Abschirmen des Verkehrslärms, bilden große Wohnhöfe und unterstützen die großen Bewegungsrichtungen des Verkehrs.

Beispiele sind die rechtwinklige Hofbebauung im Wohngebiet mit rund 700 WE, der gekrümmte geschlossene oder offene Wohnhof mit etwa 1200 bis 1500 WE im Wohngebiet 3 oder eine Kombination von unterschiedlichen Raumfolgen (etwa 2000 WE) im Wohngebiet 1. Eine differenzierte Gestaltung erhalten die „Höfe" durch gesellschaftliche Einrichtungen.

Die Kindereinrichtungen und Schulen wurden dem Wohnen direkt zugeordnet; sie sind vom Wohnen umschlossen und vereinen zugleich räumlich die Freiflächenbereiche mit diesen Einrichtungen.

Die Höhendominanten, 18- und 21geschossige Wohnhochhäuser, betonen die gesellschaftlichen Bereiche der Wohngebiete, zugleich auch die Verkehrsknoten und Haltepunkte der Massenverkehrsmittel. Dieses Zuordnen erscheint funktionell sinnvoll, ökonomisch und für die Orientierung von innen und außen günstig.

Gesellschaftliche Bereiche

Die den einzelnen Wohngebieten zugeordneten gesellschaftlichen Bereiche wurden entsprechend Bedarfsziffern und vorhandenen Erzeugnissen räumlich um kleine „Marktplätze" oder linear zu den Fußgängerachsen gruppiert. Die maximalen Entfernungen von rund 400 m zu den Massenverkehrsmitteln sind vertretbar, und die Entfernungsradien von den Wohnungen zu den gesellschaftlichen Einrichtungen werden weitgehend eingehalten.

■ Wohngebiet 1

Eine Kaufhalle (MLK 1200 m²), ein Dienstleistungsgebäude und eine Klubgaststätte sind einseitig parallel zur Erschließungsstraße angeordnet, die Hauptzugänge liegen an einer Fußgängerzone, die sich von den öffentlichen Verkehrsmitteln bis zum Wohngebiet erstreckt. Räumlich gefaßt und akzentuiert wird dieser Bereich durch ein Wohnhochhaus (mit einer Kinderbibliothek im Erdgeschoß) und ergänzt mit Freiflächen für Spiel und Sport, Brunnen und anderen Elementen. Dabei ist das technische und technologische Minimum der Abstände ausgenutzt worden. Doch ist die kon-

9





10

11



12



10
Modellfoto. Blick von Osten in Richtung Karl-Lade-Straße, im Vordergrund Wohngebiet 1

11
Wohngebiet 2. Blick auf den gesellschaftlichen Bereich

12
Hinweisschild

13
Element der Orientierungskonzeption für den Neubauwohnkomplex.
Orientierungstafel für das Wohngebiet 1
(farbige Emaille auf Stahlblech)
Entwurf: Hans-Michael Linke, Diplomformgestalter
Klaus Stützner, Diplomformgestalter



13

struktive und gestalterische Übereinstimmung zwischen Kaufhalle in Stahlleichtbau sowie der Klubgaststätte und dem Dienstleistungsgebäude in Stahlbetonskelettbauweise mit VT-Platten noch nicht voll befriedigend.

■ Wohngebiet 2

Die Kaufhalle (SK Berlin 1500 m²), eine Dienstleistungseinrichtung und ein 7geschossiges Feierabendheim sind ebenfalls parallel der Erschließungsstraße angeordnet. Die Haupteingänge liegen an der großzügig gestalteten Fußgängerachse, die vom gesellschaftlichen Hauptbereich des gesamten Neubaukomplexes in den Volkspark Prenzlauer Berg führt.

Das Wohnhochhaus GT, 18-/21geschossig (mit Bierstube im Erdgeschoß), akzentuiert diesen Bereich.

Im Zuge des Komplettierens werden jetzt noch ein Mehrzweckgebäude für Schulspeisung und andere Einrichtungen dem Ensemble hinzugefügt.

■ Wohngebiet 3

Im 2. Bauabschnitt sind eine Kaufhalle (MLK 800 m²), eine Klubgaststätte und ein Wohnhochhaus mit einem Café im Erdgeschoß um einen kleinen „Marktplatz" gruppiert. Der angrenzende Wohnungsbau mit dem ersten Block der WBS 70, 11geschossig, schließt diesen Raum nach einer Seite ab.

Im 3. Bauabschnitt entstand ein gesellschaftlicher Bereich mit der zur Zeit größtmöglichen Funktions- und Gestaltungsvariabilität. Eine Kaufhalle (1500 m²), eine Klubgaststätte, ein zweigeschossiges Dienstleistungsobjekt und eine 25-m-Volksschwimmhalle (Typ C) – alles bewährte Erzeugnisse des VEB BMK Ingenieurhochbau in der SK-Bauweise Berlin – wurden zu einem hofartigen Raum an einer alten Kastaniengruppe zusammengefaßt. In unmittelbarer Nähe liegt der S-Bahnhof Storkower Straße mit der Fußgängerachse zum gesellschaftlichen Zentrum, eine städtebauliche Betonung wird durch ein 18/21geschossiges Wohnhochhaus (mit Café im Erdgeschoß) erreicht. Die einheitliche Bauweise erhöht die architektonische und städtebauliche Qualität eindeutig.

Zusammen mit den Elementen der Freiflächeneinrichtung ist funktionell und räumlich eine interessante Lösung entstanden.

Verkehr

■ Massenverkehrsmittel

Das Gebiet ist von Massenverkehrsmitteln gut erschlossen. Im Süden wird es vom S-Bahn-Ring tangiert; ein direkter Zugang zum S-Bahnhof ist bereits realisiert. Straßenbahn und Bus durchziehen auf den Hauptnetzstraßen den Komplex. Die maximale Entfernung zu den öffentlichen Verkehrsmitteln beträgt 400 m.

■ Fließender Verkehr

Die beiden Magistralen Leninallee und Ho-Chi-Minh-Straße bestimmen weitgehend die Struktur des fließenden Verkehrs. Sie sind jeweils mit drei Richtungsfahrspuren ausgestattet. Weitere Hauptnetzstraßen tangieren im wesentlichen die Wohngebiete. Die Wohnquartiere sind mit 6 m breiten Straßen in Zellenform erschlossen. Ein Einbahnsystem ist nicht gewählt worden, um ein unnötiges Verkehrsaufkommen zu vermeiden.

■ Ruhender Verkehr

Die Flächen für den ruhenden Verkehr befinden sich weitgehend in den Randlagen der Wohnbereiche und sind dem fließenden Verkehr zugeordnet. Damit ist die Möglichkeit gegeben, das Verkehrsaufkommen in den Wohnhöfen und die Lärm- und Abgaskonzentration zu reduzieren und somit die Wohnqualität zu erhöhen.

Ein Weg von 350 m von der Wohnung zum Parkplatz wird im Vergleich mit Entfernungen zu den öffentlichen Verkehrsmitteln für vertretbar gehalten. Das spätere Einordnen von Parkdecks auf den weiträumigen ebenerdigen Flächen des ruhenden Verkehrs ist möglich.

Farb- und Oberflächengestaltung, bildkünstlerische Gestaltung, Sekundärarchitektur

Über die geplanten Prinzipien der Gestaltung wurde ebenfalls im Heft 6/73 ausführlich berichtet. Dabei wurde für den Wohnungsbau eine warme und aktive Farbskala (gelb, orange, rot) mit entsprechender Rhythmisierung, sich additiv wiederholender Grundelemente gewählt. Die Farbwerte und Gestaltungsmotive nehmen zu den gesellschaftlichen Bereichen hin zu. Die Gesellschaftsbauten erhalten als Komplementärkontrast einen kühlen, auf blau orientierten Farbwert. In der Gesamtheit dominieren reine brillante Farbtöne.

Die vorwiegenden Oberflächenmaterialien im Komplex Leninallee/Ho-Chi-Minh-Straße sind farbige Keramikplatten, hellgrauer Waschbeton, eingewalzter Splitt, Strukturbeton, Sichtbeton und farbiger PUR-Anstrich.

Im Ergebnis der Zielstellungen aus der Gestaltungskonzeption wurde im Zusammenwirken zwischen Komplexprojektant, dem Kollektiv der bildenden Kunst, Farbgestaltern, Städtebauern und Erzeugnisprojektanten versucht die bisherige nüchterne Farbskala der Neubaugebiete zu durchbrechen und eine unverwechselbare und charakteristische Farbgestaltung zu erreichen.

Diese Gestaltungskonzeption war und ist Grundlage aller gestalterisch wirksamen Arbeiten wie bildende und angewandte Kunst, Farbe, Fassaden, Freiflächen, Werbung, Sekundärarchitektur.

Die für die bildende und angewandte Kunst zur Verfügung stehenden Mittel wurden konzentriert eingesetzt.

Im Wohngebiet 1 beispielsweise dominiert eine 30 m hohe Giebelgestaltung (Entwurf: Dieter Gans und Rolf Schubert) an einem 11geschossigen P2-Wohngebäude als Gestaltungselement aus emaillierten Stahlplatten mit einer ausgezeichneten Fernwirkung angeordnet.

In den gesellschaftlichen Bereichen der Wohngebiete bilden unter anderem Brunnenanlagen und Wasserspiele zentrale Motive.

Den Fragen der „Sekundärarchitektur" (Information, Orientierung, Stadtmöblierung, Freiflächenausstattung) gilt in der Planungsphase eine umfassende Beachtung.

In der Freiflächengestaltung wurden sowohl neue Serienspiel- und -sportgeräte eingesetzt (Holzspielgeräte) als auch beispielhafte individuelle Lösungen mit viel Elan realisiert. Funktionelle und inhaltliche Schwerpunkte des öffentlichen Raumes erhalten differenzierte Gestaltungsmittel gegenüber den Wohnbereichen.



1

Freiflächengestaltung im Komplex Leninallee/Ho-Chi-Minh-Straße

Gartenbauingenieur Hans-Eberhardt Horn,
Architekt BdA/DDR
VEB Wohnungsbaukombinat Berlin,
Bereich Forschung und Projektierung

Aufgabenstellung

Es galt, bei kurzer Terminstellung mit kleinem Mitarbeiterkollektiv, unter Beibehaltung der interdisziplinären Arbeitsweise, das dritte und letzte Wohngebiet des Neubauwohnkomplexes einschließlich Hauptzentrum zu planen.

Die Prämissen der „Studie 70" (Lage gesellschaftlicher Hauptbereich, Ausbau Lang- und Fennpfuhl mit Wohngebietspark, Lage der Nebenzentren und die Grünverbindung Parkaue Lichtenberg zum Volkspark Prenzlauer Berg) waren zu berücksichtigen.

Bei Konzentration der Wohnbebauung am S-Bahnhof-Bereich und unter Beibehaltung der im 1. und 2. Wohngebiet ausgearbeiteten Qualität der Freiflächen mit den hohen Gebrauchswerteigenschaften war das 3. Wohngebiet zu konzipieren (siehe auch Heft 6/73).

Planungsablauf, Koordinierung

Die städtebauliche Gestaltung dieses Wohngebietes erfolgte unter aktiver Einflußnahme durch die Landschaftsarchitekten.

Die konzeptionelle Lösung für die Freiflächen sowie die erforderlichen Koordinierungen zu den anderen Fachdisziplinen lagen in einer Hand und wirkten sich günstig auf die Qualität aus.

Der 4. Bauabschnitt wurde zurückgestellt, wobei die Ver- und Entsorgungsmedien (als Kollektor ausgeführt) durch das Territorium geleitet werden mußten, um die Bauabschnitte 1 bis 3 vorab versorgen zu können. Der 1973 hierfür ausgeschriebene Wettbewerb für den gesellschaftlichen Hauptbereich brachte Grundlagen zur weiteren konzeptionellen Lösung.

Die Besonderheiten dieses 3. Wohngebietes lagen wie im 1. und 2. Wohngebiet in der Notwendigkeit der Sicherung des Prinzips „Tiefbau vor Hochbau" bei Parallelarbeiten der Phasen Informationsangebot – Verbindliches Angebot – Projekt. Das erforderte besonders vom Landschaftsarchitekten ein komplexes Bearbeiten.

Erleichtert wurden diese Festlegungen dadurch, daß komplett vorliegende Erzeugnisse der Freiflächen, unter anderem für Kinderkombinationen, mit Anschlußwerten und -höhen für unterschiedliche Bodenarten vorlagen (siehe auch Heft 11/76). Erschwerend wirkten sich beim Bearbeiten der Freiflächen die Veränderungen von städtebaulichen Details durch das gleichlaufende Entwickeln einiger Hochbauerzeugnisse.

Durch die zunehmende Beteiligung der Bürger an der Realisierung – nicht nur der Vorgärten am eigenen Haus, sondern ganzer Wohnbereiche – konnten Rückstände sowohl aus der Projektierung als auch beim Bau der Außenanlagen abgebaut werden.

Gestalterisch-funktionelle Konzeption der einzelnen Bereiche

■ Wohngebiet 1

Die Prämissen für die Freiflächen dieses Gebietes sind bei den Außenanlagen in den Projekten durchgesetzt worden.

Obwohl während der Baudurchführung zum Teil Materialumstellungen und Detailänderungen an Sitz- und Platzbereichen vorgenommen wurden, blieb die gestalterische Einheit erhalten, da in jedem Fall eine Abstimmung mit dem Komplexprojektanten der Freiflächen erfolgte.

Die Spielberganlage bewährte sich und ist mit der in der Nachbarschaft angelegten Wassersprühanlage eine Attraktion geworden. Das gilt ebenso für den Verkehrsgarten und die Ballspielplätze als einem Zentrum für die Freizeitbeschäftigung der Kinder und Jugendlichen.

Wohltuend wirkt sich auch das Anordnen von Groß- und Starkbäumen in den Wohnhöfen aus.

Wohngebiet 1

1
Blick in den großen Wohnhof

2
Strukturwand

3
Holzspielgeräteplatz

Die Strukturmauern, in diesem Gebiet konzentriert als Raumbildner eingesetzt, werden erst in diesem Jahr durch Pergolen komplettiert.

■ Wohngebiet 2

Hier sind die Freiflächen, bis auf einige kleine Restleistungen, fertiggestellt.
Die gepflanzten Groß- und Starkbäume haben auch hier eine hohe Anwachsquote und bereichern das Wohngrün wohltuend.

■ Wohngebiet 3

1. Bauabschnitt

Er umfaßt im wesentlichen zwei Wohnhöfe. Diese sind mit Spiel- und Freizeiteinrichtungen so ausgestattet, daß den größeren Kindern und den Jugendlichen auch des Zentrumbereiches eine ausreichende Betätigungsmöglichkeit geboten werden kann.
Die geplante direkte Fußgängerverbindung vom S-Bahnhof zum Volkspark Prenzlauer Berg durchzieht diesen Bauabschnitt.
Vorhandene große Laubbäume sind in die Gestaltung einbezogen und lockern die Raumbildung der Wohnungsbauten sehr gut auf.



2

3

2. Bauabschnitt

Hier sind landschaftsgestalterisch sicher interessante Räume mit originellen und unverwechselbaren Funktionskomplexen für Kinder und Erwachsene entstanden, z. B. die Spielhügel – aus den auf der Baustelle anfallenden Erdmassen modelliert.

Als Höhepunkt dieses Bereiches stellt sich die Anlage eines Kinderspielzoos dar. Unter Verwendung des Baumaterials Holz als Palisaden und Treppen wurden Tierplastiken des Holzbildgestalters G. Schumann zu einem Spielplatz gruppiert.

Der Freizeitbereich für rund 2000 Studenten des Wohnheimes an der neuen Storkower Straße mit kleinen, durch Strukturmauern und Pergolen differenziert angeordneten Funktionsbereichen – vom Sand- und Gerätespielplatz für die Kinder der Studentenfamilien über Ballspiel, Tischtennis, Freifeldschach, Freitanzfläche bis hin zum Sitz- und Grillplatz – ist mit eingeordnet.

Der gesellschaftliche Bereich des 2. Bauabschnittes signalisiert den neuen Wohnkomplex von der südöstlichen Seite her mit gartengestalterischen und künstlerischen Mitteln und bietet mit seinen Freisitzflächen Möglichkeiten zum geruhsamen Verweilen.

Die Kinderkombinationen, Schulen und das Feierabendheim zeigen liebevolle Details – auch in der Bepflanzung.

Vorhandene Laub- und Obstbäume wurden in die Gestaltung einbezogen.

3. Bauabschnitt

Bemerkenswert ist hier die Hauptfußgängerachse vom am S-Bahnhof Storkower Straße gelegenen Nebenzentrum zum gesellschaftlichen Hauptzentrum und darüber hinaus zum Volkspark Prenzlauer Berg.







Wohngebiet 3

4
Kinderspielzoo, Ausschnitt

5
„Giraffe"

6
[illegible] „Pferd"

7
[illegible]

8
[illegible]

9
[illegible]

Dieser Fußgängertrasse entlang stehen weitere gesellschaftliche Einrichtungen.
Die Wegverbindung – Großplatten, im rot-gelben Muster verlegt – erhält im Mittelabschnitt eine Baumallee.
Gestalterischer Höhepunkt ist der Bereich am S-Bahn-Ausgang östlich der Wohngebietsgaststätte gleichsam als Eingang in den neu entstandenen Investitionskomplex. Strukturmauern grenzen die Fläche zur Erschließungsstraße und zum Bus-Endhaltepunkt hin ab, bilden einen ruhigen Innenhof mit einer Gruppe vorhandener großer Roßkastanien, östlich begrenzt durch einen Pergolenhof mit dekorativen Pflanzungen sowie von einer 5 m hohen Brunnenplastik aus Betonelementen.
In jedem Wohnhof des 3. Wohngebietes sind Ballspielplätze, Tischtennisplatten, Freisitzplätze und Spielbereiche unter Ausnutzung der jeweiligen vorhandenen bzw. geplanten topographischen Gegebenheiten eingeordnet.
Der Hauptverkehrsstraße entlang wurden Alleebäume gepflanzt. Die Artenauswahl wurde generell durch die Baumkonzeption des Stadtgartenamtes vorgegeben.

4. Bauabschnitt

Der gesellschaftliche Hauptbereich wird zunächst noch eine große Baustelle bleiben; Baustelleneinrichtungen und Erdlager bestimmen hier zur Zeit das Bild.
Kernstück des 3. Wohngebietes und darüber hinaus des gesamten Wohnungsbauvorhabens Leninallee/Ho-Chi-Minh-Straße ist der Freizeitpark um den auf 3,2 ha erweiterten Lang- und Fennpfuhl.
Der Freizeitpark erhält, wie auch das gesellschaftliche Zentrum, ein überarbeitetes Geländeprofil. Etwa 75 000 m^3 auf der Baustelle vorhandene Füllbodenmassen werden so modelliert, daß der Grünbereich zu den Hauptverkehrsstraßen hin abgeschirmt wird und differenzierte Funktionsbereiche entstehen.
Zu den Funktionsbereichen des Freizeit- und Erholungsparkes zählen Sportkomplex, Freibad, Freizeitsportgelände und der Erholungsbereich.
Der Zentrumsbereich mit seinem zentralen Platz erhält eine architektonische Gestaltung durch Hochbeete, Brunnen und Baumalleen, verbunden mit Werken der bildenden Kunst.

Grünzug

Ein Grünzug in südlicher Richtung des Freizeit- und Erholungsparkes zwischen dem 2. und 3. Bauabschnitt des 3. Wohngebietes verbindet den Wohnkomplex mit der Parkaue Lichtenberg.
Funktionell erforderliche Wege erschließen die Freiflächen der angrenzenden Wohnhöfe miteinander.
Dem Grünzug zugeordnet sind ein aus zwei Einheiten bestehender Schulkomplex mit Sportplatz sowie eine Einzelschule, der ein Schülerspeisungsgebäude angelagert wurde.
Obwohl der Grünraum durch die abgeschlossenen Grundstücke eingeengt wird, bestimmen die über 100 m auseinandergerückten Wohnblöcke der WBS 70 11geschossig, die Großzügigkeit des Raumes.
Ein kleiner vorhandener Pfuhl mit Wasserkaskade ist in diesem Bereich einbezogen. Der hierzu eingeordnete 5 m hohe Spielberg unterstreicht den Grünzug am kleinen Pfuhl.
Zwei weitere Spielbereiche mit Wassersprühanlage, großer Spiel- und Liegewiese sowie ein unter einer vorhandenen herrlichen Baumgruppe eingeordneter Freisitzplatz fügen sich harmonisch in den Grünzug ein.


7


8

9




1

Gesundheitszentrum für 50000 Einwohner

Architekt Jörg Zahlmann
VEB Wohnungsbaukombinat Berlin
Bereich Forschung und Projektierung

1 Hauptansicht

2 Blick in die Hydrotherapie

3 Spielgeräte im Warteraum für Kinder

4 Querschnitt 1 : 200

VEB Wohnungsbaukombinat Berlin,
Bereich Forschung und Projektierung
Abteilungsleiter: Dipl.-Ing. Manfred Gerlich, BdA/DDR

Entwurf:
Architekt BdA/DDR Heinz Tellbach
Architekt Jörg Zahlmann
Architekt Paul Rousseau
Architekt Peter Aue
Techniker Helga Masur

Eingangsbauwerke:
Architekt Rüdiger Plaethe

Statik:
Dipl.-Ing. Walter Eichhorn

Sanitärtechnik:
Ingenieur für HLS Horst Ziemke

Heizungstechnik:
Ingenieur für HLS Eckard Schmidt

Elektrotechnik:
Elektroingenieur Wolfgang Profft

Informationsanlagen:
Dipl.-Ing. Reinhard Walter

BMSR:
Ingenieur für BMSR Giesbert Barth

Bautechnologie:
Bauingenieur Karl-Heinz Schönbeck

Bauwirtschaft:
Ingenieur-Ökonom Elke Menzel

Aufgabenstellung und Fachberatung:
MR. Dr. U. Neelsen, Magistrat von Groß-Berlin

Studie:
Mr. Dr. U. Neelsen
Dr. med. Döhnert
Architekt Harry Brüssow
Architekt Paul Rousseau

Farbprojekt und Spielplastik:
Diplomformgestalter Roland Heppert

Orientierungsprojekt:
Diplomformgestalter Hans-Michael Linke
Diplomformgestalter Klaus Stützner

Entwurf der Eingangskeramik:
Werkstätten für Keramik Marwitz, Bollhagen

Bauausführung:
VEB WBK Berlin, Betrieb Wohnhochhaus und Gesellschaftsbau

Mit diesem – erstmals im Neubaukomplex Leninallee/Ho-Chi-Minh-Straße angewandte Gebäude wurde eine Einrichtung des Gesundheitswesens geschaffen, die den spezifischen Bedingungen der ambulanten medizinischen Betreuung der Bevölkerung in innerstädtischen Ballungsgebieten mit hohen Einwohnerdichten entspricht.

Grundlage des Entwurfs war eine Aufgabenstellung, die in Zusammenarbeit von Vertretern des Gesundheitswesens, der medizinischen Wissenschaften und Architekten entstanden ist und prinzipielle Fragen der Struktur des Netzes ambulanter Einrichtungen der medizinischen Betreuung im Territorium sowie die Funktionsverflechtung innerhalb des Gebäudes und vorhandene bauliche Möglichkeiten berücksichtigt.

Funktion

Die von den Fachabteilungen als Einheit mit allen diagnostischen und therapeutischen Möglichkeiten zu leistende Betreuung umfaßt die Bereiche

- Prophylaxe
- Behandlung im Erkrankungsfalle
- Überwachung bestimmter Gruppen von Erkrankten (Dispensairebetreuung) und
- Einleitung von Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation.

Anlaufpunkt aller Patienten ist die zentrale Anmeldung, die dem Foyer im Erdgeschoß zugeordnet ist und von wo aus die einzelnen Funktionsbereiche über zwei voneinander getrennte Treppenhäuser mit Aufzügen und Flure erschlossen werden.

Sockelgeschoß

Die physio- und hydrotherapeutischen Einrichtungen sind aus Gründen der vollen Auslastung aller Geschosse und des hohen Anteils an notwendiger Gebäudetechnik im Sockelgeschoß eingeordnet.

Erdgeschoß

Die Kinderabteilung wird gesondert von außen erschlossen und erhält getrennte Eingänge für den Infektionsbereich. Ihre Anmeldung ist der zentralen Anmeldung räumlich angegliedert.
Die Anordnung der Röntgenabteilung wurde bestimmt von den direkten Funktionsbeziehungen zur Chirurgie, Urologie und Orthopädie. Die sehr vielfältigen Verflechtungen dieser Funktionseinheiten sowie die Steuerung des Patientenverkehrs im zugänglichen und nichtzugänglichen Bereich führten zu der vorliegenden Lösung.

1. Obergeschoß

Im Bereich Allgemeine und Innere Medizin, Neurologie, Gynäkologie und Labor ist die höchste Patientenfrequenz zu erwarten. Sowohl von der fachlichen Aufgabenstellung als auch von der Inanspruchnahme bestehen zwischen Funktionsdiagnostik, Labor und Gynäkologie und den übrigen Fachabteilungen dieses Geschosses die stärksten Kommunikationen.

2. Obergeschoß

Neben Verwaltung und Sozialräumen liegen hier Fachabteilungen wie Dermatologie, HNO-Abteilung, Augenheilkunde,

Zahnmedizin und Zahntechnik. Die Zentralsterilisation wurde in unmittelbarer Nähe des Aufzugs angeordnet.
Im Kern des Gebäudes sind die Toilettenanlagen getrennt nach Personal- und Patiententoilette zentral angeordnet.

Gestaltung und Material

Ausgehend von der Funktion des Gebäudes, seiner spezifischen Betriebstechnik und der Technologie des Betreuungsablaufs sowie unter Beachtung der vorgegebenen Aufwandsnormative entstand ein viergeschossiger, rechteckiger, kompakter Baukörper, der zur optimalen Nutzung der Innenbereiche zwei Lichthöfe enthielt.
Unter Verwendung der eingesetzten Materialien wurde eine klare, sachliche Gestaltung mit Betonung der funktionsspezifischen Eingangsbauwerke erreicht.
Als Außenhaut kommt eine Holz-Leichtmetall-Fassade zur Anwendung, die Theraflex-Fensterscheiben erhält, um die Wärmebelastung durch Sonneneinstrahlung abzumindern.
Die Farbigkeit der Glasbrüstungen kann, einschließlich der Alu-Abdeckprofile, standortbedingt variiert werden.
An den Eingängen werden die Wandscheiben als Träger künstlerischer Gestaltung genutzt.

Konstruktion

Das Gebäude wurde im Bausystem SK Berlin 72 errichtet.
Die Tragkonstruktion, bestehend aus Deckenplatten und Riegel (Doppelriegelsystem), mit einer Spannweite von 7200 mm sowie ein- bzw. zweigeschossigen Stützen setzt sich auf Einzelfundamente ab.
Zur Aussteifung des SK-Systems wurden die Treppenhauskerne sowie in Längs- und Querrichtung angeordnete Wandscheiben herangezogen.
Diese aussteifenden Gebäudeteile und die Eingangsbauwerke sind monolithisch, das gesamte übrige Konstruktionssystem ist in Montagebauweise ausgeführt.

Außenanlagen

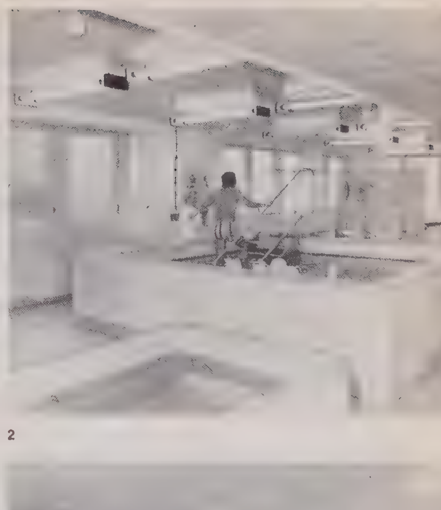
Zur Belichtung des Sockelgeschosses wurde ein umlaufender Lichtgraben vorgesehen. Der Haupteingang wird durch eine monolithische Stahlbetonkonstruktion mit auskragender Stahl-Holz-Dachkonstruktion gebildet.
Der Eingang für liegende Patienten ist ebenfalls eine monolithische Stahlbetonkonstruktion, der den Frischluftansaugschacht konstruktiv und gestalterisch mit einbezieht.
Der Kindereingang ist ein unterkellertes Bauwerk, in dem auch das Notstromaggregat des Objektes untergebracht ist.
Der Wirtschaftseingang mit überdachtem Entladeplatz liegt im Sockelgeschoß und wird ebenso wie der Eingang für liegende Patienten über eine Rampe für den Fahrzeugverkehr erschlossen.

Innenwände

Alle Trennwände, mit Ausnahme der des Sockelgeschosses und der Naß- und Röntgenräume, wurden als ROCASO – Ständewand mit beiderseitig doppelter Beplankung und mit verspachtelter Fuge ausgebildet.
Hierdurch wird eine wesentliche Gewichtsreduzierung und damit die Möglichkeit der Verlegung von Hohldeckenplatten mit ebener Untersicht erreicht und eine Variabilität der Wände gewährleistet.
In diesen Wänden sind die Sanitär-, Heizungs- und Elektroinstallationen untergebracht.

Besondere bautechnische Schutzmaßnahmen

Die Luftschalldämmung der Ständerwände zwischen den Funktionseinheiten wird mit –1 dB angegeben und ist somit ausreichend. Zur Erreichung der geforderten Werte an den Türen sind besondere, schwellenlose Türen hergestellt worden.
In OP- und Zystoskopie-Räumen werden antistatische Fußbodenbeläge vorgesehen.



2



3

Zur Abschirmung der EKG-Räume sind Faradaysche Käfige ausgebildet.
Als Strahlenschutzmaßnahmen in den Röntgenräumen werden Vollziegeltrennwände, Barytbetonflächen, Strahlenschutztüren und Bleiglasfenster erforderlich.

4



5

Technologie

Infolge der großen Gebäudetiefe wird die Montage von zwei Seiten mit zwei Turmdrehkränen Mostostal ZW – 16/120 durchgeführt. Die Montage erfolgt zweischichtig. Arbeitsschutztechnische Probleme treten bei der Parallelmontage nicht auf, da die Schwenkradien beider Kräne sich nur bei maximaler Ausladung in der Gebäudemitte überschneiden. In diesem Bereich werden nur Deckenplatten verlegt, die jeweils einem Kran im Montageablauf zugeordnet sind.

Gebäudetechnische Anlagen

Das Gebäude ist für die Versorgung mit Fernwärme ausgelegt. Eine zentrale Mischstation sorgt für Heizmedium und Warmwasser, während die Wasseraufbereitungsanlage der Hydrotherapie gesondert angeordnet ist. Zur Ableitung des in der Ebene des Sockelgeschosses anfallenden Schmutz- und Regenwassers sind Hebeanlagen installiert.

Eine hauseigene Netzstation ist im Sockelgeschoß untergebracht. Bei Netzausfall erfolgt die Notstromversorgung bestimmter Bereiche über ein Notstromaggregat.

Für die Gewährleistung der erforderlichen Kommunikation ist eine umfangreiche Informationsanlage vorgesehen.

Die lufttechnische Anlage des Gebäudes ist so angelegt, daß die Ansaugung der Frischluft über einen Ansaugschacht rund 3,0 m über Terrain und die Ableitung der Fortluft über Dach erfolgt.

Be- und entlüftet werden nur innenliegende Räume und Flure sowie Bereiche, deren Funktion eine Lüftung unbedingt erfordert.

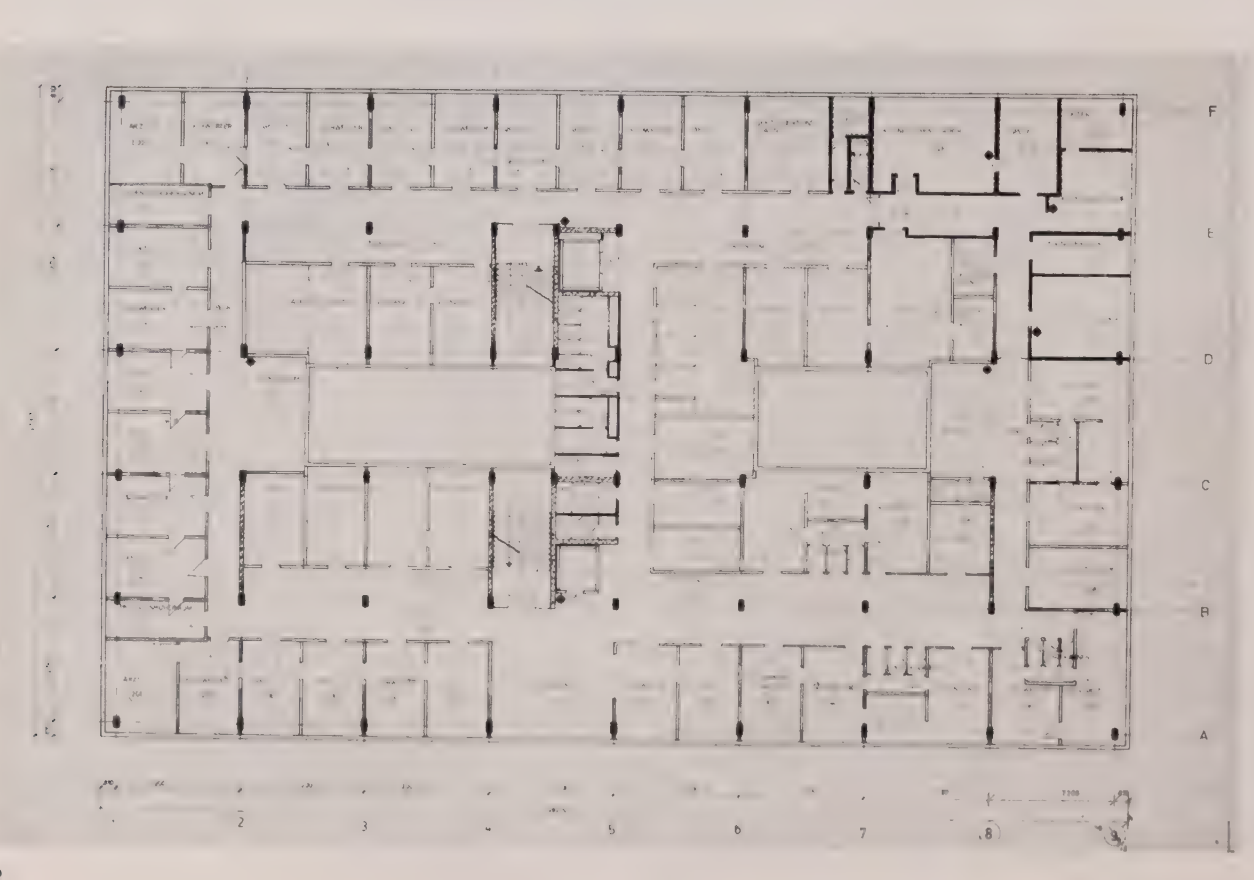
5
Haupteingang. Seitenansicht

6
1. Obergeschoß 1 : 400

7
Erdgeschoß 1 : 400

8
Sockelgeschoß 1 : 400

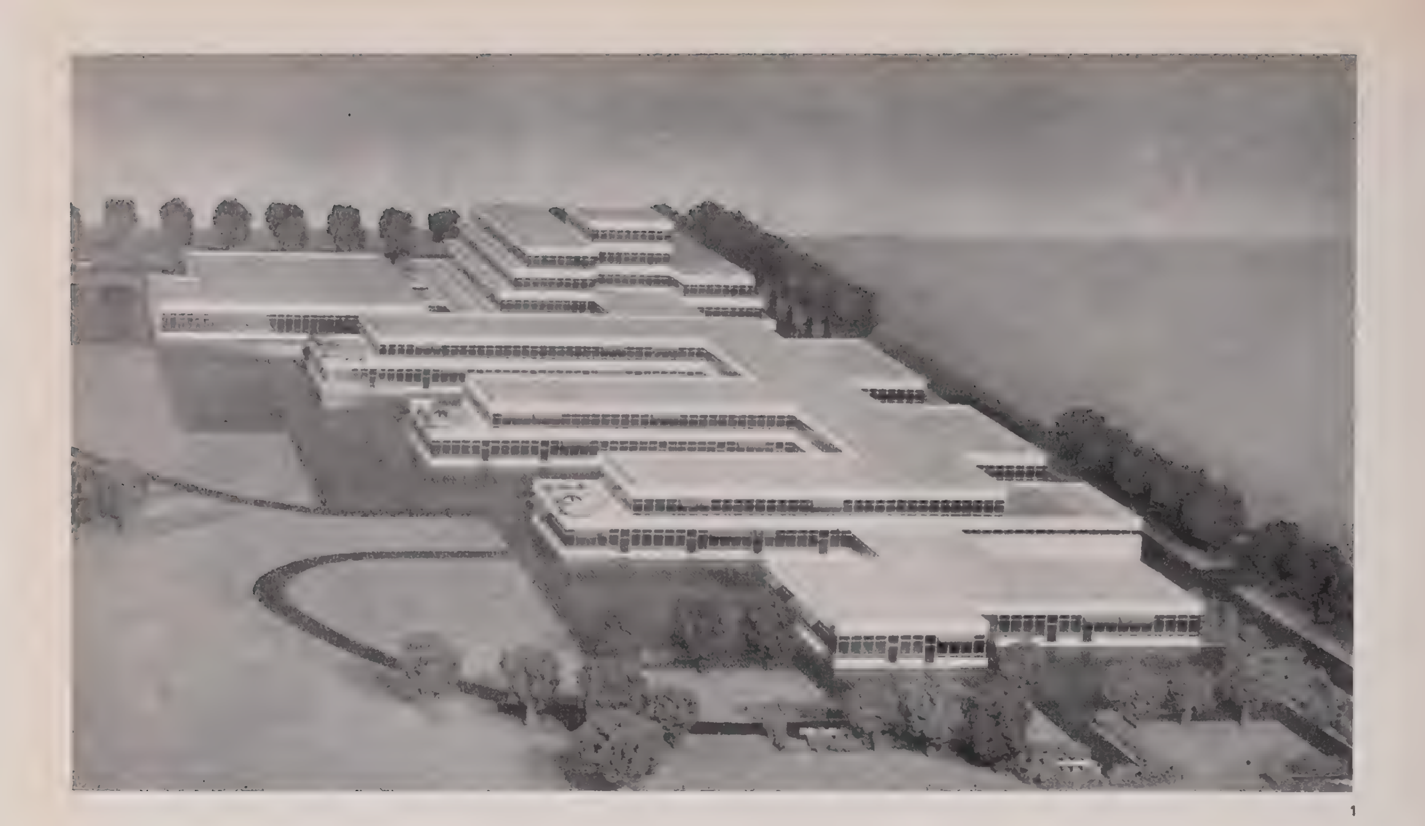
6



7

Kapazität:	53 Ärzliche Arbeitsplätze	Bruttofläche:	9 132 m²
Bebaute Fläche:	2 421 m²	Nettofläche:	8 098 m²
Umbauter Raum		Verkehrsfläche:	1 213 m²
geschlossener:	34 235 m³	Nutzfläche:	6 884 m²
offener:	551 m³	Hauptfunktionsfläche:	3 042 m²

8



1

Körperbehindertenschule in Berlin

1
Modellfoto. Blick von Südwesten

2
Isometrie. Blick von Südosten
(Zeichnung Dipl.-Ing. M. Stein)

3
Ansichten

Dipl.-Ing. Wolf-Rüdiger Eisentraut
VEB BMK Ingenieurhochbau Berlin
Betrieb Projektierung

Gegenwärtig wird in Berlin, im Wohngebiet Leninallee/Ho-Chi-Minh-Straße nördlich der Scheffelstraße, ein Schulkomplex für körperbehinderte Kinder errichtet. Dieser Komplex besteht aus einer Vorschule für 60 Kinder und einer zweizügigen Schule für 264 Kinder, ergänzt durch einen zentralen Bereich mit Küche und Speisesaal sowie mit medizinischen Einrichtungen und Freizeiträumen. Zur Anlage gehören weiter ein Internat mit 180 Plätzen und ein Sportbereich mit Schwimm- und Turnhalle. Die pädagogische Konzeption dieser Einrichtung hat das Ziel, unter Berücksichtigung der schädigungsspezifischen Besonderheiten die zehnklassige polytechnische Oberschulbildung zu vermitteln und so die Grundlage für die allseitige Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten zu schaffen. Diesem Ziel folgt die bauliche Konzeption der Schule unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Kinder mehr als ein Jahrzehnt ihres Lebens in den Räumen dieser Einrichtung verbringen, und daß dort optimale Bedingungen für den Tagesablauf und für den Lern- und Erziehungsprozeß herrschen müssen. Darüber hinaus muß die Schule den geschädigten Kindern für diese Zeit eine Atmosphäre der Geborgenheit bieten und in der räumlichen Anlage sowie in der Ausbildung wichtiger Details alle Erschwernisse vermeiden.

Die Körperbehindertenschule Berlin liegt an einer wichtigen Fußgängerachse des umgebenden Wohngebietes am Rande des zentralen Grünzugs in günstiger Nähe zum Wohngebietszentrum. So wird durch die städtebauliche Einordnung die weitgehende Einbeziehung in das gesellschaftliche Leben des umgebenden Wohngebietes gefördert.

Die Schule ist im wesentlichen als zweigeschossiger, den inneren Funktionen entsprechend, stark gegliederter Baukörper angelegt. Die obengenannten Funktionsgruppen bestimmen die einzelnen Bauteile.

An der Eingangsseite der Schule dominiert der zentrale Bereich, der sich längs der Paul-Junius-Straße entwickelt und alle Bauteile der Körperbehindertenschule verbindet. Er enthält neben Haupteingang mit Eingangshalle, Rollstuhlraum und überdeckter Vorfahrt für die Schulbusse den auch zu kulturellen Zwecken nutzbaren Speisesaal mit Küche und Nebenräumen. Um den Eingangsbereich sind Räume für aktive Freizeitgestaltung gruppiert. Im Obergeschoß befindet sich in günstiger Beziehung zum Eingang der medizinische Bereich einschließlich der Krankenstation. Ebenfalls im Obergeschoß sind Lehrerzimmer, Schulleitung und Räume für gesellschaftliche Organisationen untergebracht.

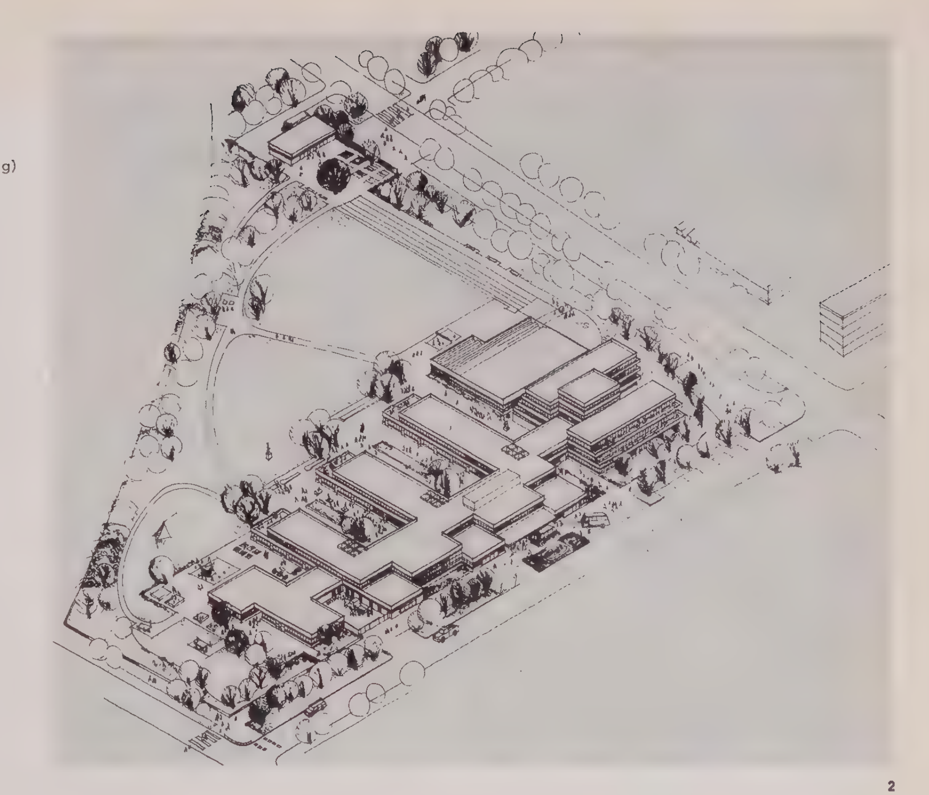
In den unbelichteten Räumen des zentralen Bereiches sind die technischen Zentralen für Heizung, Lüftung, Starkstrom und Informationsanlagen angeordnet. Zur technischen Versorgung ist anstelle eines Kellers ein durchlaufender Kellerleitungsgang vorgesehen, der alle Bauteile erschließt.

Der Schulbereich befindet sich an der Westseite des Gebäudes und besteht aus drei zweigeschossigen Klassentrakten, die durch die Pausenhallen des zentralen Bereiches miteinander verbunden sind. Die Klassentrakte erlauben eine funktionelle Gruppierung der Fachunterrichtsräume nach pädagogischen Prinzipien. Durch die Baukörperform ist eine weitgehende Verflechtung mit dem umgebenden Freiraum gewährleistet, alle Klassenräume im Erdgeschoß haben Türen ins Freie, den Klassenräumen im Obergeschoß ist an jedem Schulflügel eine Terrasse zugeordnet. Die Verteilung der Räume erfolgt nach dem Prinzip der kürzesten Wege im Tagesablauf und unter weitgehendem Ausschluß von Vertikalverkehr. So befinden sich alle Räume der Unterstufe im Erdgeschoß, die der Oberstufe im Obergeschoß. Die Vertikalverbindung erfolgt über besonders ausgebildete Treppen in jedem Klassentrakt, über zwei Personenaufzüge im zentralen Bereich, die für die Benutzung durch Rollstuhlfahrer ausgelegt sind und über Evakuierungsfreitreppen vor den Terrassen.

Die Klassenräume haben Südlage. Sonnenschutzeinrichtungen und mechanische Lüftung sind vorgesehen. Die Grundfläche der Klassenräume beträgt im System 7200 mm $\times$ 7200 mm, sie ist bei einer Klassenfrequenz von maximal 12 Schülern auf die Bedingungen der Benutzung durch Rollstuhlfahrer ausgelegt. An der Nordseite der Klassentrakte befinden sich die Sanitäreinheiten, deren Anlage ebenfalls der Nutzung durch körperbehinderte Kinder Rechnung trägt sowie Pädagogenarbeitsräume, Lehrmittelräume und Arbeitsgemeinschaftsräume.

Der Vorschulbereich schließt sich im Süden an die Schule an und ist eingeschossig ausgebildet. Insgesamt sind drei gleiche Funktionsgruppen mit je zwei Gruppenräumen, denen Schlaf-, Garderoben-, WC- und Waschräume direkt zugeordnet sind, untergebracht. Die Gruppenräume haben unmittelbare Verbindung ins Freie. Die Funktionsgruppen werden ergänzt durch zentrale Räume, Gymnastikräume und Räume für Leiter, Erzieher und Logopäden. Auch die Gruppenräume haben Türen ins Freie zu der von den Freiflächen der Schule funktionell abgetrennten Spielfläche der Vorschule.

Generalauftragnehmer:
VEB BMK Ingenieurhochbau Berlin
Generalprojektant:
VEB BMK Ingenieurhochbau Berlin
Betrieb Projektierung
Entwurfs- und Projektierungskollektiv:
Dipl.-Ing. Wolf-Rüdiger Eisentraut (Gesamtleitung)
Dipl.-Arch. Erhard Rimek (Projektleiter 1. BA)
Dipl.-Ing. Dieter Bierwisch (Projektleiter 2. BA)
Dr.-Ing. Günter Bach
Dipl.-Ing. Günter Kollmann
Dipl.-Ing. Michael Kny
Dipl.-Ing. Michaele Schindler
Dipl.-Ing. Matthias Stein
Statik:
Dipl.-Ing. Wolfgang Schachtner
Dipl.-Ing. Wolfgang Beyer
Bautechnologie:
Ingenieur Jobst Schlundt
Dipl.-Ing. Heinz Pleßner
Ingenieur Dieter Beyer
Heizung:
Ingenieur Margarete Beckert
Ingenieur Ilona Becker
Lüftung
Techn. Walter Spitzer
Ingenieur Karl-Heinz Böttcher
Sanitär:
Ingenieur Klaus Büchner
Ingenieur Angelika Westphal
Starkstrom:
Ingenieur Werner Kranzin
Informationsanlagen:
Ingenieur Michael Menger
Trafostation:
Ingenieur Rolf Petter
Blitzschutz:
Ingenieur Manfred Vogt
BMSR-Anlagen:
Ingenieur Friedhard Trillenberg
Tiefbau:
Dipl.-Ing. Ullrich Maisschallek
Ingenieur Günter Buchholz
Freiflächen:
Diplomgärtner Hildrun Lauffer
Bauwirtschaft:
Ingenieur Wolfgang Rüdiger
Ingenieur Johann Kopera
Ausstattung:
Dipl.-Arch. Christiane Mikuszies,
VEB Innenprojekt Halle
Küchentechnik:
Dipl.-Ing. Barbara Weidner, VBK Nagema
Fördertechnik:
Ingenieur Lutz Noack, VEB Berliner Aufzugsbau
Wasseraufbereitung:
VEB Wasseraufbereitungsanlagen, Markkleeberg
Fachberatung:
Prof. Dr. habil. Helmut Berndt, Humboldt-Universität Berlin, Sektion Rehabilitationspädagogik
Oberlehrer Dieter Stöwe,
Körperbehindertenschule Berlin
Dipl.-Ing. Dieter Beier,
Ministerium für Volksbildung
Bildende Kunst:
Edmund Bechtle, Bruno Bernitz, Joachim Doese, Frank Glaser, Klaus Pemann, Mario Prokopp, Wolfgang Walk, Rolf Winkler



2

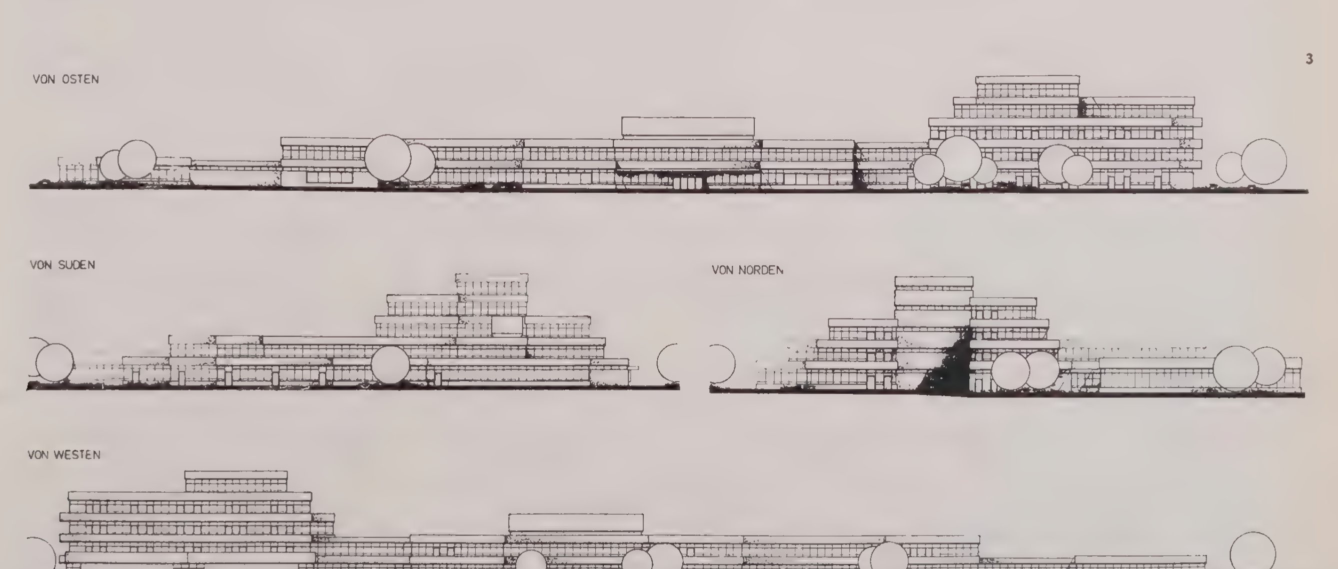
Während die Vorschulkinder wochentags innerhalb ihres Bereiches auch wohnen können, ist für die Unterbringung der Schulkinder ein Internat vorgesehen.

Dieses besteht aus je einem 3- und einem 4geschossigen Flügel, die sich um den zentralen Erschließungskern mit Treppe und Aufzügen gruppieren. Nach Osten und Westen sind vor den Internatszimmern Terrassen angeordnet, die zum Aufenthalt im Freien genutzt werden können und in Verbindung mit einer Evakuierungstreppe der Sicherheit der Bewohner dienen. Jeweils 10 Schlafräume mit insgesamt 30 Plätzen sind einem Gruppenraum zugeordnet, ergänzt durch Garderoben- und Waschräume sowie Teeküchen und Hobbyräume. Weiter befinden sich im Internat Räume für Personal und diensthabenden Leiter und drei Erzieherwohnungen am Erschließungskern.

Der Sportbereich, für Schule und Vorschule nutzbar, schließt sich westlich an das Internat an und besteht aus Schwimm- und Turnhalle einschließlich der zugehörigen Neben- und Umkleideräume. Die Schwimmhalle ist für therapeutisches Schwimmen eingerichtet, kann bei verändertem Wasserstand aber auch für Wettkämpfe genutzt werden. Der Turnhalle sind umfangreiche Freisportanlagen zugeordnet.

Gebäudeausbau und Ausstattung gehen in großem Maße auf die Besonderheiten der Nutzung ein. Alle Flure sind sehr breit ausgebildet, die Klassenraumtüren sind in Nischen angeordnet, damit sie nicht in die Verkehrswege schlagen. Längs aller Flure sind Gehhilfen angeordnet, alle Ecken in Verkehrswegen sind abgerundet. Dazu wurden vom VEB Klinkerwerk Großräschen besondere Mauersteine gebrannt. Die Fußböden sind durchweg schwellenlos ausgebildet und mit weitgehend rutschfestem Belag versehen. Zur Benutzung durch Rollstuhlfahrer haben alle Türen abgesenkte Beschläge, die Lichtschalter und Armaturen sind ebenfalls im Griffbereich der Rollstuhlfahrer angeordnet. In den Sanitärbereichen gibt es an den einzelnen Objekten Haltegriffe und -stangen. Die Innen-

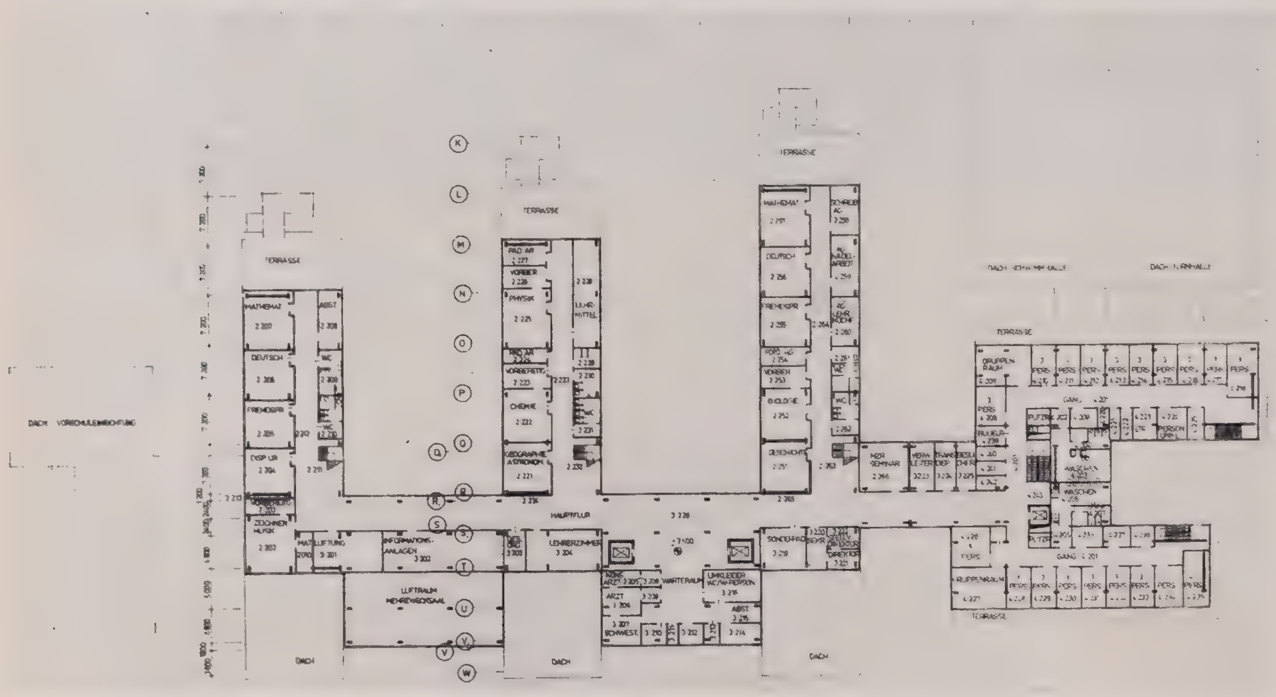
3



räume werden durch entsprechende Material- und Farbenauswahl hell und freundlich gestaltet, die Farbkonzeption vereint farbpsychologische Aspekte mit Orientierungsfunktionen der Farben. Hohe und über die Breite der gesamten Außenwand verlaufende Fenster gewährleisten optimale Belichtung aller Hauptfunktionsräume und ermöglichen durch niedrige Brüstungen Sichtbeziehungen in die umgebenden Freiräume. Auch die Flure und Pausenhallen haben einen hohen Fensteranteil. An wichtigen Punkten des Hauses unterstützen Werke der bildenden Kunst, von Wandmalerei über Plastik bis hin zu formgestalterischen Arbeiten, die die Kinder zu aktiver Beschäftigung anregen sollen, die gestalterische Absicht, eine angenehme Umgebung zu schaffen.

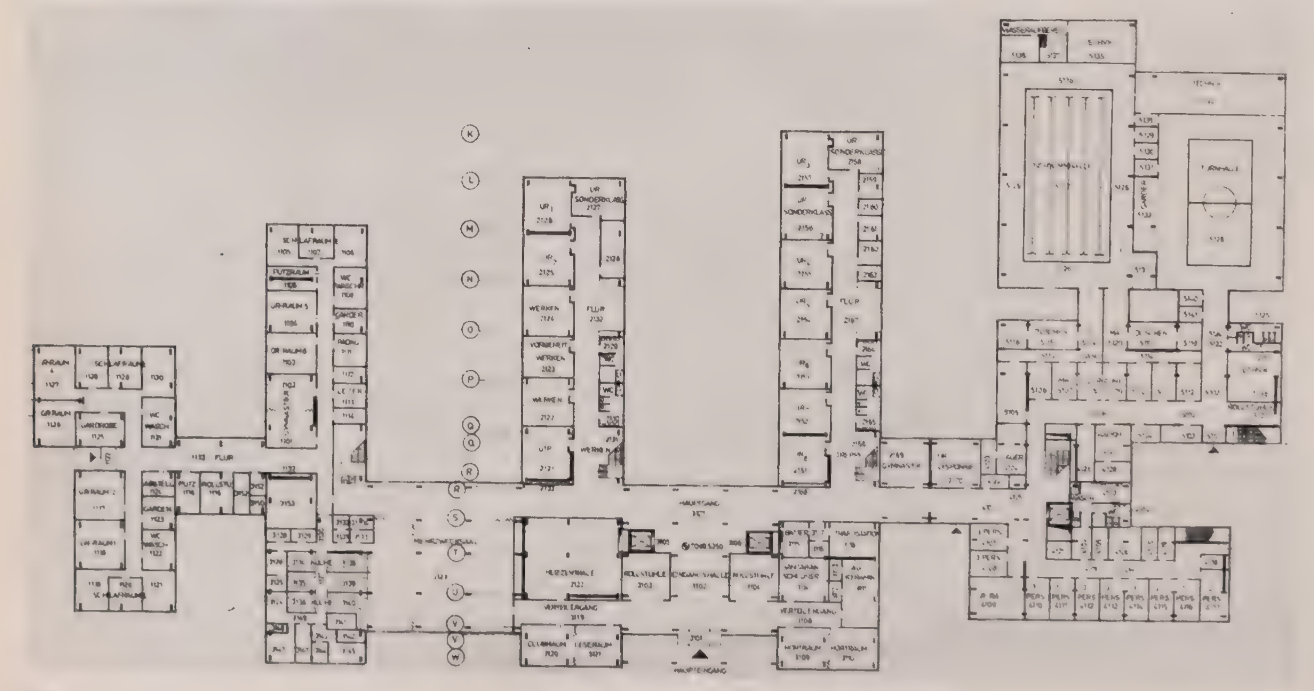
Die gesamte Tragkonstruktion des Gebäudes wird aus Elementen der Montagebauweise SK-Berlin errichtet. Stützen, Riegel und Deckenelemente entstammen dem serienmäßig gefertigten Sortiment, die Brüstungsplatten werden gegenüber dem Serienelement mit geringerer Höhe ausgeführt, um einen größeren Tageslichteinfall zu erzielen. Die Gründung erfolgt mit Einzelfundamenten. Die Stabilisierung wird in eingeschossigen Bauteilen über eingespannte Stützen erzielt, in zweigeschossigen Bauteilen über Wandscheiben und im viergeschossigen Internatsbauteil über die beiden Aufzugskerne in Verbindung mit Scheiben an den Evakuierungstreppenhäusern. Die Geschoßhöhen betragen 3600 mm und 3300 mm, die häufigsten Spannweiten 7200 mm, 6000 mm und 4800 mm. Größere Spannweiten werden im Speisesaal mit Stahlriegeln bewältigt und in den beiden Sporthallen mit VT-Falten überdeckt. Mit Ausnahme der Treppen im Schulbereich und der Aufzugsschächte gibt es keine monolithischen Einbauten. Die Schwimmhalle ist als einziger Bauteil unterkellert. Auf Grund des hohen Grundwasserstandes wird eine Wannengründung vorgesehen.

Die Freifläche wird als große zusammenhängende Anlage mit differenzierten Bereichen gestaltet. Zur das Gelände begrenzenden S-Bahn-Trasse hin wird ein Erdwall aufgeschüttet, der die unmittelbare Schallabstrahlung verhindert und für die Nutzung der Freiflächen viele Ansätze wie Kletterberg, Rodelbahn, Aussichtsplateau und Naturlehrpfad bietet. Es gibt Flächen sowohl für sportliche Betätigung als auch geschützte Sitzplätze zum Lesen, größere Rasenflächen und dichte Gehölzpflanzungen.



4 Grundriß Erdgeschoß 1 : 1000

5 Grundriß Obergeschoß 1 : 1000



Fassadengestaltung für den komplexen Wohnungsbau im Bezirk Erfurt

VEB Wohnungsbaukombinat Erfurt
NPT Dr.-Ing. Günter Andres
Komplexverantwortlicher Architekt

Zum Stand der Fassadengestaltung im komplexen Wohnungsbau

Im Bezirk Erfurt wird seit 1964 die sogenannte Wohnungsbaureihe (kurz) WBR „Erfurt“ gebaut. Sie wurde unter Leitung von Prof. Stahr entwickelt.

Mit ihren Gebäudekategorien – den 5geschossigen Wohnblöcken, 8- und 11geschossigen Wohnscheiben und den 16geschossigen Hochhäusern – prägt sie in nachhaltiger Weise Städtebau und Architektur unserer Bezirkshauptstadt und darüber hinaus den komplexen Wohnungsneubau im gesamten Bezirk.

Seit der Erstanwendung der WBR „Erfurt“ im Wohngebiet Erfurt, Johannesplatz, hat sie verschiedene Entwicklungsphasen und Rationalisierungsetappen durchlaufen.

Diese Entwicklungsetappen reflektieren in lebendiger Weise die schöpferische Umsetzung der gestiegenen Anforderungen unserer Bürger an Wohnwert und Gestalt unserer Gebäude und Wohngebiete und sind zugleich Ausdruck der wachsenden materiell-technischen Qualifizierung des bezirklichen Bauwesens.

Über diese Rationalisierungsetappen ist an dieser Stelle im Zusammenhang mit den Veröffentlichungen über die Wohngebiete Erfurt, Johannesplatz, Riethstraße und Nordhäuser Straße, berichtet worden.

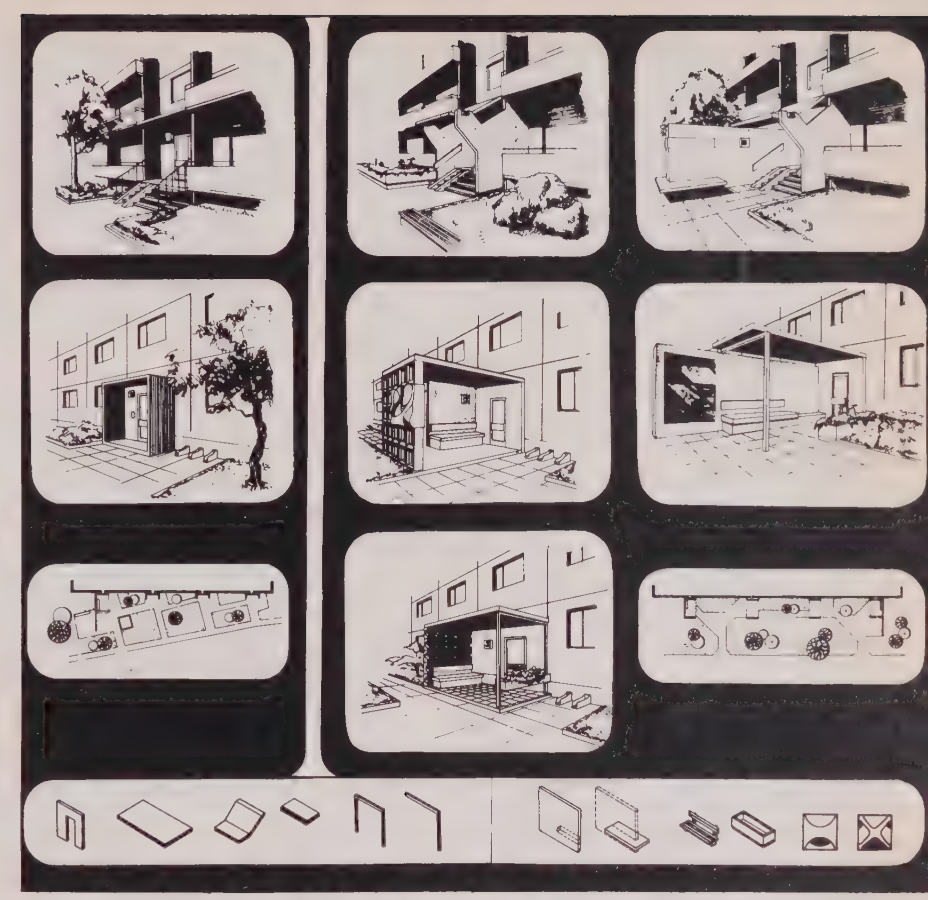
Sie sollen daher nicht Gegenstand dieser Abhandlung sein.

Vielmehr wird gezeigt, wie bei der Anwendung der WBR „Erfurt“ mit verschiedenen Gestaltungsvarianten an den Fassaden experimentiert wird. In diesen Varianten wurden die Ergebnisse des Wettbewerbes zur Fassadengestaltung WBS 70, soweit sie auf die Bedingungen der WBR „Erfurt“ übertragbar waren, aufgearbeitet (s. Heft 7/1977).

Ein wesentlicher Aspekt der gestalterischen Qualifizierung war die Erhöhung der städtebaulichen Variabilität durch die Einführung von unter 45° abgewinkelten Gebäuden, wohnseitigen Zugängen, Ecksegmenten und verschiedenen Gebäudeabschnitten oder Gebäudeteilen. Auf diese räumlich-gestalterischen Aspekte kommen wir an anderer Stelle noch einmal zurück.

In diesem Beitrag möchte ich mich auf die unmittelbare architektonische Gestaltung der Fassaden bei den 5geschossigen Blöcken und 11geschossigen Wohnscheiben beschränken.

Wenn die einzelnen Gestaltungsvarianten – gewissermaßen aus dem komplexen Zu-



1



2



3



4

Autorenkollektiv der Fassadengestaltungsvarianten

Dr.-Ing. Günter Andres
Bauingenieur Klaus Schneider
Dipl.-Ing. Gerhard Panther
Dipl.-Ing. Ulrich Ellenberger
Bauingenieur Helene Hasselmann
Bauingenieur Ingrid Meinert

Fünfgeschossiger Wohnungsbau

1
Darstellung der Entwicklungsetappen von differenzierten Hauseingangsvarianten im fünfgeschossigen Wohnungsbau

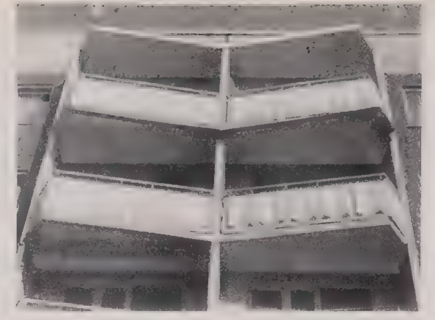
2
Hauseingangsvariante auf der Schlafseite aus Strukturelementen der Freiflächengestaltung

3
Hauseingangsvariante auf der Wohnseite aus Stahlrahmen und abgeknickter Dachplatte

4
Hauseingangsvariante auf der Wohnseite aus verformten Loggienseitenwänden, die gleichzeitig als Sichtschutz für die angrenzenden Loggien im Erdgeschoß dienen



5



6

7



8

5
Rechteckloggien (Loggienplatte rechteckig)

6
Paarweise gespiegelte Anordnung der Loggien

7
Trapezförmige Loggia (Blick gegen die lange Vorderkante)

8
Trapezförmige Loggia (Blick gegen die kurze Vorderkante)

9
Erd- und Normalgeschoß eines Loggiaverbinders

10
Grundrisse des um den „Erker" erweiterten Segmentes

Elfgeschossiger Wohnungsbau

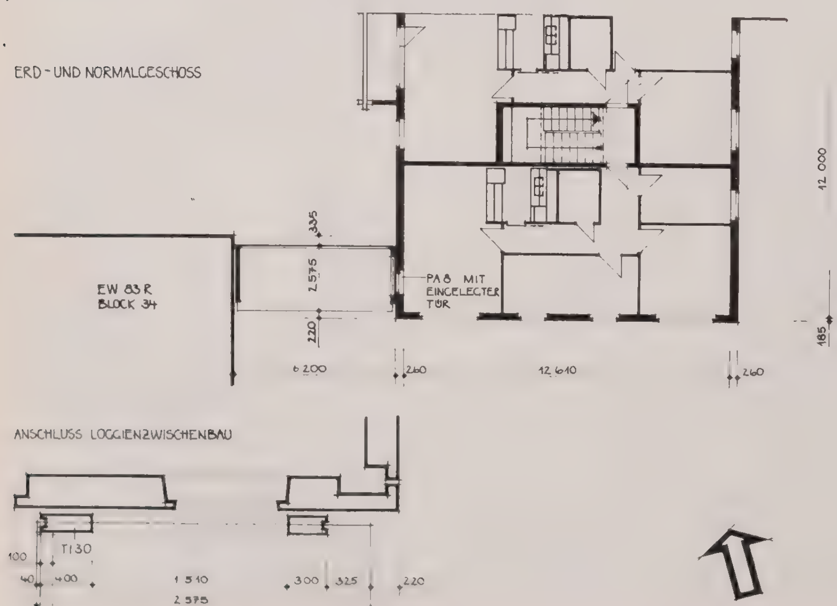
11
Wohnbauten im Wohngebiet Erfurt, Riethstraße (Giebelstruktur wurde malermäßig behandelt)

12
Strukturgiebel, aus auf dem Formenboden aufgeschweißten Winkelprofilen hergestellt

13
Ansicht des „Erkers" mit Giebelstruktur

14
Riegelloggia – Querriegel fassen Bereiche der Fassade zusammen.

9



sammenhang gerissen – dargestellt werden, so geschieht das, um deutlich zu machen, wie es gelingt (oder auch nicht gelingt), aus einem Wettbewerb gewonnene Erkenntnisse in die Praxis zu überführen.

Die dargestellten Varianten sind im allgemeinen Bestandteil einer Gestaltungskonzeption, die gemeinsam mit dem Bebauungsplan und dem Farbleitplan die gestalterischen Führungsgrößen für ein fest umschriebenes Wohngebiet formuliert. Diese unterliegen natürlich leider noch häufig einschneidenden Veränderungen, so daß die Gestaltungskonzeption oft bis zur Unkenntlichkeit verändert ist.

5geschossiger Wohnungsbau

■ Hauseingangsvarianten für die Wohn- oder Schlafseite

Die rechte Spalte der Abb. 1 zeigt die Normalausführung, die lt. Angebotsprojekt 1974 gebaut wurde. Sie besteht beim schlafseitigen Eingang aus einem räumlichen Element und bei dem wohnseitigen Eingang aus einer kurzen Treppe, einem Podest und einem zwischen den Loggien eingespannten kurzen Deckenelement.

In der mittleren Spalte sind die 1975/1976 realisierten Hauseingänge dargestellt, die an exponierten Häuserblöcken im WG Nordhäuser Straße angeordnet wurden und eine wirksame Differenzierung der Hauseingangszonen gewährleisten. Als tragender Gedanke bei der Entwicklung dieser Hauseingänge wurde der kommunikative Charakter dieses Bauwerksteiles zwischen innen und außen, Haus und Umgebung zugrunde gelegt.

Der Hauseingang auf der Schlafseite ist aus Strukturelementen der Freiflächengestaltung in Kombination mit Plattenelementen des WB zusammengesetzt und greift in den umgebenden Freiraum hinein.

Für den wohnseitigen Hauseingang wurden ausladende Loggienseitenwände entwickelt, die den Mietern der anliegenden Erdgeschoßwohnungen einen Sichtschutz für ihre Loggien gewährleisten und als Unterkonstruktion für die abgeknickte Deckenplatte des Hauseinganges dienen. Damit entstand eine dem Plattenbau gemäße plastische Lösung. Einfachere, nur aus Rahmen und abgeknickter Dachplatte bestehende Hauseingänge auf der Wohnseite sind so ausgelegt, daß sie mit leichteren Verkleidungen (Drahtglas) als seitlicher Sichtschutz komplettiert werden können.

Loggiengestaltung

Für den mehrgeschossigen und teilweise vielgeschossigen Wohnungsbau wurden verschiedene Varianten für die Loggienseiten der Blöcke entwickelt und gebaut:

– Loggien mit rechteckiger Grundfläche
– Loggien mit trapezförmiger Grundfläche mit einer kurzen und langen Vorderkante – gereiht und in paarweise gespiegelter Anordnung.

Als Material für die Verkleidung der Brüstungen wurde grundsätzlich PVC-Hart in verschiedenen Farben und Strukturen verwendet.

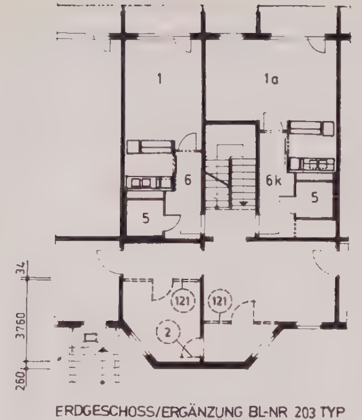
■ Verbinder

Um baulich zusammenhängende raumbildende Quartiere zu erhalten, wurden Loggienverbinder gewählt, die ohne größeren TGA-Aufwand eingeordnet werden können.

Vielgeschossiger Wohnungsbau

■ Giebelwände

Für städtebaulich exponierte Giebelwände wurden Strukturelemente entwickelt. Poly-



ERDGESCHOSS/ERGÄNZUNG BL-NR 203 TYP
1. VARIANTE OHNE TRENNWÄNDE
2. " MIT " POS. " BL-NR. 67
ALTSTOFFSAMMELEINRICHTUNG/EINORDNUNG 1x PRO WS BZW. 3GA
SIEHE ERLÄUTERUNGSBERICHT

W 2.2 1E W 3.4 1E
1. 2. 4. 5. 7. 8. 10. OBERGESCHOSS
ERGÄNZUNG BL-NR 204/206

BANK KINDERWAGEN
3. 6. 9. OBERGESCHOSS / ERG. BL-NR 205

DEHNUNGSFUGE
DACHDRAUFSICHT / ERGÄNZUNG BL-NR. 208

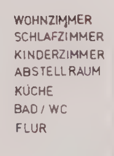
W 3.4 4E
17 27 47
57 77 87

W 3.3 7E
18 28 48
58 78 88

EW 109 / 1. 2. 4. 5. 7. 8. 10. OBERGESCHOSS / ERG. BL-NR. 204/206



MOBLIERUNG



EINORDNUNG ERKER IN GIEBELSEGMENT
EW 103/108/112
AUSFÜHRUNG TRENNWAND IM ERDGESCHOSS
3. 6. UND 9. OG

HINWEIS
ZUSÄTZLICHE STECKDOSE

	W 2.2 1E	W 3.4 1E	W 3.3 7E	W 3.4 4E
WOHNZIMMER	1 = 15,91 m	1a = 21,89 m	1g = 23,47 m	1a = 21,89 m
SCHLAFZIMMER	2c = 17.47 m	2b = 16,91 m	2g = 17,16 m	2b = 16.91 m
KINDERZIMMER	--	3b = 10,37 m	3 = 7,59 m	3b = 10,37 m
ABSTELLRAUM	- -	---	7a = 2,21 m	7 = 4,96 m
KÜCHE	4 = 5.14 m	4 = 5.14 m	4 = 7,36 m	4 = 5.14 m
BAD / WC	5 = 2.94 m	5 = 2.94 m	5 = 2.94 m	5 = 2.94 m
FLUR	6c = 5.44 m	6a = 6.80 m	6n = 8.21 m	6a = 6.80 m
	HFL = 46.90 m	= 64.05 m	= 68.94 m	= 69.01 m

10

estermatrizen in die Form eingelegt, ergeben die nachfolgend dargestellten Muster:

– Großflächige Strukturen im WG Riethstraße, mit Plastputz gestrichen
– Kleinformatige lineare Strukturen (8 bis 12 cm hoch) im Wohngebiet Rieth/Nordhäuser Straße, mit betongrauer Oberfläche.

Dieser Giebel ist als zweischalige Wand ausgebildet, bei der die außenliegende Wetterschale durch die Matrize geformt wird.

Da der Vorfertigungs-, Transport- und Montageaufwand bei dieser Variante mit zweischaligem Giebel relativ hoch ist, wurde nach neuen ökonomischen Lösungen gesucht.

Es wurde eine dreischichtige Giebelwand entwickelt, deren äußere Seite zunächst mit verschiedenen Splittmaterialien versehen wurde, was aber auf die Dauer keine echte Alternative darstellt.

Durch Experimente wurde die Fertigung der Giebelwandelementeaußenfläche auf dem Formenboden im Zusammenhang mit dem Verhalten der Wärmedämmung und der Edelstahlbewehrung unter den Bedingungen der Verdichtung getestet und geklärt. Damit war die Voraussetzung dafür gegeben, den eingeschlagenen Weg – Verformen der Wetterschale mit Matrizen – weiter zu verfolgen. Als Matrize wurden in diesem Fall auf dem Formenboden aufgeschweißte Winkelstähle und Bleche benutzt, die eine Variation in der Gestaltung nicht zulassen.

Zur Zeit ist eine Variante in Vorbereitung, die durch Kombination verschiedener Polyestermatrizen, variierbar im Formenboden eingelegt, die verschiedensten Gestaltungsmotive zuläßt.

■ Erker (Gebäudevorsprünge)

Eine Besonderheit der WBR „Erfurt" ist die Gliederung der Wohnung in drei Zonen:

– Wohnseitige Zone mit Kinder- und Wohnzimmer
– Innere Dunkelzone mit Treppenhaus, Küche, Bad und Korridor
– Schlafseitige Zone mit Kinder- und Schlafzimmer.

Daraus resultiert eine gestalterische Indifferenz der Schlafseite.

Durch neu entwickelte „Erker" mit trapezförmigem Grundriß (unter 45° abgewinkelten Seitenwänden) wird eine vertikale Zäsur auf der Schlafseite geschaffen.

Da die Wohnungen in den 11geschossigen Wohnscheiben eine relativ geringe durchschnittliche Wohnfläche besitzen, wird damit für einen Teil der Wohnungen eine Erweiterung um rund 3 m² erzielt.

Auf der geschlossenen Front dieses Vorbaues wird das Strukturmotiv des Giebels angewendet, damit dieses Gebäude eine gestalterische Identität erhält.

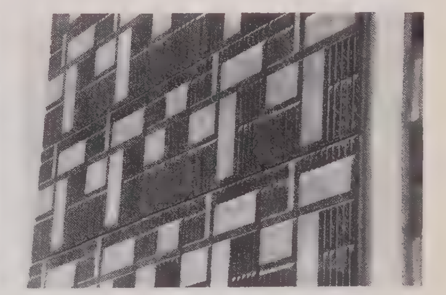
■ Loggienseite

Für die Wohnscheiben im Wohngebiet Nordhäuser Straße sind verschiedene Gestaltungsmittel zum Einsatz gekommen:

– Riegelloggia
– Wechsel von Loggien mit rechteckigem und trapezförmigem Grundriß
– Verschiedene Strukturen in der Brüstungs-



11



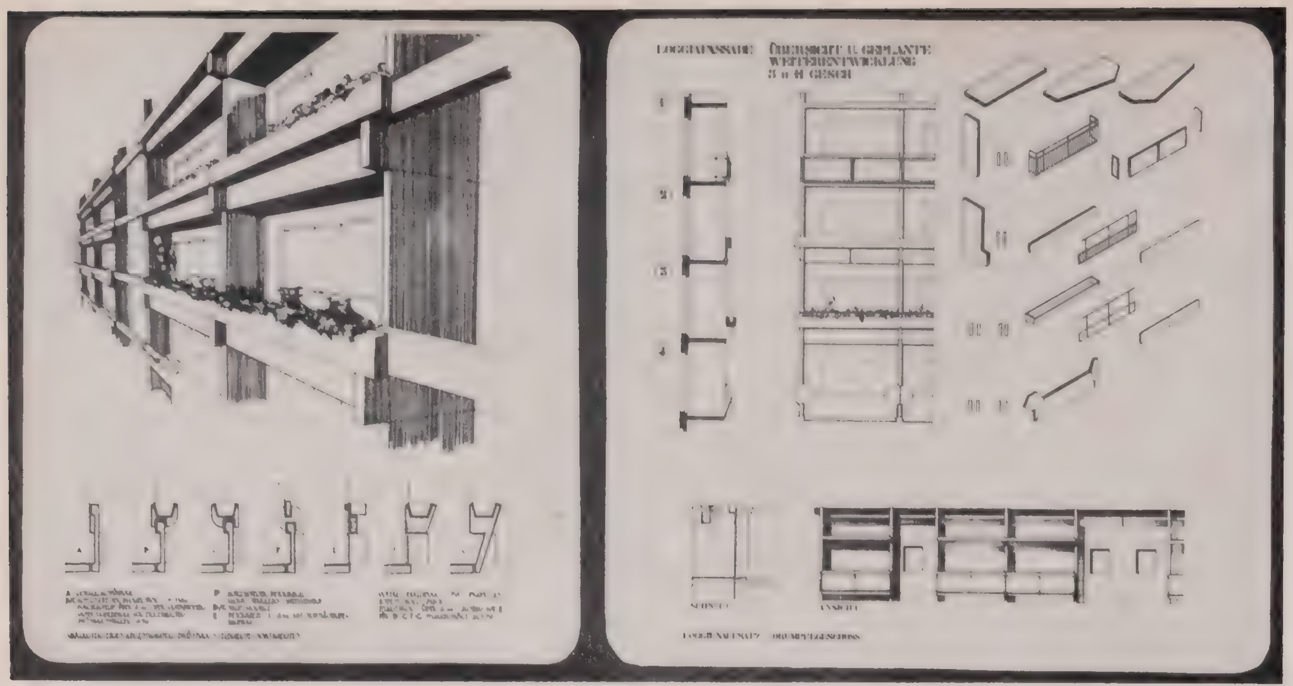
12



13



14







verkleidung aus PVC in wechselnden Farben.

Diese Loggienvarianten fassen Bereiche der wohnseitigen Fassaden zu überschaubaren, maßstabbildenden Bereichen zusammen und tragen zur gestalterischen Differenzierung bei.

Die Riegel im Bereich der Loggien sollen künftig (Wohngebiet Roter Berg in Erfurt) durch Blumentröge aus Stahlbeton ersetzt werden, damit die ästhetische Absicht aus dem formalen Bereich herausgehoben und gestalterisch-funktionell begründet und vertretbar ist.

Abschließend einige Bemerkungen zur Oberflächenbehandlung der Elemente. Gemäß PAO 4557 beträgt der Anteil für die Fassadenbehandlung 10,50 M/m². Es wurden Untersuchungen angestellt, zusätzlich zu den drei Splittvarianten – Porphyr rot, Terrazzo hell und anthrazit – polyesterummantelten Splitt beliebiger Farbe einzusetzen. Diese Versuche verliefen negativ. Die Polyesterummantelung löste sich unter Witterungseinfluß, und das Splittkorn fiel heraus. Vom Einsatz dieses Materials wurde daher Abstand genommen. Aus diesem Grunde wurde auf den sparsamen Einsatz von keramischen Platten orientiert.

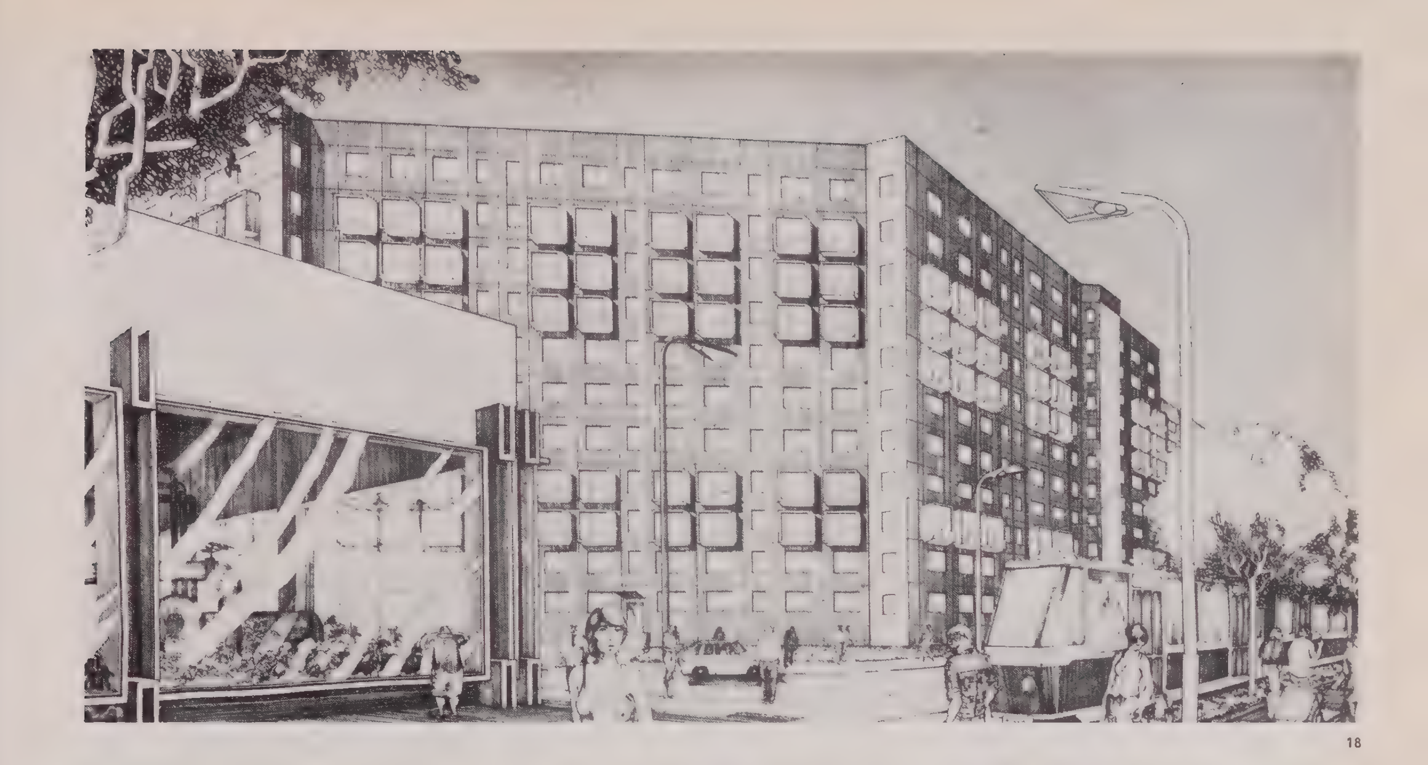
Eine zusätzliche Belebung der Fassade soll durch unbesplittete, nachträglich farbig behandelte Elemente (PUR-Lack oder Silikatfarbe) erreicht werden.

Dies muß jedoch als Zwischenlösung angesehen werden, da es unser Ziel ist, eine harte und wartungsfreie Fassade herzustellen, die dem industriellen Wohnungsbau gemäß ist.

15
Loggiagestaltung im elfgeschossigen Wohnungsbau. Riegelloggia mit Blumentrögen

16
Brüstungsverkleidung aus PVC nach einem Entwurf von Prof. Hubert Schiefelbein

17
Farbig unterstützter Wechsel von Loggien mit rechteckigem und trapezförmigem Grundriß

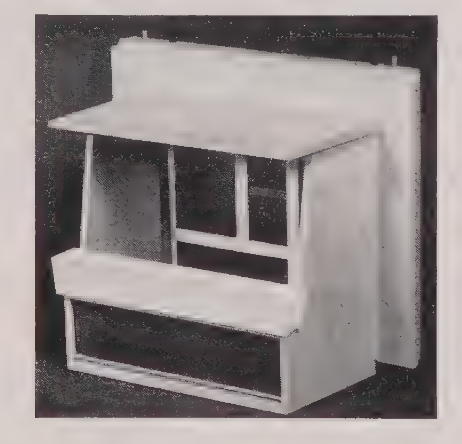


18

Erste Vorstellungen zur weiteren Entwicklung der Fassadengestaltung im komplexen Wohnungsbau

Autoren der Fassadenraumzelle
Dr.-Ing. Günter Andres
Dipl.-Ing. Wolfgang Synold

19



20



Einige der im vorigen Abschnitt aufgezeigten Gestaltungsvarianten werden weiter qualifiziert und in den geplanten Wohngebieten der Stadt und des Bezirkes Erfurt Verwendung finden.

Dies trifft auf die Hauseingänge beim 5geschossigen Wohnungsbau und die Loggien- bzw. Erkergestaltung bei den 11geschossigen Wohnscheiben zu.

■ Fassadenraumzellen

Über diese bereits vorgestellte Variante hinaus wurde im Auftrage der Bauakademie der DDR eine konzeptionelle Lösung für Fassadenraumzellen entwickelt. Dieser Entwurf wurde abgeleitet aus dem Wettbewerbsvorschlag für die Gestaltung der Fassaden WBS 70, der bereits ausführlich abgehandelt wurde. Hierbei handelt es sich um Raumzellen, die vornehmlich im 11geschossigen Wohnungsbau zum Einsatz kommen sollen. Sie sind so ausgebildet, daß sie an beliebiger Stelle auf der Wohn- bzw. Schlafseite des Gebäudes eingeordnet werden können. Die Systemmaße und Anschlußbedingungen der Elemente entsprechen denen des Plattenbaues.

Breite:	3600 mm
Höhe:	2800 mm
Tiefe:	1500 mm

Es werden zwei Grundvarianten entwickelt: Geschlossene Raumzelle als erkerähnliche Erweiterung des Wohnraumes (Fußbodenniveau auf einer Höhe)
Loggien- bzw. Balkon-Raumzelle.

Beide bestehen aus zweistieligen Rahmen mit auskragenden Wetterschalen als Seitenwand und Bodenplatte. Die Wetterschale gleitet frei und gelenkig gelagert auf der Wärmedämmung und besitzt im unteren Bereich einen Druckpunkt gegen die darunterliegende Außenwand.

Die Wanddicke beträgt im Mittel 55 mm, die Dicke der Bodenplatte im Mittel 115 mm, so daß eine materialökonomisch günstige Lösung entsteht.

Bei der Ausbildung der raumabschließenden Öffnung ist das Typenfenstersortiment berücksichtigt worden.

Die auftretenden Horizontalkräfte der Raumzelle werden in die Deckenebene über zwei Schweißpunkte eingeleitet, so daß diese Zellen in einer beliebigen Achse

Zur weiteren Entwicklung der Fassadengestaltung

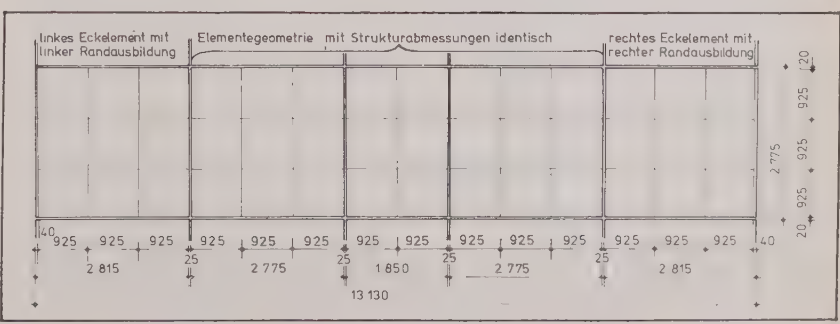
18
Perspektive für das Wohngebiet Erfurt, Roter Berg, mit Wohnscheibe

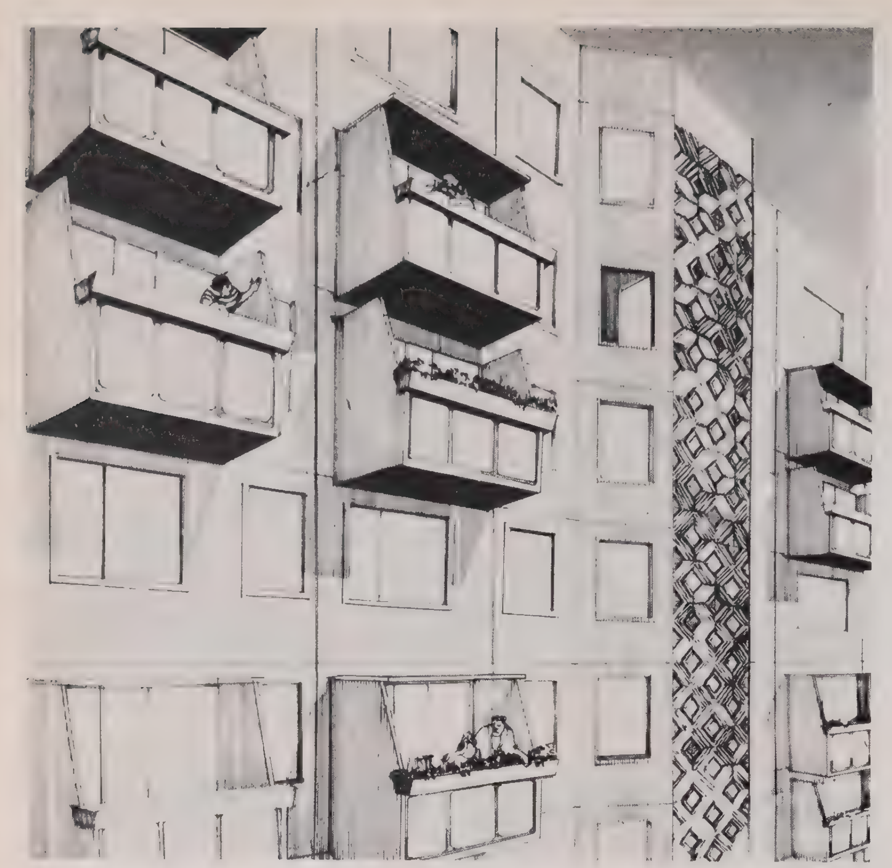
19
Offene Loggiaraumzelle

20
Geschlossene Loggieraumzelle

21
Giebelteilung des Dreischichtgiebels im elfgeschossigen Wohnungsbau mit darüber gelegtem Strukturraster

21





22

22
Perspektive für den elfgeschossigen Wohnungsbau. Offene Raumzelle in Kombination mit dem vorspringenden „Erker"

23
Perspektive im elfgeschossigen Wohnungsbau. Geschlossene Raumzelle in Kombination mit dem vorspringenden „Erker"

Tabelle 1 Technische Parameter der Fassadenraumzelle

Dimension	Konstruktionsmaße in mm			Funktionsmaße in mm			Gewicht t	Fläche m²
	Tiefe	Breite	Höhe	Tiefe	Breite	Höhe		
Loggienraumzelle	1760	3575	3010	1500	2510		4,8	3,74
geschlossene Raumzelle	1760	3575	3010	1540	2400	2100	5,7	3,90

23

(3,60 m, 6,00 m usw.) wahlweise angesetzt werden können.

Diese zwei Varianten – Loggia, Balkon und geschlossene Raumzelle – werden in einer und derselben Standform bei auswechselbarem Kern gefertigt.

Die Zellen sollen vollkomplettiert montiert werden, so daß bis auf den Fußbodeneinbau und die montagebedingten Arbeiten alle Bauprozesse in die Vorfertigung verlagert und folgende technische Parameter erzielt wurden (Tabelle 1).

▪ Montage
Statt etwa 3,5 bis 4 Kranspiele und Transportelemente bei der traditionellen Plattenloggia wird ein Element (bei 6 m Außenwand 2 Elemente) benötigt.

▪ Der Arbeitsaufwand auf der Baustelle reduziert sich bei der geschlossenen Raumzelle um etwa 60 Prozent, bei der offenen Raumzelle um etwa 70 Prozent – gemessen an der Plattenloggia.
Hieraus ergibt sich ferner, daß der Preis – Kostenvergleich relativ günstig liegt.

Tabelle 2 Mengenvergleich in t

	Plattenloggia	Loggienraumzelle	Geschlossene Raumzelle
B 225/B 300	5.75	4.29	4.71
Stahl	0.221	0.250	0.286

■ Strukturgiebel
Zur Weiterentwicklung der Giebelstrukturen wurde nach einem variablen System bei der Gestaltung der Giebelwände gesucht. Es ist ein Raster entwickelt worden, welches der Giebelteilung zugrunde gelegt wurde. Zur Zeit werden Polyestermatrizen auf der Basis eines Entwurfes für die Struktur von Prof. Schiefelbein angefertigt. Diese Polyesterformen können nach einem Verlegeplan auf dem Formenboden in beliebiger Kombination arretiert werden. Es ist damit die Möglichkeit gegeben, an jedem Giebel ein differenziertes, einmaliges Motiv plastisch umzusetzen.

Die beiden Gestaltungselemente – Raumzelle und Strukturgiebel – sind zur Zeit in der Entwicklung. Die Funktionsmuster dazu werden voraussichtlich im II. Quartal 1978 zur Verfügung stehen. Dann ist auch der Zeitpunkt gekommen, über die Weiterentwicklung auf diesem Gebiet zu berichten.

Abschließend sei bemerkt, daß mit diesen Beiträgen Anregungen gegeben werden sollen, um in gestalterischer Hinsicht mit Mitteln, die dem industriellen Bauen adäquat sind, eine ästhetische Bereicherung unserer Wohnumwelt zu erreichen.

Die gezeigten Varianten müssen Gegenstand einer komplexen wohngebietsbezogenen Gestaltungskonzeption sein, damit möglichst jedes Wohngebiet sein eigenes städtebaulich-architektonisches Gesicht erhält.

1

„Smaragd 80" – ein Möbelprogramm für den Wohn- und Schlafbereich

Dieter Schmatz
VEB Möbelkombinat Erfurt

Das Möbelprogramm „Smaragd 80" wurde im VEB Möbelkombinat Erfurt für die Produktionsbetriebe des Kombinates und weitere Betriebe des Bezirkes entwickelt.
Die Konzeption des Programms ist ein Langzeiterzeugnis, das aus kombinierbaren Elementen besteht. Die maßlich, konstruktive Abstimmung der Elemente erreicht einen hohen Standardisierungsgrad und erlaubt die vertikale und horizontale Kooperation verschiedener Betriebe.
Aus dem Gesamtangebot an universellen Programmelementen werden differenzierte Betriebssortimente, unterschiedliche Gestaltungscharaktere schaffen, die im wesentlichen von der Struktur der Möbelkörper und von der Oberflächengestaltung beeinflußt werden.

Grundanliegen des Programms sind eine für die Großserien- und Massenfertigung praktikable Konstruktion, Gestaltung und Materialökonomie unter Berücksichtigung realisierbarer Handelsformen mit dem Ziel der individuellen Befriedigung funktionell und gestalterisch motivierter Einrichtungsbedürfnisse.

Die Behältnismöbel sind in 4 Breiten, 3 Tiefen und 6 Höhen wesentlicher Bestandteil des Programms. Die Breiten und Tiefen sind so abgestimmt, daß verschiedene Kombinationen der Zuordnung möglich sind, wie sie u. a. für mehrseitig nutzbare Möbeltürme oder -blöcke in Frage kommen. Die Breiten von 400, 496, 592 und 800 mm gewährleisten die Nutzung vorhandener Raumwände mit Restbreiten unter 10 cm.
Für die Behältnismöbel sind zwei Sockelarten – Flach- und Hochsockel mit Schiebkasten– zur funktionellen und gestalterischen Differenzierung vorhanden.
Der Hochsockel ist außerdem als selbständiges Möbel mit Abdeckplatten, Polsterauflagen oder gestapelt Bindeglied für eine harmonische Einrichtung. Den Behältnismöbelbreiten konsequent zugeordnet sind außerdem gepolsterte Sitzelemente, Wandbords und Spiegel sowie Liegen und Betten.
Für die Innenausstattung steht ein System elementarisierter Kleinbehälter (Schiebekästen, Dokumentenfach, Ablagefächer) zur Verfügung, die individuell ergänzt, ausge-

Gestalter: Dieter Schmatz
„Smaragd 80" ist zugleich eine Diplomarbeit im Fernstudium an der Hochschule für industrielle Formgestaltung Halle Burg Giebichenstein
Hersteller: VEB Möbelkombinat Erfurt mit seinen Betrieben
VEB Möbelwerk Bad Langensalza (Programmteil „Smaragd 801")
VEB Möbelwerk Friedrichroda (Programmteil „Smaragd 802")
und
VEB Möbelwerk Arnstadt (Programmteil „Smaragd 803")

2

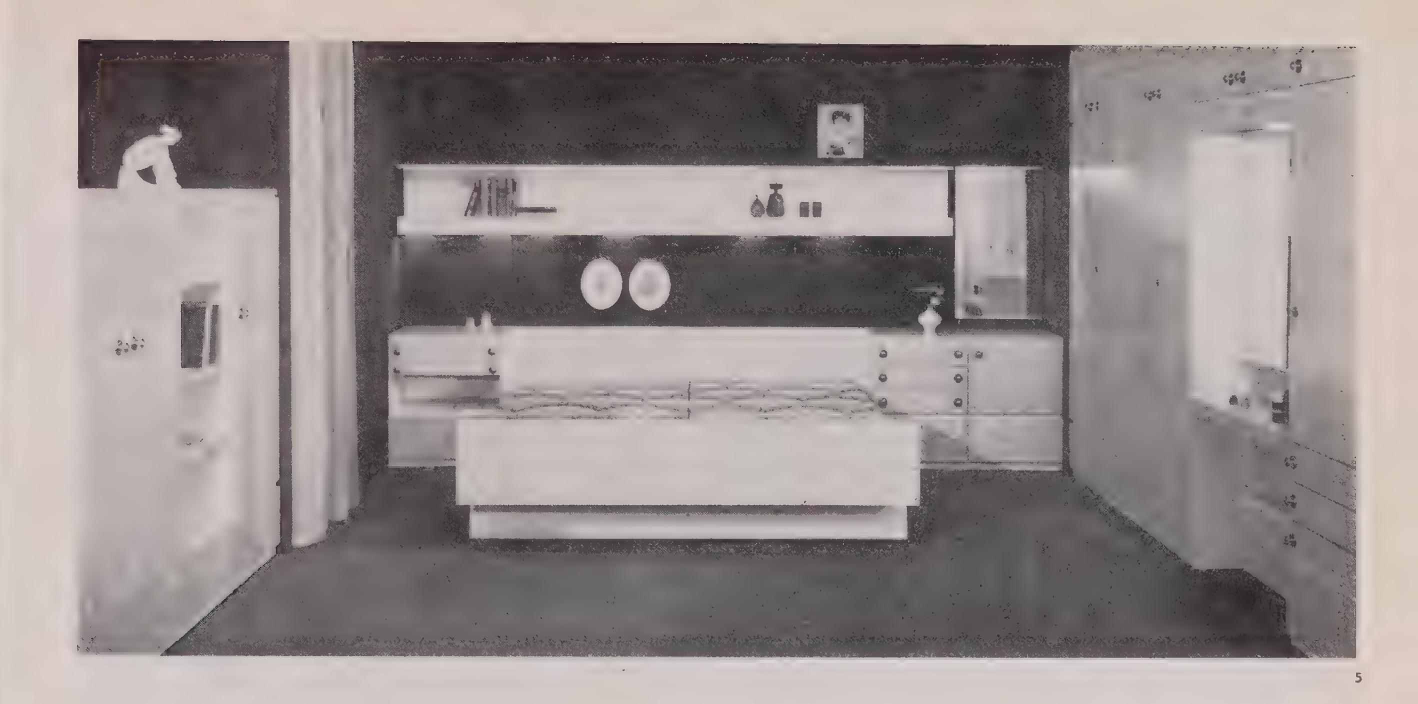


1
Wohnbereich aus dem Programmteil „Smaragd 803"
Schrankteile auf Hochsockeln, harmonische Zusammenstellung durch Polsterelemente mit gleichen Unterteilen
Breite der Sitzelemente: 60 und 80 cm
Tiefe der Sitzelemente: 65 cm

2
Wohnbereich aus dem Programmteil „Smaragd 801"
Breite: 380 cm, Höhe: 227 cm

3

4



5

6

tauscht und verändert und jeder Behältnismöbelbreite zugeordnet werden können. Alle Behältnismöbel sind Universalkorpusse mit Bohrungsreihen im 32-mm-Raster, die für den Verbraucher die funktionelle und gestalterische Variabilität der Innenausstattung und Frontgliederung auch während des Gebrauches ermöglichen.

3|4
Schlafbereich aus dem Programmteil „Smaragd 802"
Flachstrecke mit Liegen: Gesamtbreite: 380 cm, (Abb. 3)
Wand mit Türüberbau, Flachsockel (Abb. 4)
Breite: 450 cm, Höhe: 240 cm
Liegen: 190 × 90 cm mit Bettkasten

5|6
Schlafbereich aus dem Programmteil „Smaragd 802"
Doppelbett mit Beistellschränken auf Hochsockel, Bücherbord als Bettüberbau (Abb. 5)
Gesamtbreite: 344 cm
Kleider-Wäsche-Schränke mit Spiegelschrank, Hochsockel mit Schiebekästen (Abb. 6)
Breite: 300 cm, Höhe: 224 cm

7
Schlafbereich aus dem Programmteil „Smaragd 804"
Platten, Stollentüren und Stollenbett, Eiche natur mit Kunstleder kombiniert
Stollenbettbreite: 160 cm, Länge: 190 cm
Gesamtbreite der Wand: 395 cm



7



8

9



10



8
Wohnbereich aus dem Programmteil „Smaragd 803"
Schrankwand mit vorgezogenem Unterteil
Breite: 320 cm, Höhe: 224 cm

9
Wohnbereich aus dem Programmteil „Smaragd 803"
Frontgleicher und vorgezogener Hochsockel als Unterteil
Breite: 440 cm, Höhe: 224 cm

10
Wohnbereich aus Teilen von „Smaragd 803" zu kombiniertem Wohn-Schlaf-Bereich mit Ecklösung und Liegen erweitert

11|12
Jugend- bzw. Wohnbereich aus den Programmteilen „Smaragd 802 und 803"
mit Schreibtisch und mobilem Beistellteil (Abb. 11)
mit Anschnitt eines frei im Raum stehenden Möbelblocks (Abb. 12)



11



12

1

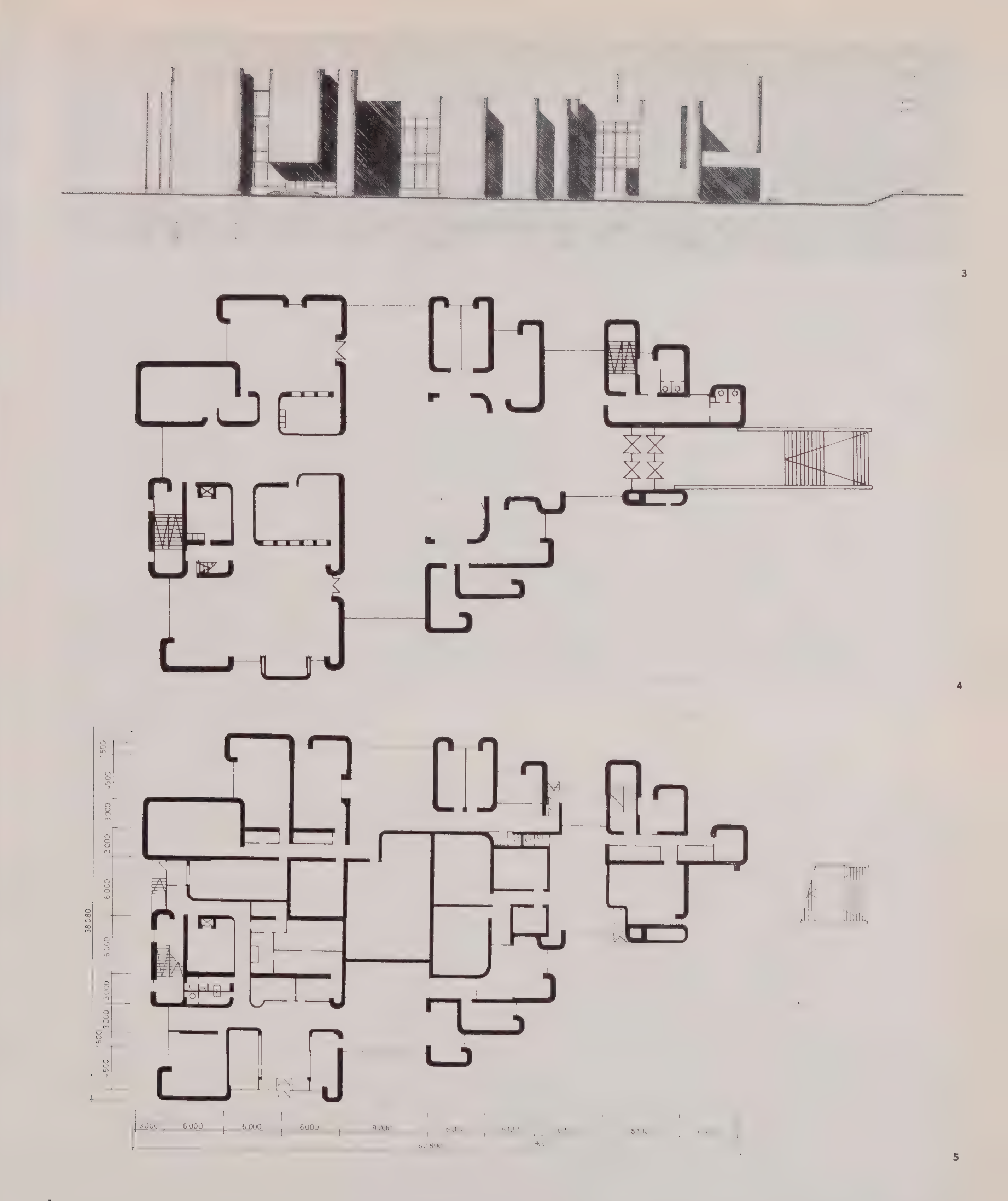
2



Der Hochzeitspalast in Vilnius

Projektautoren:
Architekt G. Barawikas, Ingenieur A. Katiljus

Das zweigeschossige Palastgebäude wurde in einem alten Park auf dem Tauras errichtet. Unmittelbar vor dem Gebäude wurde ein Parkplatz angeordnet. Vor der großen Freitreppe ist den Spalierstehenden Platz zugedacht. Den Eingangsbereich bilden das Vestibül, die Garderoben, die Spiegelzimmer und die Toiletten. Im Erdgeschoß sind drei Einrichtungen untergebracht: das städtische Standesamt, die Archive des städtischen Standesamtes und des Standesamtes der Republik, ein Fotolabor sowie Nebenräume. Im Obergeschoß befinden sich die Räume für die feierlichen Hochzeits- und Namensgebungszeremonien.



1
Gesamtansicht des Hochzeitspalastes mit Parkplatz und Freitreppe

2
Blick in den Hochzeitssaal, der auch für feierliche Namensgebungszeremonien genutzt wird.

3
Die Fassade (1 : 500) mit den vertikalen, abgerundeten Formen verleiht dem Ensemble einen feierlichen Charakter.

4
Obergeschoß 1 : 500

5
Erdgeschoß 1 : 500

Der klaren gestalterischen Trennung der funktionellen Bereiche dient ein breiter Gang, an dem beiderseitig die einzelnen Raumgruppen angeordnet sind, die zwar in bezug auf ihre Bruttofläche identisch sind, aber eine variable Nutzung und Raumaufteilung zulassen.
Das Zimmer für die Registrierung der Neuvermählten, das „Zimmer des Bräutigams" und das „Zimmer der Braut" sind funktionell getrennt projektiert. Zwischen den Festsälen und den Fotosälen besteht eine direkte Verbindung. Die Festsäle haben hohe Decken, und die Fenster wurden künstlerisch mit Buntglas verziert.

Der Funktion des Gebäudes entsprechend wurde die äußere Gestaltung des Baukörpers projektiert, bei der die vorherrschenden vertikalen, abgerundeten Formen dem Ensemble einen feierlichen Charakter verleihen.
Das Gebäude ist aus Stein errichtet, die Decken und die Dächer aus vorgefertigten Stahlbetonelementen und Stahlträgern ausgeführt. Die Fassaden des Gebäudes und die Haupträume erhielten einen Zierputz. Die Fensterrahmen wurden aus Aluminium gefertigt.
Die Festräume sind mit Fußbodenplatten aus Marmor ausgelegt. D. K.

Haus der Kultur „Farchad“ in Nawoi

Architekten: I. Orlow, T. Safanowa, W. Nasarow, M. Lewin, L. Lawrow, G. Gontscharow
Kunstmaler: J. Muntjan, I. Surskij
Bildhauer: B. Swinin, W. Schewtschenko

1 Ansicht des Gesamtkomplexes des Kulturpalastes

2 Springbrunnen mit der Thematik „Die Flüsse Usbekistans“ vor dem Kulturhaus



Bei der architektonisch-gestalterischen Lösung dieses Gebäudes wurden die natürlichen, klimatischen und traditionellen regionalen Besonderheiten der mittelasiatischen Architektur berücksichtigt. Das Gebäude des Hauses der Kultur und die Freianlagen mit Parkgelände, Springbrunnen, Bassins und originellen Skulpturgruppen bilden eine harmonische Einheit. Die Dekorelemente erhielten vielfach auch eine funktionelle Bedeutung.

Die Architekten und Baufachleute vereinten gekonnt moderne und traditionelle Verfahren, rückten nicht die Form, sondern den Inhalt, der der sozialistischen Lebensweise entspricht, in den Vordergrund und strebten danach, in der architektonisch-gestalterischen Lösung dieses Komplexes die Wechselbeziehungen der Vergangenheit und der Gegenwart vom Standpunkt der Humanität und des Fortschritts auszudrükken.

Die Innengestaltung des Gebäudes beruht auf einer exakten funktionellen Gliederung der einzelnen Bereiche: Theater- und Zuschauerbereich, Klubraumbereich, Bibliotheksbereich, Kinderbereich sowie Wirtschafts- und Verwaltungsbereich.

Alle Bereiche sind um den für die mittelasiatische Architektur traditionellen Innenhof gruppiert und haben eine bequeme Verbindung zueinander. Das gestattet, die einzelnen Raumgruppen bei Bedarf zur Durchführung von Massenfestveranstaltungen und Festivals mit geringem Aufwand miteinander zu verbinden.

Der Theater- und Zuschauerbereich umfaßt:

- einen Zuschauerraum mit 800 Plätzen, der mit einer Stereoanlage ausgestattet ist und an den ein Tanzsaal und Wandelgänge angrenzen
- einen Filmvorführungsraum
- die Künstlergarderoben und einen Repetitionssaal
- eine Gruppe von Arbeitsräumen, die in unmittelbarer Nähe der Bühne liegen und zu ihr eine bequeme Verbindung haben.

Ein Café mit 100 Sitzplätzen und offener Galerie längs zur Fassade ist im Erdgeschoß angeordnet und steht für die Versorgung aller Besucher des Hauses der Kultur zur Verfügung. Der Komplex des Klubraumbereiches besteht aus einem Filmvorführungssaal mit 200 Plätzen und einer Bühne, einem daran angrenzenden Ausstellungssaal und einer Gruppe von Klubräumen.

Das Vestibül mit der Garderobe wird gemeinsam von allen Besuchern des Theater- und Zuschauerbereiches sowie des Klubteils des Hauses genutzt.

Die Bibliothek, die für eine Kapazität bis zu 200 000 Bänden projektiert wurde, ist funktionell in einem gesonderten dreigeschossigen Baukörper untergebracht, in dessen Erdgeschoß sich das Vestibül mit der Garderobe und die Ausleihe befinden. Das erste und zweite Obergeschoß nehmen das Magazin und die Lesesäle ein, deren Grundriß nach einem modernen System der Leserbedienung — mit freiem Zugang zum Bücherstand — gelöst ist. Die originelle Raum- und Grundrißlösung der Lesesäle mit seitlicher und Oberlichtbeleuchtung schafft größtmögliche Annehmlichkeiten für die Leser.

3 1. Obergeschoß

4 Erdgeschoß



5 Innenhof mit Springbrunnen

6 Blick in das Bibliotheksgebäude



Der Kinderbereich besteht aus einer Reihe von Räumen für die Beschäftigung der Kinder in verschiedenen Zirkeln und einem Speisesaal. Für diesen Bereich ist ebenfalls ein getrenntes Vestibül mit Garderobe vorgesehen.

Der Wirtschafts- und Verwaltungsbereich umfaßt Räume für das Verwaltungs- und Bedienungspersonal sowie Räume für die medizinisch-technische Betreuung, die unter Berücksichtigung der technologischen und funktionellen Zweckmäßigkeit angeordnet worden sind.

Die Architektur des Hauses der Kultur wurde auf der Grundlage der schöpferischen Weiterentwicklung der künstlerischen und nationalen Traditionen gelöst. Das im Grundriß rechteckige Gebäude hat einen Innenhof, der für die Schaffung guter Lichtverhältnisse in den Innenräumen erforderlich ist und zusätzlich als Foyer genutzt wird. Der Hof mit seinen Grünflächen und dem Springbrunnen paßt sich organisch in die Gesamtgestaltung des ganzen Komplexes ein.

Der Blindraum der oberen Geschosse steht im Kontrast mit dem transparenten, lichterfüllten Wandelgang des Erdgeschosses. Diese architektonische Lösung unterstreicht und verstärkt den gastfreundlichen Charakter des ganzen Komplexes.

Besonderes Augenmerk wurde der Gestaltung der landschaftlichen Umgebung und der Schaffung eines günstigen Mikroklimas im Bereich des Komplexes geschenkt. Neben der Begrünung, den dekorativen Stützmauern und den kleinen architektonischen Formen stellt den Mittelpunkt der Gesamtgestaltung eine einheitliche Springbrunnenanlage dar, in der die Dekor- und Skulpturelemente eine ansprechende emotionale Stimmung schaffen, die der Funktion des Hauses entspricht.

Besondere Aufmerksamkeit wurde der Gestaltung der Skulpturen geschenkt. Sie sind keine nur dekorativen, die Architektur bereichernden Einfügungen, sondern bildkünstlerische Umsetzungen von Themen der Kultur und der Geschichte des usbekischen Volkes.

Im Mittelpunkt der Komposition steht der Springbrunnen „Farchad", der den Anfang des Seins – den Beginn des Wassers, den Beginn des Lebens und den Beginn der Stadt – symbolisiert. Auf gleicher Achse mit dem Brunnen befindet sich die Skulpturkomposition „Mädchen mit Seerosen". Die Mädchen selbst und das sich aus den Seerosen ergießende Wasser sind eine allegorische Darstellung der Flüsse Usbekistans (des Syrdarja, des Amudarja, des Sarawschan), ein Symbol des Reichtums und der Fruchtbarkeit.

Äußerst einfach und zugleich auch sehr plastisch sind die Skulptur „Rhytone" im Innenhof und die Komposition „Drachen" im Park. Diese Themenwahl beruht auf archäologischen Entdeckungen, Erzeugnissen der Volkskünstler und nationalen Traditionen des Volkes.

In den Innenräumen des Gebäudes wurde weitgehend von der Synthese der Architektur und der angewandten Kunst Gebrauch gemacht. Dazu gehört vor allem der Fries im Tanzsaalfoyer – ein Kupferstich zum Thema „Usbekistan". Die speziell für dieses Gebäude angefertigten Kronleuchter des Hauptfoyers, die Beleuchtungskörper, die Vasen und Blumenarrangements sind dem einheitlichen architektonischen Gedanken untergeordnet und tragen zur ästhetischen Harmonie des ganzen Komplexes und seiner einzelnen Teile bei.

Das Gebäude verfügt über eine zweckentsprechende, moderne Haustechnik, und in allen Haupträumen wurden Klimaanlagen eingebaut. Zum Schutz vor übermäßiger Sonneneinstrahlung wurde ein Sonnenschutzsystem gewählt, dessen Elemente aktiv an der Lösung der Innenraum- und Fassadengestaltung des Gebäudes beteiligt sind. D. K.

1 Ansicht des Hotels vom Platz an der Pariser Straße

2 Seitenansicht



Hotel „Intercontinental" in Prag

Vladimir Vaska

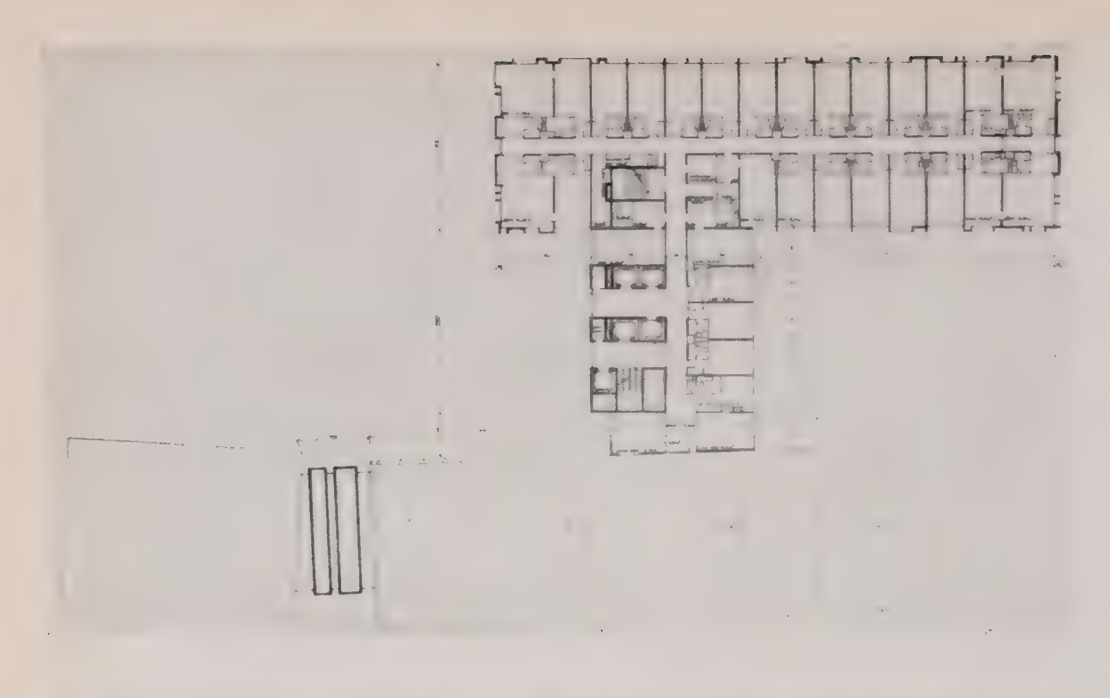
Autoren:
Ing. Arch. K. Filsak
Ing. Arch. K. Bubeniček
Ingenieur J. Švec

Auftraggeber:
Reisebüro Čedok

Generalprojektant:
Projektový ústav výstavby hl. m. Prahy

Generalauftragnehmer:
Pozemni stavby České Budějovice

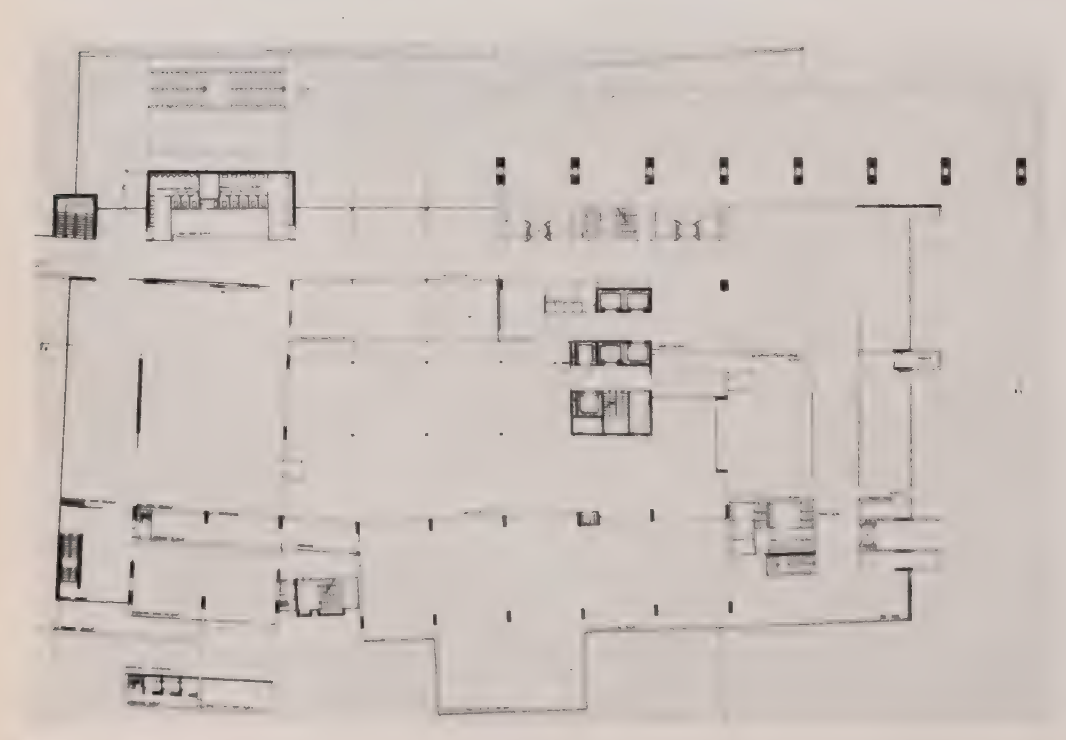
Das Hotel „Intercontinental" in Prag wurde im Auftrag des Reisebüros „Cedok" und in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft IHC gebaut. Die Projektierung übernahm ein Kollektiv des Entwurfsbüros der Hauptstadt Prag, Atelier Nr. 5, unter der Leitung von Ing. Arch. Karel Filsak gemeinsam mit Ing. Arch. Bubeniček, Ing. Švec und anderen Mitarbeitern.
Das Hotel umfaßt einen umbauten Raum von 145 000 m^3 und eine Nutzfläche der Hauptobjekte von 28 552 m^2. Das Gebäude hat neben dem Erdgeschoß acht Obergeschosse und zwei unterirdische Geschosse bei einer Gesamtkapazität von 836 Betten in 418 Hotelzimmern sowie von 1600 Tischplätzen. Das Hotel ist voll klimatisiert und mit moderner Kommunikationstechnik ausgestattet. Den Gästen stehen zahlreiche Serviceleistungen sowie Autogaragen zur Verfügung. Die differenzierten Restaurants



3
Grundriß des 7. Geschosses



4
Grundriß, Normalgeschoß



5
Erdgeschoßgrundriß

bieten vor allem die Spezialitäten der tschechischen und slowakischen Küche an. Außer sieben Speisezentren mit anschließenden kleineren Salons gibt es hier noch einen Kongreßsaal, der auch als Ballraum verwendet werden kann; die Hotelgastzimmer und die anspruchsvollen Appartements sind mit hohem Niveau ausgestattet. Zugleich respektierte das Projekt die Forderung des Auftraggebers, daß sich der Gast nicht nur wie im eigenen Heim wohl fühlen soll, sondern, daß er auch die Eigenart des Prager Milieus sowie die einzigartige Atmosphäre der Tradition und der Gegenwart des Landes und der Stadt erleben kann.

Der Standort des Gebäudes im historischen Kern der Stadt half diese Forderungen zu realisieren, er verlangte aber auch ein Gefühl des Respekts gegenüber der Umgebung. Die benachbarte Bebauung wurde durch die gewählte Höhe des Gebäudes sowie durch den Abstand der Baumassen von den umliegenden Bauten sorgfältig berücksichtigt, so durch einen court d'honneur vor dem Haupteingang in Richtung Pariser Straße, wie auch durch den vertieften Garten, der das Gebäude von der Linie des Ufers abgrenzt. Das Gebäude mit seinem Ausdruck einer dynamischen, plastischen Architektur fügt sich harmonisch und zurückhaltend in die Pariser Straße sowie in die älteren und neueren Elemente der Architektur dieser Umgebung ein.

Die lapidare Form der Beton- und Glasflächen, die Vertikalität der Aluminiumgewände und der Keramikbeläge, die Horizontalität der vorgesetzten Teile, besonders im Parterre und im obersten Geschoß, die vor- und rückspringenden Masseelemente, die die Dynamik des Baus unterstreichen, lassen ein architektonisches Fühlen im Rahmen historischer Dimensionen spüren.

Zum Gestaltungsprinzip der Projektanten gehörte es auch, eine Verbindung zwischen den Innenräumen und dem Leben in der Umgebung des Gebäudes herzustellen. Die Innenräume weiten sich durch die Glaswände in den Außenraum aus. Das gilt sowohl für die am Ufer und den Nebenstraßen liegenden Restaurants und den Nachtklub als auch besonders für das Restaurant „Goldenes Prag", das dem Gast einen bisher unbekannten Blick auf das ganze Panorama der Dächer und Türme von Prag eröffnet.

Das gewählte Prinzip einer Interaktion zwi-



6

6
Lageplan

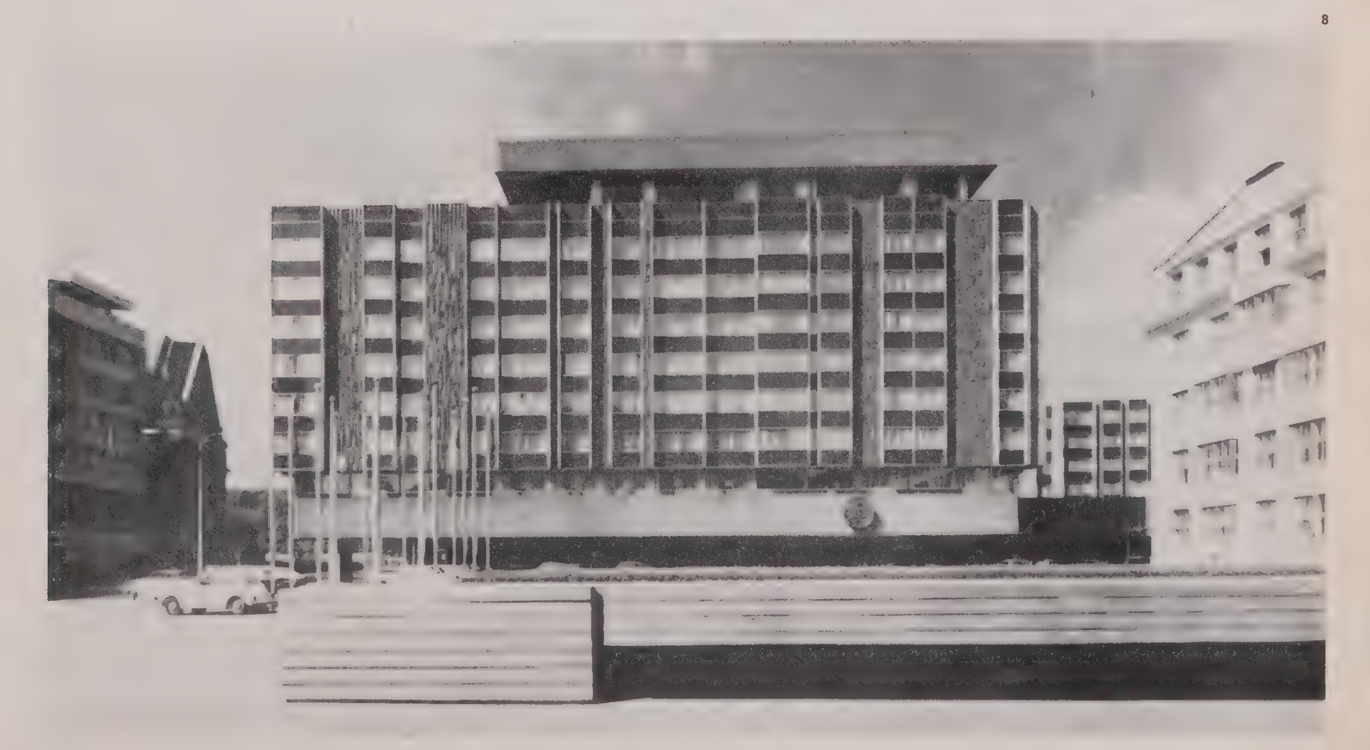


7
Blick auf den Mitteltrakt des Hotels

8
Hauptfassade des Hotels

7

8



9

9
Halle und Kongreßsaal

10
Vorsaal und Jagdsalon

11
Salon „Diana"

12
Restaurant „Goldenes Prag"

13
Snack-Bar

14
Blick in ein Appartement

15
Weinstube

10



11



schen dem Interieur und Exterieur mit konsequenter Eingliederung des architektonischen Werkes ins urbanistische Milieu erforderte auf der anderen Seite eine besonders sorgfältige Konzeption aller Innenräume. Zwei Gruppen von Innenraumgestaltern entwarfen die verschiedenen Innenräume und Serien von Gestaltungselementen (besonders Möbel) unter einheitlicher Koordinierung durch den Generalprojektanten. Die einzelnen Bereiche besitzen ein spezifisches architektonisches Antlitz, das den Gästen in differenzierten Funktionen auch ein individuelles Milieu bietet. So gestaltete das Kollektiv der Architekten Cubr und Kokorný die Räume des Zunftsaals, des Primator-Salons, des Nachtklubs mit Salons und der Weinstube sowie den Kosmetiksalon und die Architekten Sramek, Bocan, Rothbauer und Hrivnac schufen das Foyer, den Cocktailraum, und die Snack-Bar, die Jagdsalons, den Kongreßsaal im Erdgeschoß und das Restaurant „Goldenes Prag" im 8. Stockwerk. Zur architektonischen Konzeption des Prager Hotels IHC gehörte ferner das Prinzip des Zusammenwirkens der Architektur und aller seiner Elemente mit den verschiedenen Werken der bildenden Kunst und der Formgestaltung. Dieses Prinzip machten die Projektanten von Anfang an in ihrer Arbeit geltend. Dadurch ist es gelungen, eine hohe Qualität aller Werke der bildenden Kunst – seien sie direkt mit der Raumgestaltung verbunden (Decken, Wände, Säulen, Fußbodenbeläge, Leuchtkörper u. a.) oder selbständig im Raum wirkende Werke (Bilder, Wandteppiche oder Plastiken u. a.) – zu erzielen.

Die Autoren erreichten dies auch dadurch, daß sie die Innenräume mit Einzelstücken aus der älteren Kunst (Gemälde, Grafiken, Möbel, Spiegel u. ä.) bereicherten und damit etwas von der historischen Atmosphäre der Stadt und des Landes anklingen ließen. Die Verbindung von alten und neuen Werken der bildenden Kunst wirkt günstig auf die Intimität des Milieus des ganzen Hotels und vermeidet in allen Räumen jegliche Anonymität.

Mit dem Verständnis des Auftraggebers und vor allem durch die Arbeit der Projektanten und aller ihrer Mitarbeiter entstand so ein Hotel von hohem Niveau, das sich durch seine architektonische Auffassung von anderen ähnlichen Bauten dieser Art in der Welt unterscheidet. Gleichzeitig erhielt Prag damit ein eigenständiges Werk der Architektur, das sich organisch in die Einheit der Stadt einordnet, zugleich aber Bestandteil einer progressiven architektonischen Konzeption unserer Zeit ist.



12



13

14



15



Von Sofia zur Schwarzmeerküste

Exkursionsbericht

Dipl.-Ing. Gottfried Hein, Architekt BdA/DDR

Zu einem Erfahrungsaustausch mit Kollegen des befreundeten Architektenverbandes reiste eine Delegation von 27 Berliner Architekten der BdA-Bezirksgruppe im Mai dieses Jahres in die Volksrepublik Bulgarien. Die Eindrücke waren so vielfältig, daß ihre Verarbeitung wohl noch längere Zeit andauern wird.

Das Programm begann mit drei Tagen Sofia und setzte sich dann mit einer Busreise quer durch das ganze Land über Plovdiv, Tarnovo, Schumen bis nach Varna fort. Daneben gab es Ausflüge in das Vitoschagebirge zur „Goldenen Brücke", zum Batschkovo-Kloster bei Plovdiv, in das weltberühmte Rosental bei Kasanlak, in das ethnographische Freiluftmuseum bei Gabrovo, nach Gorna Orjahovica sowie nach Baltschik und Albena an der Schwarzmeerküste.

Während dieser Reise wurden wir dank der guten Betreuung durch den Architektenverband der VR Bulgarien fast mit allen Bereichen des bulgarischen Architekturschaffens, vor allem mit dem Städte-, Wohnungs- und Gesellschaftsbau, vertraut gemacht.

Bulgarien durchlebt seit der Befreiung vom Faschismus im Jahre 1944 einen starken Urbanisierungsprozeß, die industrielle Entwicklung des einst rückständigen Balkanlandes ist stark ausgeprägt. Durch den starken Zuzug von Arbeitskräften in die Industriezentren der großen Städte erlangen das Wohnungsbauprogramm und die damit verbundene städtebauliche Entwicklung größte Bedeutung.

Nach dem Generalplan für Sofia, der von 1956 bis 1961 ausgearbeitet wurde, entwickelte sich der Wohnungsbau vorrangig in innerstädtischen Gebieten unter erheblichen Flächenabrissen. Erhöhte quantitative wie qualitative Forderungen bedingten Mitte der sechziger Jahre eine neue Phase des Städtebauprogramms. Aus Mangel an zusammenhängenden innerstädtischen Gebieten weist der neue Generalplan die größeren Neubauwohngebiete unter Ausnutzung topographischer und klimatischer Bedingungen bereits in Außenbezirken der Stadt aus, z. B. „Mladost" im Südosten und „Moderno Predgradie" im Nordwesten. Außer in den Städten der thrakischen Tiefebene, z. B. Plovdiv, ist der horizontalen Ausdehnung der Städte in vielen Fällen eine natürliche Grenze gesetzt, da viele Regionen Bulgariens durch ausgedehnte Mittel- und Hochgebirge gekennzeichnet sind.

Im Unterschied zu früher geplanten Wohngebieten ist das Bemühen unserer bulgarischen Kollegen erkennbar, die neuen Wohngebiete klar und überschaubar zu gestalten sowie differenzierter zu planen. Auffallend in der Struktur der Neubaukomplexe sind die großen Grünzüge bzw. das Freihalten breitgefächerter Freiflächen für deren spätere Realisierung, die den Gebieten einen spezifischen Charakter und



1



2



3

Großzügigkeit geben und eine übermäßige Verdichtung in der Bebauung vermeiden. Längere „Schlangen“ von vielgeschossigen Bauten werden bewußt vermieden, um immer wieder die Schönheit der Naturkulissen wie das Vitoschagebirge in Sofia, als Gestaltungselement mitwirken zu lassen. Die vorherrschende Bebauungshöhe beschränkt sich auf etwa acht Geschosse, flankiert von Gruppen vier- bis sechsgeschossiger Gebäude. Wohnhochhäuser in Form von Scheiben oder Punkten werden sehr sparsam und konzentriert zur Akzentuierung gesellschaftlich wichtiger Bereiche eingesetzt.

In manchen Neubauwohngebieten werden zunächst nur Wohnungen, Schulen und Kindereinrichtungen gebaut. Alle notwendigen gesellschaftlichen Einrichtungen werden jedoch in der Planungskonzeption ausgewiesen, damit sie zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden können.

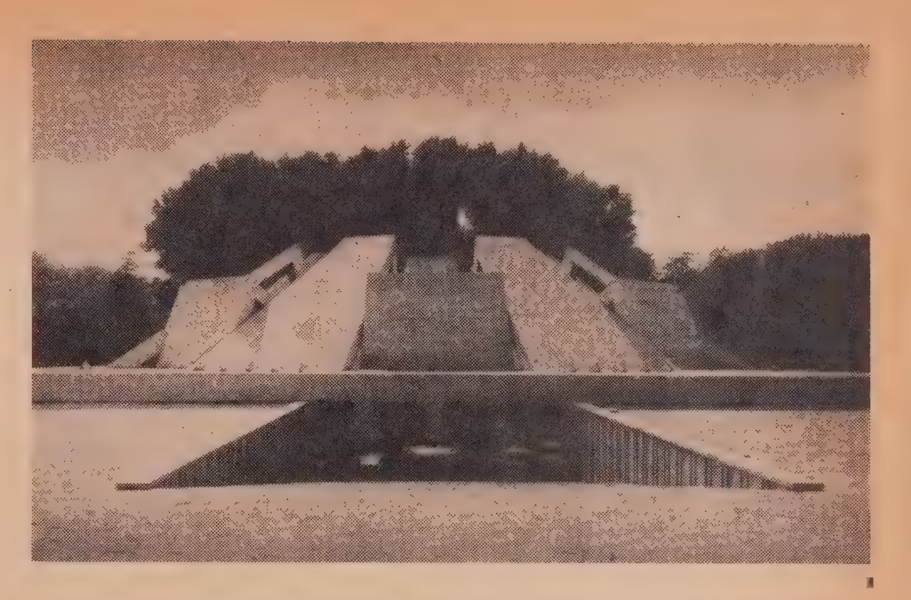
Im Unterschied zu unserem System der gesellschaftlichen Einrichtungen im Wohngebiet geht man in Bulgarien generell nur von einem Zweistufensystem der Zentren aus, welches, auf eine Stadtgröße bis etwa 30 000 Einwohner bezogen, nur ein Hauptzentrum ausweist und bei darüberliegenden Stadtgrößen zwischen dem Stadtzentrum und den Wohngebietszentren unterscheidet. Diese Zentren werden in der Regel, den jeweiligen Standortbedingungen entsprechend, monolithisch errichtet und fallen besonders durch ihre anspruchsvollen städtebaulich-architektonischen Lösungen auf.

Der Wohnungsbau in Plattenbauweise, 1970 einen Volumenanteil von 42 Prozent ausweisend, wird bis 1980 mit 53 Prozent mehr als die Hälfte aller Verfahren einnehmen. Neben dem Plattenbau haben Monolithbauweisen wie Gleitschal-, Tunnelschal- und Schaltafelverfahren gegenwärtig mit rund 42 Prozent und das Hubdekkensystem mit etwa 14 Prozent Anteil am Bauvolumen. Die hohe architektonische Qualität der im Hubdeckenverfahren errichteten Bauten hat uns beeindruckt. Dieses Verfahren wird besonders in hängigem Gelände mit erstaunlich geringem Aufwand für Baustelleneinrichtung angewendet.

Von allen Wohngebieten, die wir während unserer Fahrt durch Bulgarien kennenlernten, ist der Wohnungsneubau im Gebiet „Triogolnik“ in Tarnovo das städtebaulich wie architektonisch ausdrucksvollste Beispiel. Hier ist ein bemerkenswertes Beispiel der Verbindung von Altem und Neuem unter außerordentlich komplizierten städtebaulichen und topographischen Bedingungen entstanden, welches nicht nur die Stadtstruktur bereichert und die Wohnbedingungen der Bevölkerung verbessert, sondern unter Wahrung und Weiterentwicklung traditioneller Architekturformen und Verwendung heimischer Baumaterialien etwas völlig Neues mit den Mitteln moderner Architektur geschaffen hat. Günstig ist auch die Standortsynthese des Nebeneinander im typischen Altstadtpanorama mit der auf einem Höhenzug entwickelten „Neustadt-Silhouette“, die in ihrer interessanten Plastik durchaus ebenbürtig zur historischen Altstadt steht.

Der Einsatz von Farbe als Anstrich fehlt fast völlig. Materialkontraste aus vorhandenen Aufkommen (Sichtbeton, Holz, Klinker, Kalkstein) werden dagegen sehr überzeugend eingesetzt. Für gesellschaftliche Bauten werden häufig Marmor und andere Natursteine verwendet.

Der öffentliche Personennahverkehr erfolgt in der Hauptstadt bisher vorwiegend mit Straßenbahn und Bus, in anderen Städten hauptsächlich mit Bussen und Obussen.



4

1
Neue Wohnbauten im Wohngebiet „Triogolnik“ in Tarnovo

2
Das neue Gebäude des Hauptbahnhofs in Sofia

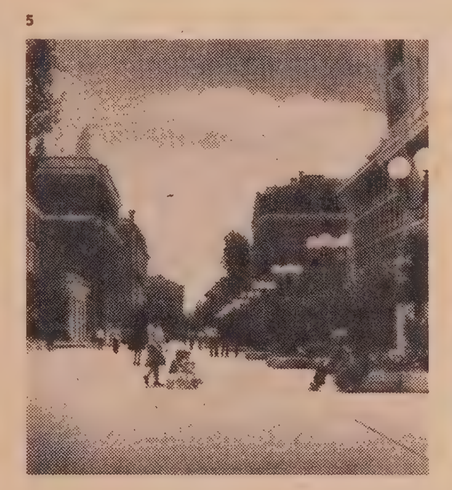
3
Wohnungsbauten im Südosten von Sofia

4
Denkmal der Befreiung in Plovdiv

5
Fußgängerbereich im Zentrum von Sofia

6
Das Batschkovo-Kloster

5



6



In den nächsten Jahren ist in Sofia die Errichtung von drei U-Bahn-Linien geplant als Verbindung der neuen Wohngebiete am Stadtrand zum Stadtzentrum, zum neuen Hauptbahnhof und zum Ausflugsgebiet im Vitoschagebirge.

Für die stark expandierende Hafenstadt Varna ist in den achtziger Jahren ein Schnellbahnnetz geplant, das besonders die Verbindung zu den ausgedehnten Industrie- und Hafengebieten verbessern soll.

Der Ausbau der Hauptverkehrsstraßen in den Städten mit teilweiser niveaufreier Anbindung und schon fertiggestellten Abschnitten der Stadtautobahnen läßt eine großzügige Planung erkennen und einen flüssigen Verkehr erhoffen.

Wir konnten auch drei sehr interessante Ausstellungen sehen, die anläßlich des 4. Kongresses des bulgarischen Architektenverbandes gezeigt wurden:

- die weitere Entwicklung des Wohnungsbaus in Bulgarien im Zeitraum von 1980 bis 2000 — ein Ergebnis eines Wettbewerbes mit über 70 eingereichten Arbeiten
- die Entwicklung der bulgarischen Architektur, dargestellt an Bauten, die seit dem 3. Kongreß entstanden sind und schließlich noch eine
- Fotoausstellung altbulgarischer Baukunst.

Nicht unerwähnt sollen natürlich die historischen Baudenkmale bleiben, die wir in großer Zahl während unserer Reise sahen (die Altstädte von Plovdiv, Tarnovo und Varna, das Batschkovo-Kloster, die Alexander-Newski-Kathedrale in Sofia u. a.). Mit viel Liebe und großem Einfühlungsvermögen erhalten und rekonstruieren die bulgarischen Architekten diese historischen Zeugnisse ihrer Geschichte. Dort, wo die Neubauten direkt Kontakt zum historisch Gebauten haben, kann man mit Vergnügen beobachten, mit welchem Feingefühl die Architekten Neues und Altes kontrastreich, aber harmonisch zusammenfügen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Exkursion und die damit verbundenen Gespräche mit unseren bulgarischen Fachkollegen interessant und sehr beeindruckend waren. Uns wurden vielfältige Anregungen zur schöpferischen Umsetzung für unsere eigene Arbeit gegeben.

Wir danken an dieser Stelle den Organisatoren dieser Reise und den Betrieben und Kombinaten, die die Teilnehmer der Exkursion unterstützt haben.

Vorbereitung der Technischen Versorgung und Verkehrserschließung des Planungsgebietes Erfurt-Südost

Dr. sc. techn. Harald Roscher
Dozent für stadttechnische Erschließung
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

Ein großer Teil der neu zu bauenden Wohnungen wird auch weiterhin auf unerschlossenem Gelände in Stadtrandlage errichtet werden und damit stadttechnisch und verkehrlich neu zu erschließen sein. Einen Schwerpunkt der Vorbereitungsarbeiten neuer Wohnungsbaustandorte bilden die Vorbereitungsarbeiten zur stadttechnischen und verkehrlichen Anbindung und Erschließung.

Während die umfangreichen Erfahrungen und Forschungsergebnisse zur stadttechnischen Erschließung von Wohngebieten und zur Bauausführung in Richtlinien (1, 2) Eingang gefunden haben, gibt es über die Vorbereitung der stadttechnischen Erschließung in den davorliegenden Phasen der Investitionsvorbereitung nur lückenhafte Aussagen. Die prinzipielle Richtung für das Vorgehen wird in (1) angegeben und eine Einteilung in folgende Arbeitsschritte vorgenommen:

- Vorgaben aus dem Bauprogramm
- Vorgaben aus dem Generalbebauungsplan
- Vorgaben aus dem Generalverkehrsplan
- Vorgaben aus dem Generalbebauungsplan, Teilplan Stadttechnik
- Erfassung der äußeren Einflüsse des Standortes (Topografie, Lage der Vorflut, Geologie, Baugrund, Hydrologie)
- Ausarbeitung der städtebaulichen Grobkonzeption
- Bedarfsermittlung für Medien der stadttechnischen Versorgung
- Koordinierung vorhandener Hauptleitungen im Baugebiet
- Ausarbeitung von Konzeptionen für das Wohngebiet.

Allerdings wird diesen Vorbereitungsarbeiten m. E. derzeitig nicht überall die notwendige Bedeutung beigemessen, obwohl gerade in diesem Abschnitt der Investitionsvorbereitung die größten Reserven zur Erzielung einer wirtschaftlichen Gesamtlösung bestehen. Die nachfolgenden Darlegungen sind deshalb zugleich als Erfahrungsbericht und Empfehlung gedacht und sollen zu einer intensiveren Arbeit in dieser Phase der Investitionsvorbereitung anregen. Seit 1971 besteht im Bezirk Erfurt der Arbeitsausschuß Ingenieurtechnische Erschließung im Bezirksverband Bauwesen der KDT. Dieser konnte bereits durch seine Studien zur Erschließung von Einfamilienhausstandorten und zur stadttechnischen Erschließung des Wohngebietes Erfurt Roter Berg (1975) dem bezirklichen Bauwesen eine bedeutende Unterstützung geben. Dem Arbeitsausschuß gehören 15 Mitglieder, Vertreter des WBK, des TBK, der Versorgungsträger, der Städtebaubüros, des Bezirksbauamtes der Stadtdirektion Straßenwesen und der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, an.

Der Arbeitsausschuß befaßte sich 1976 mit der Vorbereitung der Technischen Versorgung und Verkehrserschließung des Planungsgebietes Erfurt-Südost, um einen Beitrag zum erforderlichen Erschließungsvorlauf zu leisten. Die Arbeitsergebnisse wurden in einer Studie zusammengefaßt und dem Auftraggeber (VEB HAG Komplexer Wohnungsbau) nach 3monatiger Bearbeitungszeit übergeben. Hauptmerkmal dieser Studie sind neben der kurzen Bearbeitungszeit die sozialistische Gemeinschaftsarbeit und die komplexe Bearbeitungsweise für solch ein bedeutendes Vorhaben. Grundlage der Bearbeitung war eine Flächennutzungskonzeption des Büros des Stadtarchitekten Erfurt, die sich auf den Wettbewerbsentwurf des 1. Preisträgers des 1975 durchgeführten städtebaulichen Wettbewerbs stützt. Diese enthält Angaben über die Gliederung des Gesamtgebietes in 6 Planungseinheiten – 4 Wohngebiete mit etwa 15 000 WE; das Hauptzentrum und das Industriegebiet mit 8000 bis 9000 Arbeitsplätzen. Für die Wohnbebauung soll die Wohnungsbaureihe 70 (5- und 11geschossig) sowie ein Wohnhochhaustyp des WBK Erfurt zur Anwendung kommen. Zur Abrundung der Ortslagen und für Teilgebiete mit starker Hangneigung sind Einfamilienhäuser vorgesehen.

Neben diesen städtebaulichen Daten standen grundlegende Aussagen zur Technischen Versorgung (z. B. Wasser- und Energieversorgung) und zur Verkehrserschließung zur Verfügung. Die Untersuchungen des Arbeitsausschusses verfolgten das Ziel, eine Haupterschließungskonzeption auszuarbeiten, die auftretenden technischen Probleme herauszuarbeiten, aufgrund von Variantenvergleichen Festlegungen für den Bauablauf zu treffen und für die Ausarbeitung der Bebauungskonzeption der Teilgebiete die notwendigen stadttechnischen und verkehrlichen Bedingungen vorzugeben.

Es wurden folgende Teilbereiche bearbeitet:

- Analyse des Leitungsbestandes
- Auswertung der ingenieurgeologischen Unterlagen und Schlußfolgerungen für den Tiefbau und die Gebäudegründung
- Technische Versorgung (Wasserversorgung, Abwasserableitung, Elektroenergie, Fernwärme- und Fernmeldeversorgung)
- Verkehrserschließung
- Koordinierung der Erschließungstrassen
- Baudurchführung (Baufreiheit, Leitungsumlegungen, Baustellenversorgung, Bautransporte) und Variantenvergleich über den Baubeginn in den Teilgebieten.

Von Bedeutung sind folgende aufgeführte Arbeitsergebnisse, wovon einige aus methodischer Sicht von Interesse und verallgemeinerungsfähig sind.

Zur Analyse des Leitungsbestandes

Im Plangebiet sind bedeutende Anlagen der Wasserversorgung, Elektroenergie- und Fernmeldeversorgung vorhanden, die nicht oder nur mit erheblichem Aufwand verändert werden können. Für die Umverlegung waren Trassen auszuweisen und die technischen Bedingungen bei Veränderungen festzulegen. In dem bereits erwähnten städtebaulichen Wettbewerb war von Wettbewerbsteilnehmern die vorgegebenen Bedingungen zum Teil nicht beachtet worden und somit der Wettbewerbsentwurf nicht realisierbar. Daraus ergibt sich die Schlußfolgerung, daß Wettbewerbsentwürfe, die in solch wesentlichen Punkten nicht den Ausschreibungen entsprechen, in der Bewertung herabgesetzt werden sollten.

Zur Auswertung der ingenieurgeologischen Unterlagen

Die ingenieurgeologischen Bedingungen sind sehr unterschiedlich und haben einen erheblichen Einfluß auf die Tiefbaumaßnahmen und die Gebäudegründung. In den Wohngebieten Kleiner und Großer Herrenberg treten auf rund 50 Prozent der Fläche Kalk- und Mergelgestein bis an die Oberfläche, so daß für die Erschließungsarbeiten und Gründungsarbeiten Sprengungen erforderlich werden. Die Sprengarbeiten sind jeweils für größere Flächen vorzubereiten. Im Wohngebiet Wiesenhügel sind dagegen 3 bis 4 m mächtige Gehänge – oder Lößlehmschichten vorhanden. Damit sind für Erschließungsarbeiten keine größeren Schwierigkeiten zu erwarten, jedoch ist in Teilgebieten mit Schichtwasser zu rechnen. Auf Grund der genannten Bedingungen ergab sich, daß das Wohngebiet Wiesenhügel für den Baubeginn vorzuziehen wäre.

Zur Technischen Versorgung

Die **Wasserversorgung** wird aus dem Fernwasserversorgungssystem Ohratalsperre erfolgen. Für das Planungsgebiet ist neue Behälterkapazität vorzusehen. Aufgrund des großen Höhenunterschiedes innerhalb des Planungsgebietes ist eine Versorgung in 2 Druckzonen (Druckzone 1: 260 bis 330 m üNN, Druckzone 2: 225 bis 260 m üNN) vorzunehmen und in der weiteren städtebaulichen Bearbeitung in Druckzone 1 eine Bauhöhenbegrenzung für 5geschossige Gebäude bei 310 m üNN Geländehöhe und für 11geschossige Gebäude bei 280 m üNN zu beachten. Die angegebene Bauhöhenbegrenzung kann nur durch den Einsatz von aufwendigen Hydrophoranlagen überschritten werden. Schwierigkeiten ergaben sich bei der Festlegung des Industriewasserbedarfs.

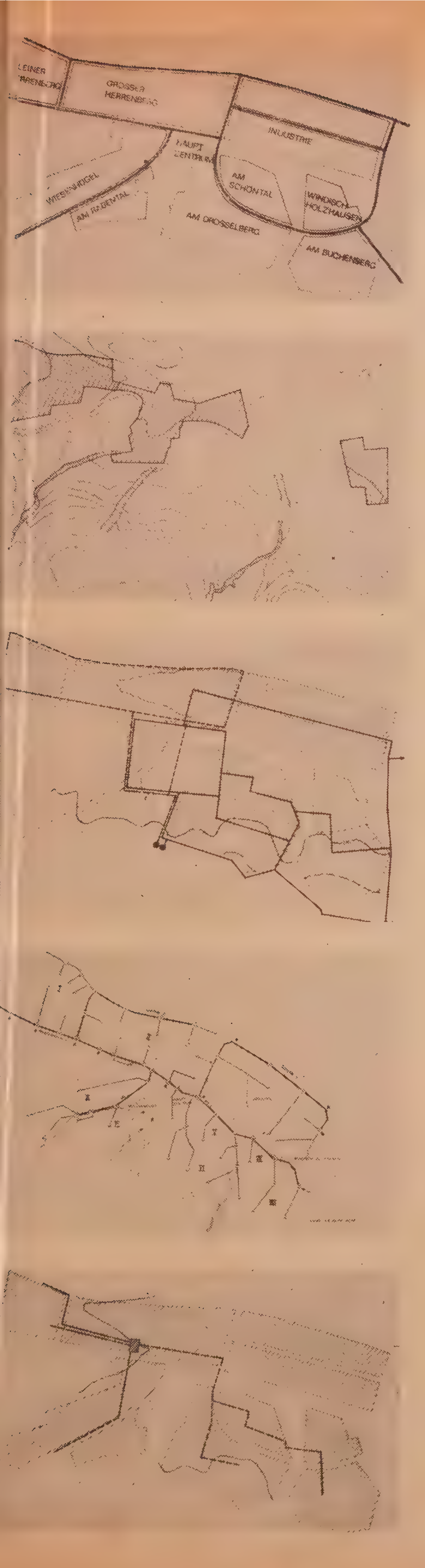
Die **Entwässerung** erfolgt im Trennverfahren.

Das Planungsgebiet liegt im 10 km² großen Einzugsbereich des Schwemmbaches; die Lage der Hauptsammler wird durch die topografischen Gegebenheiten, wie Erosionsrinnen, vorhandene Gräben und Gefällelinien bestimmt. Der Regenwasserhauptsammler erhält trotz starken Gefälles und hoher Fließgeschwindigkeit (zul. = 5 m/s) Querschnitte von Kreisprofil 2000 mm (bzw. 2400 mm bei Berücksichtigung einer Erweiterungsfläche). Zwangspunkte hinsichtlich der Regenwasserableitung bilden vorhandene Sammlerabschnitte ($Q_{max} = 25\ m^3/s$) und der Verkehrsknotenpunkt Schmidtstedter Brücke.

Es konnte auch nachgewiesen werden, daß es entwässerungstechnisch zweckmäßig ist, eine mögliche Erweiterungsfläche in die weitere Betrachtung einzubeziehen, da die Investitionskosten für die Hauptsammler von 590 M/WE dann auf 520 M/WE sinken.

Weiterhin wurde auf den notwendigen wasserwirtschaftlichen Ausbau der Erosionsrinnen hingewiesen – Geschiebesperre, Sandfänge, Gehölzpflanzungen.

Die **Fernwärmeversorgung** soll aus dem neu zu errichtenden Heizkraftwerk (HKW) Erfurt-Ost erfolgen, sie unterliegt aufgrund des geodätischen Höhenunterschiedes zwischen HKW und Versorgungsgebiet besonderen Bedingungen. Es ist eine Netztrennung von Primär- und Sekundärkreislauf vorzunehmen und die Umformstation auf einer maximalen geodätischen Höhenlage von 240 m üNN anzuordnen. Durch besondere regeltechnische Maßnahmen im Se-



kundärkreislauf und die Anpassung an die Bauhöhenbegrenzung gelingt es, den Sekundärkreislauf in einer Druckzone zu beherrschen. Weiterhin ist die zwischenzeitliche Wärmeversorgung bis zur Inbetriebnahme des HKW zu sichern.

Die **Elektroenergieversorgung** kann aus einer 110-kV-Trasse vorgenommen werden, die das Planungsgebiet quert, es bestanden jedoch besondere Probleme hinsichtlich der Verkabelung der 110-kV-Freileitungstrasse innerhalb des Planungsgebietes und einer günstigen Lage des Umspannwerkes. Die mittelspannungsseitige Versorgung soll in der 10-kV-Ebene erfolgen.

Für das **Fernmeldewesen** war ein optimaler Standort der Vermittlungsstelle festzulegen; weiterhin wurden die beizubehaltenden hochwertigen Kabeltrassen angegeben.

Als wesentliche Ergebnisse für die Bearbeitung der stadttechnischen Erschließung liegen vor

- Bedarfswerte
- Netzkonzeptionen für Hauptversorgungsleitungen
- Standortvorschläge für das Umspannwerk, die Fernwärmeumformstation, die Vermittlungsstelle und die Wasserbehälter
- Bauhöhenbegrenzung für 5- und 11geschossige Bebauung resultierend aus Wasser- und Fernwärmeversorgung
- gründungstechnische Schlußfolgerungen für die einzelnen Baugebiete.

Zur Verkehrserschließung

Das Straßenverkehrsnetz bindet an 2 Haupterschließungsstraßen der Stadt Erfurt an, wobei die zuerst zu bauende Straße die Wohngebiete Herrenberg und Wiesenhügel erschließt. Eine Begrenzung der Aufnahmefähigkeit dieses Straßenanschlusses ergibt sich aufgrund der Durchlaßfähigkeit des Schmidtstedter Knotens. Danach erhält der 2. Anschluß eine erhöhte Bedeutung.

Als öffentliches Personennahverkehrsmittel fungiert die Straßenbahn in Verlängerung einer bestehenden Linie mit Straßenbahnendschleife.

Die Knotenpunkte sollen niveaugleich ausgebildet werden und die gleiche Ausbauqualität für das Haupt- und Nebennetz angestrebt werden. Die Verkehrsuntersuchungen umfaßten weiterhin

- die Bemessung der Haupt- und wichtigen Nebennetzstraßen
- die Berechnung des Verkehrsaufkommens und der Verkehrsmittelanteile
- Aussagen zum ÖPNV wie Haltestellen, Endschleifen und Betriebshof
- den ruhenden Verkehr mit Angaben zum Stellplatzbedarf der Wohngebiete und des Zentrums
- den gebrochenen Verkehr – Erfurter System Parken und Pendeln
- die Nebenanlagen wie Tankstellen usw.
- die Fußgängerbeziehungen – Fußgängertunnel
- die Ausbaurangfolge aller Verkehrsanlagen

Zur Koordinierung der Erschließungstrassen

Die Haupterschließung des Planungsgebietes soll mit Sammelkanälen realisiert werden. Die Sammelkanalkonzeption baut weitgehend auf der Fernwärmekonzeption auf. Alle anderen Versorgungssysteme wurden auf diese abgestimmt. Weiterhin wurden in einem Koordinierungsplan alle notwendigen Veränderungen von Leitungstrassen angegeben und Vorschläge für die zukünftige Trassenführung unterbreitet.

Zur Baudurchführung

Einen bedeutenden Platz nehmen in den Untersuchungen die Aussagen zur Baureihenfolge ein. Sie umfassen den Abtransport von Baumaterial, den Plattentransport, die Baustelleneinrichtung, die Baureihenfolge des Straßennetzes, die innerstädtischen Transportprobleme usw. Weiterhin spielten in den Überlegungen die Personentransporte (individuelle und ÖPN) während des Baus eine wichtige Rolle.

Dabei gibt es zahlreiche Probleme zu lösen; z. B. den Bau des Abwasserhauptsammlers, der Straßen und der Straßenbahn in einer Trasse bei beengten Platzverhältnissen u. ä.

Des weiteren wurde deutlich, daß die Reihenfolge der Realisierung der Wohngebiete ein entscheidendes Problem darstellt.

Schlußfolgerungen

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Bearbeitung der Technischen Versorgung und der Verkehrserschließung mit ersten Vorstellungen der Flächennutzung dem städtebaulichen Programm und städtebaulichen Kenndaten wesentliche Aussagen für die weitere städtebauliche Arbeit liefert und daß in Zukunft diesem Problem eine größere Bedeutung beizumessen ist. Dabei ist die sozialistische Gemeinschaftsarbeit der unterschiedlichen Fachdisziplinen unter straffer Leitung nach unseren Erfahrungen die zweckmäßigste Arbeitsform.

1
Städtebauliche Gliederung des Planungsgebietes

2
Topographische Situation des Planungsgebietes
vorhandene Bebauung
Erosionsrinnen
Waldgrenze

3
Konzeption der Wasserversorgung
Druckzone 1
Druckzone 2
Wasserbehälter

4
Konzeption der Entwässerung. Planungsgebiet mit Erweiterungsfläche

5
Konzeption zur Fernwärmeversorgung
Primärversorgung
Sekundärversorgung

Literatur

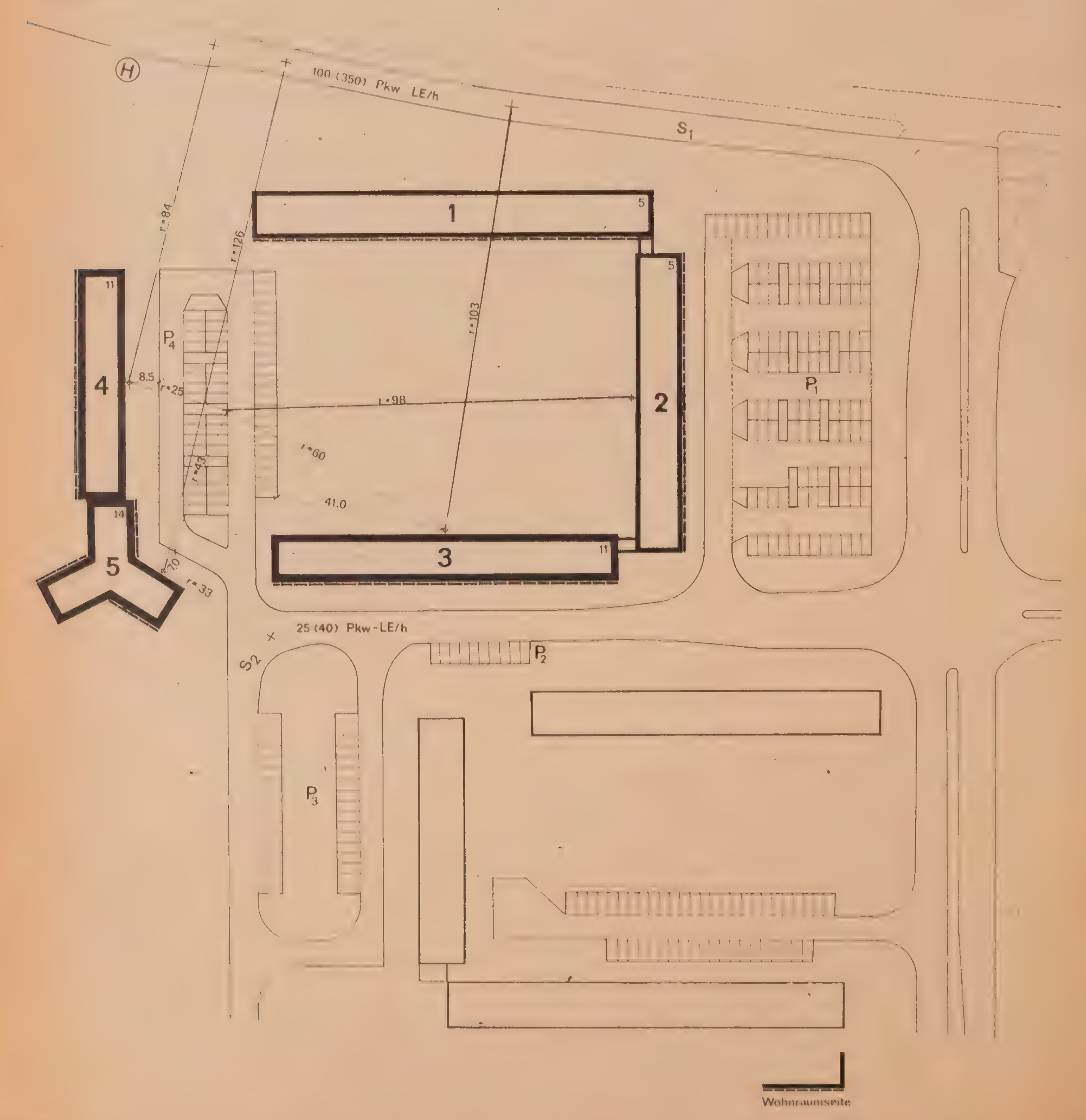
(1) Stadttechnische Erschließung von Wohngebieten. Berlin, Bauinformation 1972, Schriftenreihe der Bauforschung, Reihe Städtebau und Architektur Heft 41
(2) Richtlinie zur Planung der stadttechnischen Erschließung. Bauakademie der DDR, Institut für Ingenieur- und Tiefbau Leipzig 1975
(3) Erfurt-Südost, Studie zur Technischen Versorgung und Verkehrserschließung, Arbeitsausschuß der KDT. Ingenieurtechnische Erschließung, Erfurt 1976

Nachtfahrverbot im Wohnbereich
Maßnahme des Lärmschutzes in Wohngebieten

Dipl.-Ing. Ditmar Hunger
Büro für Städtebau und Architektur
des Bezirkes Halle
AG(B) Lärmschutz des Bezirksverbandes
der KDT Halle

Die ständige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen unserer Bevölkerung ist eine wichtige Aufgabe, an deren Verwirklichung alle Teile der Gesellschaft aktiv mitwirken. Im Rahmen der Verbesserung der Wohnbedingungen geht es auch darum, die Belange der sozialistischen Landeskultur in zunehmendem Maße in den Vordergrund zu stellen. Besonders gilt das in den Fällen, wo für Bürger durch den Erhalt einer Neubauwohnung bereits der wichtigste Teil unseres sozialpolitischen Programms Realität geworden ist. Das bedeutet: Für die Beurteilung der Wohnqualität durch diese Bürger gewinnen, nachdem sie Besitzer komfortabler Wohnungen geworden sind, Störeinflüsse aus der Umwelt, insbesondere durch Lärm, an Bedeutung. Im folgenden Beitrag wird eine Seite dieses Problems dargestellt und versucht, eine Lösungsmöglichkeit aufzuzeigen.

1 Übersichtsplan



Veranlassung

Durch das Landeskulturgesetz wurden an die städtebauliche Planung sehr hohe Forderungen hinsichtlich der Einhaltung bestimmter Lärmpegel außerhalb und innerhalb von Wohn- und Gesellschaftsbauten gestellt (Tab. 1). Die entsprechende Nachweisführung erfolgt nach TGL 10 687 (Schallschutz), Blatt 6 (Entwurf) ⟨1⟩.

Die Durchsetzung der gesetzlichen Forderungen verlangt lärmschutzgerecht zu planen. Diese Bedingung zu erfüllen, stellt einen langwierigen Prozeß dar, da einerseits gewohnte planerische und gestalterische Prinzipien verändert werden müssen, vor allem aber städtebauökonomische Faktoren zu beachten sind. Unter anderem deshalb sind auch nach dem Inkrafttreten des Landeskulturgesetzes teilweise Wohngebiete entstanden, die den hohen Forderungen nicht gerecht werden.

Untersuchungsgebiet

Der IV. Wohnkomplex in Halle-Neustadt, dessen städtebauliche Planung unter der Maßgabe einer äußeren Verkehrserschließung und der Schaffung einer inneren fußläufigen Grünachse erfolgte, birgt bereits grundlegende Voraussetzungen für die Erreichung einer günstigen Lärmsituation in sich. Die Anordnung der Flächen des ruhenden Verkehrs jedoch erfolgte teilweise innerhalb der Wohnbereiche in Form von Parkplätzen oder Parkzeilen, die an den, die Wohngruppen schleifen- und stichförmig erschließenden Anliegerstraßen angeordnet sind. Damit wird zum Teil der Vorteil der äußeren Verkehrserschließung wieder abgeschwächt.

Als Untersuchungsbeispiel wurde ein Wohnbereich (Abb. 1) ausgewählt, der durch Eingaben oder Hinweise der Bewohner besonders interessant erschien und in dem auch Verkehrsbeobachtungen zur Ermittlung der verkehrlichen Ausgangsgröße „c-Faktor", der Berechnungsgrundlage für die Lärmimission des „Ruhenden Verkehrs", durchgeführt wurden ⟨2⟩.

Beeinflussung des Bauablaufs auf das Lärmbewußtsein der Bürger

Die Errichtung der Wohnblocks im Untersuchungsgebiet erfolgte zunächst in der Reihenfolge der Blöcke 1 bis 4, parallel dazu wurden die Parkplätze P_1 und P_3 erstellt (Abb. 1). Der Bau des Blockes 5 wurde nach einer Pause von ca. einem Jahr begonnen und erst nach seiner Fertigstellung der Parkplatz P_4 errichtet. Dies bedeutet, daß die Bewohner des Blockes sehr lange nicht unmittelbar vom Lärm des ruhenden Verkehrs beeinflußt wurden. Hinzu kommt, daß die Nordstraße in dieser Zeit eine sehr geringe Belegung aufwies und die heute darauf liegende Buslinie noch nicht verkehrte. Somit bestand für die Bürger über längere Zeit eine sehr günstige Lärmsituation. Als der Block 5 errichtet wurde, meinten die Bürger, daß der Parkplatz P_4 für Block 5 gebaut wird und somit ihnen nicht nur Lärm bringt, sondern auch noch eine potentielle Grünfläche entzieht. Beeinflussend dabei war die Tatsache, daß die Freiflächen westlich und nördlich des Blockes 4 noch nicht realisiert waren. So kam es zu Beschwerden der Bürger, die mit einer Eingabe endeten, in der von allen Bewohnern gefordert wurde, die Bauarbeiten für P_4 einzustellen und ein Ausgleich nördlich Block 4 zu schaffen. Der fortgeschrittene Realisierungsstand sowie erschließungstechnische Aspekte ermöglichten es jedoch nicht mehr, dem Vorschlag der Bürger zu folgen.

Nach Abschluß der Bauarbeiten stellte sich umgehend eine Nutzung von P_4 durch die Bewohner von Block 4 ein. Diese Umstellung ging sogar soweit, daß Fahrzeuge des Blockes 4 unmittelbar am Straßenrand zum Block geparkt wurden, während die nur wenige Meter östlich gelegenen Stellplätze frei blieben, was dazu führte, daß erhebliche Behinderungen für den Mülltransport und den sonstigen Anlieferverkehr, vor allem aber hohe Schallpegel (Abstand Gebäude—Straßenrand 6,0 m) durch Anfahr- bzw. Einordnungsvorgänge entstanden. Diese Vorgänge verdeutlichen bei einigen Bürgern vorhandene Widersprüche zwischen dem Bewußtsein im Falle einer Beschwerdeführung und einem richtigen Verkehrsverhalten. Wie erläutert, stellte sich eine Lärmsituation ein, mit der es sich im Sinne der Vorbemerkungen auseinanderzusetzen galt.

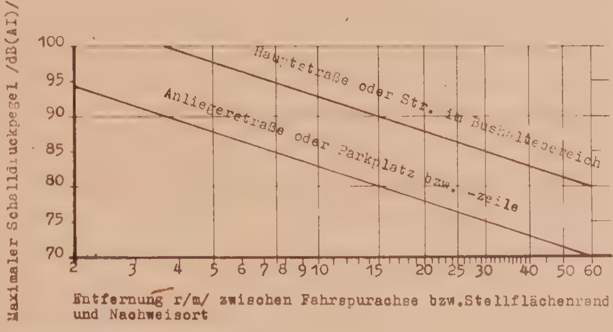
Tabelle 1: Zulässige Schallpegel — Nachbarschaftslärm (7)

Gebiet	L_{max} 6...22^00	L_{max} 22...6^00	L_{eq} 6...22^00	L_{eq} 22...6^00
Lärmschutzgebiet	85		45	35
Wohngebiet	85 (90)+		50	40

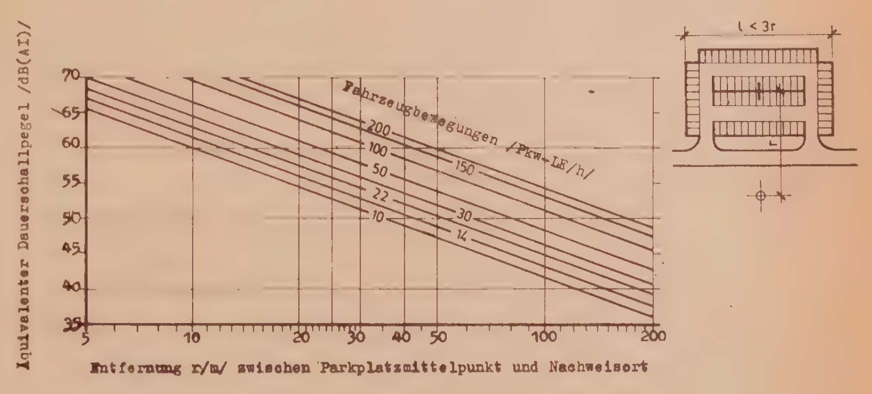
Tabelle 2:
Zulässige Schallpegel — Innenlärm (7)

Raumfunktion	L_{eq} 6...22^00	L_{eq} 22...6^00
Wohnräume Kinderschlafzimmer (Kikri, Kiga, Schulhorte)	40 (45)+	30 (35)+

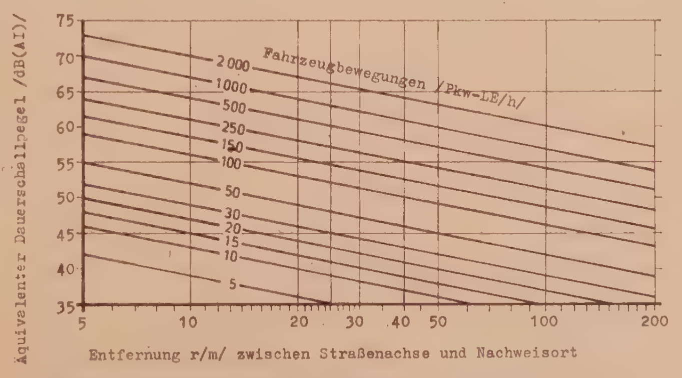
Anmerkung zu Tab. 1 und 2:
* Bei Lage an Hauptverkehrsstraße (nach TGL 21 593) und an Stadtschnellbahnen. Lage an Hauptstraßen und Stadtschnellbahnen liegt vor, wenn der größte Einzelpegel $L_{eq\,(außen)}$ oder L_{max} durch den fließenden Verkehr der Hauptverkehrsstraße oder Stadtschnellbahn hervorgerufen wird.



2 Maximaler Schalldruckpegel L_{max}



3 Äquivalenter Dauerschallpegel L_{eq} für Parkplätze



4 Äquivalenter Dauerschallpegel L_{eq} für fließenden Kfz-Verkehr

Lärmsituation

Zur Beurteilung der Beeinflussung durch Nachbarschaftslärm auf die Gebäude des Untersuchungsgebietes wird davon ausgegangen, daß die Lärmbelastung gegenüber der Wohnzimmerseite als relativ unkritisch angesehen wird, demgegenüber der Lärmschutz der Schlaf- und Kinderzimmerseite (auch Schlafzimmer der Kinder) im Vordergrund steht. In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß der Gesetzgeber bezüglich der Einhaltung von Grenzwerten keine Unterscheidung zwischen Wohn-, Schlaf- bzw. Kinderzimmerseiten getroffen hat (Tab. 2).
Der Verfasser ist jedoch der Meinung, daß die Sicherung der Schlafzeiten im Vordergrund einer lärmschutzgerechten Planung stehen muß. Er ist nicht der Meinung, daß die Schaffung mindestens einer (irgendeiner) ruhigen Gebäudefront — was von einigen Städteplanern bereits als günstig angesehen wird — einer lärmschutzgerechten Planung entspricht, wenn es sich, wie im vorliegenden Fall, um den Wohnungstyp P_2 Ratio handelt, bei dem eine Nutzung des projektierten Wohnzimmers zu Schlafzwecken für Eltern und Kinder kaum möglich ist; bei diesem Typ sollte die dem Lärm zuzuwendende Gebäudefront nur die Wohnzimmerseite sein.

Demgemäß gilt es, zu untersuchen, wie die Lärmsituation der Blocks 4, 5, 3 und 2 zu verbessern ist, deren Schlaf- und Kinderzimmerseiten hauptsäch-

lich durch die Lärmquellen P_4 und die Nordstraße mit Bushaltestellenbereich beeinflußt werden. Dabei werden der Ist- und der Prognosezustand betrachtet und der Nachbarschaftslärm (maximaler Schalldruckpegel = L_{max} und der äquivalente Dauerschallpegel = $L_{eq\ außen}$) sowie der Innenlärm (äquivalenter Dauerschallpegel = $L_{eq\ innen}$) für die Nachtzeit (22.00 bis 6.00 h) als höchste gesetzliche Forderung beurteilt.

Schallpegelermittlung

Zur Berechnung werden 4 repräsentative Nachweisorte festgelegt, an denen der L_{max} sowie der L_{eq} für außen gemäß ⟨3, 10, 11⟩ ermittelt werden. Während für den L_{max} nur eine Lärmquelle herangezogen wird (die am Nachweisort das größte einmalige Schallereignis hervorruft), sind zur Bestimmung des L_{eq} die Emissionen verschiedener Lärmquellen durch Pegeladdition zusammenzufassen. Bei dieser Betrachtungsweise kann der Planer sehr schnell erkennen, welche Lärmquellen den L_{eq} wesentlich beeinflussen, woraus er durchzuführende Veränderungen am Planungsobjekt unmittelbar ableiten kann. Im vorliegenden Fall soll es dazu dienen, die Wirksamkeit verkehrsorganisatorischer Maßnahmen am realisierten Objekt zu überprüfen.

Die spezielle Berechnung der Schallpegel erfolgt auf Grundlage der in den Abbildungen 2, 3 und 4 dargestellten Diagramme ⟨3⟩. Der Berechnungsvorgang sowie die Ergebnisse werden an Hand der Tabelle 3 im einzelnen aufgezeigt. Bei der Ermittlung des äquivalenten Dauerschallpegels wird beim Ist-Zustand von dem derzeit für Halle-Neustadt repräsentativen c-Faktor = 0,25 und für die Prognose von dem in TGL 10 687, Bl. 6 (Entwurf Stand 1976), übernommenen c-Faktor = 0,4 ausgegangen ⟨2⟩.

Diskussion der Berechnungsergebnisse

Bei der Betrachtung der berechneten Schallpegel werden die Überschreitungen der zulässigen Werte des L_{max} sowie des L_{eq} deutlich, insbesondere für den Block 4/5. Da eine Veränderung des L_{max} nicht möglich ist, wird im weiteren nur der L_{eq} diskutiert.

Die berechneten Einzelpegel des L_{eq} zeigen eindeutig die entscheidende Beeinflussung der Gesamtpegel durch den Parkplatz P_4. Obwohl in der Zukunft der Einfluß der Nordstraße wesentlich stärker zunimmt (65% gegenüber 15% bei P_4), bleibt der ruhende Verkehr die bestimmende Lärmquelle bezüglich der Höhe der Gesamtpegel des L_{eq}. Geht man allein vom Lärmpegel des Parkplatzes P_4 aus, müßten für Block 4/5 zur Einhaltung des L_{eq} von 30 dB (AI) für innen bei geschlossenen Fenstern, gemäß Abschnitt 2.4.1. der 1. DB zur 4. DVO zum Landeskulturgesetz ⟨4⟩, bereits verbesserte Fenster mit Schalldämm-Maßen zwischen 22 und 29 dB (AI) vorhanden sein. Für Block 2 und einen Teil des Blockes 3 gelten die zulässigen Grenzwerte entsprechend ⟨4⟩ als eingehalten. Es sei jedoch in diesem Zusammenhang auf die Veröffentlichung von Kress ⟨9⟩ hingewiesen, wonach bei Hofbebauungen, wie im vorliegenden Fall, umfangreiche Reflexionen durch die schallharten Fassaden auftreten, besonders stark in Ecken und oberen Geschossen. Demnach ist anzunehmen, daß die berechneten Werte zum Teil unter den tatsächlichen des L_{eq} liegen können, was allerdings in keiner Weise die Anwendung der vorliegenden Berechnungsmethoden in Frage stellen kann.

Die vom Gesetzgeber lt. 1. DB zur 4. DVO zum Landeskulturgesetz, Anlage, Abs. 4.1. ⟨4⟩ ohnehin vorgeschriebenen Lärmmessungen, die im Zusammenhang mit der Durchführung anderer Lärmschutzmaßnahmen für Halle-Neustadt im Untersuchungsgebiet geplant sind, werden darüber Aufschluß geben.

Die Berechnungsergebnisse machen die möglichen Verbesserungen der Lärmsituation durch die Ausschaltung der Einflüsse des Parkplatzes P_4, was durch die Einführung des Nachtfahrverbotes erreicht wird, deutlich sichtbar.

Damit reduzieren sich die Außenwerte des L_{eq} für den Ist-Zustand auf die gesetzlich festgelegte Höhe und steigen unkritisch in der Prognose um maximal 6 dB (AI) an. Selbst dabei ist eine Dauerlüftung durch geöffnete Fenster bei 3% Öffnungsanteil an der Außenwand möglich, was einem anzusetzenden Bau-Schalldämmaß von 15 dB (AI) entspricht, während für den Ist-Zustand und auf viele Jahre hinaus sogar mit 10% Öffnungsanteil zum Zwecke der Dauerlüftung gerechnet werden kann, wobei das Bau-Schalldämmaß rund 10 dB (AI) beträgt ⟨12⟩. Dadurch werden die Bedingungen für den Nachtschlaf in den ferngeheizten Schlaf- und Kinderzimmern wesentlich verbessert.

Einführung des Nachtfahrverbotes

Im Ergebnis der angeführten Untersuchungen und einer gründlichen Diskussion mit dem Rat der Stadt sowie der Deutschen Volkspolizei wurde am 4. 12. 76 das erste Nachtfahrverbot für Kraftfahrzeuge in Halle-Neustadt im Untersuchungsgebiet eingeführt. Gegenüber der Bevölkerung wurde die Maßnahme in Form eines Interviews in der Lokalpresse erläutert und begründet.

Unter anderem wurde dabei auf die jetzigen Richtlinien für die städtebauliche Planung hingewiesen, in denen auf die Schaffung besserer Wohnbedingungen durch stärkere Beachtung landeskultureller und hygienischer Faktoren orientiert wird, in dem Flächen des ruhenden Verkehrs in Randlage der Wohngebiete ausgewiesen werden, demzufolge Wegeentfernungen bis zu 200 m als zumutbar gelten. Ebenso wurde der Gedanke geäußert, daß die geringe Zahl derer, die durch Lärm die Masse der Bewohner belästigt, ihren Beitrag zur Verbesserung der Wohnbedingungen liefert, indem gewisse Nachteile in Kauf genommen werden müssen.

Bei der Beschilderung war zunächst vorgeschlagen worden, nur das Zusatzschild LÄRMSCHUTZ zur Verständlichmachung des Verkehrsverbotes in der Bevölkerung und als Denkanstoß zum lärmschutzgerechten Verhalten anzubringen. Auf Vorschlag der Verkehrspolizei wurde im Interesse der besseren Popularisierung unter den Bürgern der Begriff „LÄRMSCHUTZZONE" verwendet. Es ist dem Verfasser bekannt, daß damit keine Lärmschutzzone im Sinne der Dresdner Planungen geschaffen worden ist ⟨8⟩.

Was die Lösung der bereits angeführten Probleme des direkten Parkens am Block 4/5 betrifft, wurde schon während der Verkehrsbeobachtungen ein Parkverbot erlassen, wodurch einerseits die Behinderung für den Versorgungs- und Anlieferverkehr ausgeschaltet, andererseits vor allem die hohen Pegelspitzen durch die Parkvorgänge abgebaut werden konnten.

Gesetzliche Grundlagen

Im Landeskulturgesetz vom 14. Mai 1970 ⟨5⟩ wird in § 36 — Lärmschutzgebiete — angeführt: „Die Volksvertretungen der Städte und Gemeinden können Teilgebiete ihres Territoriums, auf denen sich Objekte und Einrichtungen mit erhöhtem Ruheanspruch befinden und die deshalb eines besonderen Schutzes vor Lärm bedürfen, zu Lärmschutzgebieten erklären."

In der 4. Durchführungsverordnung zum Landeskulturgesetz — Schutz vor Lärm — vom 14. Mai 1970 ⟨6⟩ wird dazu in § 10 näher definiert: „1. Zu Lärmschutzgebieten können solche Teilgebiete der Städte und Gemeinden erklärt werden, in denen sich insbesondere Krankenhäuser, Pflegeheime, Kindereinrichtungen, Schulen sowie Kur- und Erholungseinrichtungen befinden. 2. In Lärmschutzgebieten kann insbesondere untersagt werden: ... das Ein- und Durchfahren von lärmverursachenden Fahrzeugen zu bestimmten Tages- oder Nachtzeiten ..."

Daraus läßt sich ableiten, daß ein Wohnbereich mit Nachtfahrverbot nicht als Lärmschutzgebiet bezeichnet werden kann, wenngleich einige Merkmale diesem entsprechen, abgesehen davon, daß damit die Werte des zulässigen Nachbarschaftslärms für Wohngebiete bezüglich des L_{eq} um jeweils 5 dB (AI) unterschritten werden müßten (Tab. 1).

Vielmehr geht es darum, zu versuchen, erst einmal die Grenzwerte für Wohngebiete (Tab. 1) einzuhalten. In diesem Sinne ist der § 7 der 4. DVO zum Landeskulturgesetz ⟨6⟩ zugrunde zu legen, in dem es in Absatz 1 heißt: „Lärmerzeugung ist insbesondere in der Zeit von 2.00 bis 6.00 Uhr zu vermeiden ..." Interessant erscheint in diesem Zusammenhang der § 8, in dem angeführt wird: „1. Bei der Benutzung und dem Betrieb von Fahrzeugen innerhalb geschlossener Ortschaften sowie in Erholungsgebieten und der Umgebung von Kurorten hat

Tabelle 3: Schallpegelermittlung des L_{max} und des L_{eq}

Maximaler Schalldruckpegel L_{max}	Ist-Zustand=Prognose			
Nachweisort	Entfernung r/m/ zwischen Nachweisort und ungünstigster Lärmquelle (Stellflächenrand bzw. Fahrspurachse	L_{max} /dB(AI)/	ΔL_x + /dB(AI)/	L_{max} gesamt /dB(AI)/
4	8,5 (Anliegerstraße)	84,0	+3,5	88
2	85,0 (Parkplatz)	Nachweis nicht erforderlich		
3	41,0 (Parkplatz)	75,5	–	76
5	7,0 (Anliegerstraße)	85,5	+3,0	89

Äquivalenter Dauerschallpegel L_{eq}	Ist-Zustand (c-Faktor=0,25)								
Nachweisort	Lärmquelle	Entfernung r/m/ zw. Nachweisort u. Parkplatzmittelpunkt bzw. Straßenachse	Fahrzeugbewegungen ++ /Pkw-LE/h/	Einzelpegel /dB(AI)/	ΔL_x /dB(AI)/	ΔL_H +++ /dB(AI)/	Einzelpegel n. Korrektur /dB(AI)/	L_{eq}-Gesamtpegel /dB(AI)/ ohne Nachtfahrverbot	L_{eq}-Gesamtpegel /dB(AI)/ mit Nachtfahrverbot
4	P_4 S_1	25,0 84,0	14 100	53,5 46,5	+3,5 –	– -7,5	57,0 39,0	57	39
3	P_4 S_2	60,0 103,0	14 100	46,0 46,0	– +3,0	– -9,5	46,0 39,5	47	40
2	P_4	98,0	14	41,5	+3,5	–	45,0	45	L_0 ++++
5	P_4 S_1 S_2	43,0 126,0 33,0	14 100 25	48,5 45,0 43,0	+3,0 +3,0 –	– -9,5 -6,5	51,5 38,5 36,5	52	41
Äquivalenter Dauerschallpegel L_{eq}	**Prognose-Zustand (c-Faktor=0,4)**								
4	P_4 S_1	25,0 84,0	22 350	55,0 53,0	+3,5 –	– -7,5	58,5 45,5	59	46
3	P_4 S_1	60,0 103,0	22 350	47,5 52,0	– +3,0	– -9,5	47,5 45,5	50	46
2	P_4	98,0	22	43,0	+3,5	–	46,5	47	L_0
5	P_4 S_1 S_2	43,0 126,0 33,0	22 350 40	50,0 51,5 45,5	+3,0 +3,0 –	– -9,5 -6,5	53,0 45,0 39,0	54	46

* ΔL_x = Korrekturwert infolge Reflexion;
(beträgt in der Regel 3 dB(AI); im Falle der Lage einer Lärmquelle zwischen zwei parallel bzw. annähernd parallel zueinander stehenden Gebäuden gemäß ⟨10⟩ zu berechnen nach: $\Delta L_x = 10 \lg \left(1 + \frac{h}{b}\right) + 3$, wobei h die Höhe des kleineren Gebäudes und b der Hausfluchtenabstand ist.

** Fahrzeugbewegungen ergeben sich bei Parkplätzen aus dem Produkt von c-Faktor und Stellplatzkapazität.

*** ΔL_H = Korrekturwert infolge Abschattung;
(im vorliegenden Fall wird damit der Lärmpegel des kurzen Straßenabschnittes der Nordstraße (S_1) entsprechend ⟨11⟩ ermittelt.)

**** L_0 = Grundgeräuschpegel

jeder vermeidbare Lärm, insbesondere die nicht erforderliche Angabe von akustischen Signalen und das unnötige Laufenlassen von Motoren zu unterbleiben. 2. Die Räte der Städte und Gemeinden können in Abstimmung mit den gesellschaftlichen Organisationen durch Beschluß den Betrieb von Wasserfahrzeugen, die durch Verbrennungsmotoren angetrieben werden, im Bereich von Binnengewässern auf bestimmte Gebiete, Tageszeiten und Fahrzeugarten beschränken. ... Die Berufsschifffahrt wird hiervon nicht berührt."

Aus Abs. 1 ist nicht zu entnehmen, inwieweit die stark belästigenden Startvorgänge, das „Warm-Laufen-Lassen" der Motoren und die Anfahrgeräusche auf Parkplätzen als vermeidbar anzusehen sind und deshalb reglementiert werden könnten.

In Abs. 2 wird die Möglichkeit zur Beschränkung des Betriebes von Wasserfahrzeugen, die durch Verbrennungsmotoren angetrieben werden, angeführt. Eine Aussage zur möglichen Beschränkung des Betriebs von Straßenfahrzeugen, die durch Verbrennungsmotoren angetrieben werden und gerade in dichtbesiedelten Wohngebieten belästigender als beispielsweise Wasserfahrzeuge wirken, wird nicht direkt getroffen.

Zusammenfassend läßt sich das Nachtfahrverbot beim jetzigen Stand der gesetzlichen Bestimmungen wie folgt begründen:

Das zuständige staatliche Organ hat gemäß § 2 der 1. Durchführungsbestimmung zur 4. DVO zum Landeskulturgesetz — Schutz vor Lärm — Begrenzung der Lärmemission — vom 26. Oktober 1970 Abs. 1 „... Maßnahmen einzuleiten, die die stufenweise Minderung des Lärms mit dem Ziel der Einhaltung der Grenzwerte gewährleisten ..." ⟨7⟩. Dies bedeutet, zu versuchen, die Werte für Wohngebiete (Tab. 1) anzustreben.

Im Absatz 2 wird ausgeführt: „Bei der Erarbeitung von Maßnahmeplänen ist grundsätzlich technischen Maßnahmen (wie Minderung oder Beseitigung von Lärmursachen, Abschirmung oder räumliche Trennung des Menschen von den Lärmquellen) der Vorrang zu geben." Daraus ergibt sich abgewandelt für die vorliegende Lärmschutzmaßnahme: die räumliche Trennung der Lärmquelle vom Menschen und beziehend auf § 7 der 4. DVO, Abs. 1, insbesondere für die Nachtzeit von 22.00 bis 6.00 Uhr.

Planerische Voraussetzungen

Ausgehend von den 1975 durchgeführten Verkehrsbeobachtungen und neueren Stichprobenzählungen konnte ermittelt werden, daß etwa 12% der im Wohngebiet abgestellten Kraftfahrzeuge aller Arten dieses in der Zeit vor 6.00 Uhr verlassen. Dieser geringe Prozentsatz ergibt sich aus relativ kurzen Fahrtzeiten zwischen Wohnungen in Halle-Neustadt und den Arbeitsstätten, die überwiegend in Halle liegen, bedingt durch die großzügig ausgebaute Haupttrasse Magistrale/Hochstraße, während die Relation zu den Chemiekombinaten, als ebenso bedeutendes Arbeitsstättengebiet, fast vollständig über den Berufsschnellverkehr der Deutschen Reichsbahn abgewickelt wird.

Durch den derzeitig hohen Krad- bzw. Mopedanteil an den benutzten Kfz, für die außerhalb des Nachtfahrverbotbereiches keine zusätzlichen Stellplätze ausgewiesen werden müssen, da sie herausgeschoben werden können, tritt nur ein geringer zusätzlicher Stellplatzbedarf für Pkw auf. Das offene Flächenangebot zum Beispiel vor Block 1 geht jedoch weit über diesen Bedarf hinaus.

Betrachtet man die Motorisierungsentwicklung, so ist außerdem zu erwarten, daß ca. 1980 das Stellplatzangebot von P_4 gerade noch ausreicht, um die Kfz unterzubringen, die ohnehin in der Nachtzeit nicht genutzt werden. Dann müssen größere Wegeentfernungen sowieso für einen Teil der Kfz-Besitzer zu Flächen außerhalb des Wohngebietes in Kauf genommen werden.

An dieser Stelle sei bemerkt, daß eine generelle Vorverlegung der Nachtzeit auf den Zeitraum zwischen 21.30 Uhr und 5.30 Uhr, wie in Dresden zum Teil angewendet ⟨8⟩ und in ⟨9⟩ diskutiert, vom Verfasser nicht befürwortet wird. Schließlich gibt es viele Menschen, die länger schlafen, wie Schichtarbeiter, Bürger im Rentenalter, Kinder, Schüler, Studenten und auch Berufstätige, besonders aus nichtmateriellen Bereichen. In diesem Zusammenhang ist auch der Beschluß über die Veränderung der Öffnungszeiten von Kindereinrichtungen auf frühestens 6.00 Uhr zu sehen ⟨14⟩.

Außerdem entspricht eine Vorverlegung der Nachtzeit auf 21.30 Uhr nicht der Entwicklung der Lebensgewohnheiten. Eher könnte in kleineren Städten und Erholungsgebieten die Nachtzeit auf 6.30 Uhr verlängert werden.

Die Beibehaltung der 6.00-Uhr-Grenze müßte auch für größere Städte ein Planungsziel im Sinne einer Lärmschutzmaßnahme sein, indem zum Beispiel entsprechende Konzeptionen für den ruhenden Verkehr von Wohngebieten verwirklicht, aber vor allem die Reisezeiten im öffentlichen Personennahverkehr verringert und das Platzangebot verbessert und indem auch für den Individualverkehr Maßnahmen realisiert werden, die eine Reduzierung der Fahrtzeiten ermöglichen.

Verwendung von Verkehrszeichen

Als Problem stellte sich bei der Einführung des Nachtfahrverbots die richtige Auswahl der erforderlichen Verkehrszeichen. Es bestand zunächst die Absicht, das Bild „Verkehrsverbot für Kraftfahrzeuge aller Art" mit den Zusatzschildern zur Zeitangabe und dem Sonderschild Lärmschutzzone an der Einfahrt zum Verbotsbereich aufzustellen. Damit wird jedoch auch das Parken von Kfz innerhalb dieser Zeit verboten, was aber nicht erreicht werden soll. Demzufolge war die Anbringung des Bildes „Verbot einer Fahrtrichtung oder Einfahrt" erforderlich. Auf ein Zusatzschild „außer Radfahrer" wurde im Interesse der Übersichtlichkeit verzichtet. Da mit dem zweiten Bild nicht das Ausfahren verboten ist, mußte zusätzlich an der Ausfahrt das erste Bild angebracht werden. Mit dieser, gemäß der gültigen Straßenverkehrsordnung ⟨13⟩ erforderlichen Beschilderung könnte das böswillige Betreiben der Kfz innerhalb des Nachtfahrverbotsbereiches jedoch nicht verhindert werden, abgesehen davon, daß das erste Bild zu dem Widerspruch führt, daß ein Verbot für eine Verkehrsfläche besteht, die von „außen" befahren werden kann.

Aus dieser Problematik läßt sich ableiten, daß im Interesse einer eindeutigen, übersichtlichen und ökonomischen Verkehrszeichen-Beschilderung in die StVO zusätzliche Verkehrszeichen aufgenommen werden müßten, um verkehrsorganisatorische Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltbedingungen durchsetzen zu können.

Die ab 1. Januar 1978 gültige neue StVO ⟨15⟩ ermöglicht den Verzicht auf Bild 23 der alten StVO ⟨13⟩ an der Ausfahrt und einen Austausch des alten Bildes 20 mit dem Bild 205 — Fahrverbot für alle Kraftfahrzeuge — der neuen StVO. Das ist eine wesentliche Vereinfachung. Dennoch müßten künftig zusätzliche Verkehrszeichen vorgesehen werden, um verkehrsorganisatorische Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltbedingungen durchsetzen zu können.

In diesem Zusammenhang wird die Entwicklung eines Verkehrszeichens „Betreibungsverbot für Verbrennungsmotoren" vorgeschlagen. Damit könnte auch das Zusatzschild Lärmschutzzone entfallen, abgesehen davon, daß dieses Verkehrszeichen auch auf die Problematik der Luftverunreinigung durch Abgase hinweisen würde.

Praktische Erfahrungen

Die Einführung des Nachtfahrverbotes rief in der Bevölkerung und bei staatlichen Organen rege Diskussionen hervor. Während es keine offiziellen Beschwerden, außer einer Aussprache mit einem Vertreter eines Verkehrssicherheitsaktivs eines Chemiewerkes, gab, setzte eine rege Eingabetätigkeit von Bürgern anderer Stadtgebiete ein, die ähnliche Festlegungen für ihre Wohnbereich forderten. Interessanterweise war dabei festzustellen, daß keine unrealistischen Vorschläge unterbreitet (wie die Sperrung einer Sammelstraße), sondern vielmehr funktionell mögliche und lärmtechnisch sinnvolle Bereiche für Lärmschutzzonen aufgezeigt wurden.

Erfahrungsgemäß kamen keine zustimmenden Äußerungen von den unmittelbar betroffenen Bürgern.

Unmittelbar nach der Einführung des Fahrverbotes zeigte sich, daß nur sehr wenige Kraftfahrzeugführer die Beschilderung mißachteten. Da rund 6 Wochen lang keine Kontrollmaßnahmen durchgeführt wurden, nahm die Zahl der Verkehrssünder zu. Erst im Ergebnis entsprechender Maßnahmen konnte diese Tendenz wieder rückgängig gemacht werden.

Eine 6 Monate später durchgeführte Einwohnerversammlung zum Thema „Erfahrungen mit dem Nachtfahrverbot" zeigte, daß unter den Bewohnern breite Zustimmung zur eingeleiteten Regelung vorliegt.

Anwendungsempfehlung

- Mit der Einführung des Nachtfahrverbotes in Wohnbereichen zur Ausschaltung negativer Einflüsse infolge ruhenden Verkehrs können wesentliche Verbesserungen der Lärmsituation und die Einhaltung der gesetzlichen Forderungen erreicht werden. Man kann davon ausgehen, daß mit diesen und ähnlichen verkehrsorganisatorischen Maßnahmen viele in den vergangenen Jahren geplante und realisierte Wohnungsbauvorhaben wesentlich lärmhygienisch verbessert werden können.
- Entsprechende Maßnahmen sind abhängig vom Angebot zusätzlichen Parkraumes außerhalb der Schutzzonen bei vertretbarer Wegeentfernung.
- Die Beschilderung mit Verkehrszeichen ist gemäß der geltenden StVO aufwendig. Sie wird sich mit der neuen StVO weseetlich vereinfachen. Dennoch wird die Schaffung eines zusätzlichen Verkehrszeichens vorgeschlagen.
- Die Durchsetzung gegenüber der Bevölkerung setzt eine intensive Öffentlichkeitsarbeit zur Beeinflussung des Lärmbewußtseins voraus und bedingt die Mitarbeit von Ordnungskräften von Anfang an.
- Eine Berücksichtigung entsprechender Maßnahmen für Neubauwohngebiete bereits in der Planungsphase, könnte das Mischungsverhältnis des ruhenden Verkehrs zugunsten der inneren gegenüber der Randausweisung zum Vorteil für eine günstige Flächenbilanz beeinflussen.
- Da bei der Sanierung von Altbauwohngebieten (Modernisierung, Um- und Ausbau) meist keine zusätzlichen Flächen für den ruhenden Verkehr gewonnen werden können, bleibt das Parken in Straßenräumen und zum Teil in Höfen, meist in minimalen Abständen zu den Fassaden, von großer Bedeutung. Hierbei kann durch die Anwendung entsprechender verkehrsorganisatorischer Maßnahmen für einen großen Teil der Wohnungen die Einhaltung der gesetzlichen Forderungen zumindest für die Nachtzeit erreicht werden.

Literarur

⟨1⟩ Standard TGL 10 697/06, Schallschutz, Nachweis der Lärmimmission für Außenlärm
⟨2⟩ Arlt, G.; Hunger, D.; Neuhofer, R.: Lärmschutzgerechte Planung der Anlagen des ruhenden Verkehrs in Wohngebieten. Die Straße 1976/12, 2. 492—496
⟨3⟩ Arlt, G.; Petzold, H.: Berechnungsgrundlagen — Lärmschutz städtebauliche Planung. Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur, Abt. Wohngebiete, Manuskript, Dresden Juni 1976
⟨4⟩ 1. Durchführungsbestimmung zur 4. Durchführungsverordnung zum Landeskulturgesetz — Schutz vor Lärm — Begrenzung der Lärmimmission — vom 20. 11. 1970, GBl. der DDR, Teil II, Nr. 87
⟨5⟩ Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 12 vom 28. 5. 1970
⟨6⟩ Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 46 vom 29. 5. 1970
⟨7⟩ Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 87 vom 20. 11. 1970
⟨8⟩ Götze, P.: Probleme des Lärmschutzes aus der Sicht eines örtlichen Staatsorgans Vortrag, Wissenschaftliche Konferenz Lärmbekämpfung, Cottbus 1975
⟨9⟩ Kress, S.: Die Entwicklung des Lärms in Wohngebieten und Möglichkeiten zu seiner Eliminierung Schriftenreihe der Bauforschung, Reihe Städtebau und Architektur, Planung von Wohngebieten, Heft 38, August 1971
⟨10⟩ Wende, K.: Vortrag Lärmschutz im Städtebau, Januar 1976, unveröffentlicht
⟨11⟩ Ullrich, S.: Methoden zur Berechnung des energieäquivalenten Dauerschallpegels des Lärms von kurzen Straßenstücken, Kampf dem Lärm, Heft 2, 1975
⟨12⟩ Wohnungsbaukombinat Dresden: Werkstandard Wohngebäude, Zulässiger Straßenverkehrslärm, April 1974
⟨13⟩ Straßenverkehrszulassungsordnung (StVO), Ausgabe 1971
⟨14⟩ Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 14 vom 22. 4. 1976
⟨15⟩ Verordnung über des Verhalten im Straßenverkehr (Straßenverkehrs-Ordnung StVO) GBL der DDR, Teil I, Nr. 20 vom 26. 5. 1977

Die Entwicklung der sozialistischen Landeskultur im Bezirk Leipzig

Othmar Fey
Büro für Territorialplanung Leipzig

Dr. Werner-Heinz Petzke
Rat des Bezirkes Leipzig

Die sozialistische Landeskultur wird in der DDR mit der Zielstellung durchgesetzt, die Natur mit allen ihren Reichtümern im Interesse der werktätigen Menschen zur ständigen Verbesserung ihrer materiellen und kulturellen Lebensbedingungen zu nutzen. In den kommenden Jahren wird die Bedeutung einer planmäßigen Gestaltung der sozialistischen Landeskultur immer mehr zunehmen. Dazu ist es erforderlich, vorerst alle Anstrengungen speziell auf

- den Kampf gegen Verschmutzung von Wasser und Luft
- die Verminderung des Industrie- und Verkehrslärms
- die immer bessere Nutzung aller Sekundärrohstoffe
- die schadlose Beseitigung aller Abprodukte
- den Schutz und die Pflege der Wälder und des Grundwassers sowie
- den Schutz des landwirtschaftlichen Bodenfonds vor ungerechtfertigter Inanspruchnahme

zu konzentrieren.

Die ständig steigende Produktion, die sich im Bezirk Leipzig besonders durch die Entwicklung der Kohle- und Energiewirtschaft ausdrückt, stellt uns gleichzeitig immer wieder vor neue Probleme.
Es ist ein gesellschaftliches Erfordernis, eine ständige Übereinstimmung zwischen den Anforderungen an die natürlichen Faktoren wie Wasser, Luft und Boden sowie deren Nutzungsmöglichkeiten unter Beachtung einer umfassenden Mehrfachnutzung schrittweise herzustellen und zu sichern.
Auf diesen Gebieten sind zunächst Versäumnisse der Vergangenheit aufzuholen, und ein Nachholebedarf ist zu decken. In immer stärkerem Maße treten jedoch die produktiven Funktionen der Umweltschutzmaßnahmen in den Vordergrund. Unter diesen Aspekten ist unsere langfristige Planung angelegt; sie berücksichtigt die Erfordernisse der Wirtschaftszweige in Übereinstimmung mit den territorialen Interessen auf effektivste Weise.
Die Lösung dieser Probleme setzt die Bereitstellung finanzieller und materieller Fonds und die Schaffung eines wissenschaftlich-technischen Vorlaufs voraus.
Entsprechend den Erfordernissen der Intensivierung sind jedoch weitere Möglichkeiten zu erschließen durch

- die Nutzung und den effektiven Einsatz aller vorhandenen Grundfonds
- eine breite Aufklärung weiter Bevölkerungskreise
- den persönlichen Einsatz und die Mithilfe aller im gesellschaftlichen und privaten Bereich.

Zur landeskulturellen Situation unseres Bezirkes

Der Bezirk Leipzig ist mit einer Fläche von 4966 km², das sind 4,6 Prozent der Katasterfläche der DDR, einer der kleinsten Bezirke der Republik. Mit 299 Einwohner/km² und rund 1,5 Millionen Einwohnern insgesamt (rd. 9 Prozent DDR-Anteil) ist unser Bezirk nach dem Bezirk Karl-Marx-Stadt am dichtesten besiedelt; dabei ist die Stadt Leipzig mit rund 4120 EW/km² die am dichtesten besiedelte Großstadt der DDR.

Starke räumliche Differenzierungen in den Kreisen, die von 94 EW/km² im Kreis Torgau bis zu 381 EW/km² im Kreis Leipzig reichen, sind dabei beachtenswert. Betrachtet man die Katasterfläche des Bezirkes, so stellt man fest, daß 70,4 Prozent von der Landwirtschaft bewirtschaftet werden (DDR-Durchschnitt 58,1 Prozent) und nur 13,5 Prozent einer forstwirtschaftlichen Nutzung unterliegen (DDR-Durchschnitt 27 Prozent).

Mit nur einem Prozent der Bezirksfläche an stehenden oder fließenden offenen Gewässern ist Leipzig einer der gewässerärmsten Bezirke der Republik. Die Abbauflächen der Kohle und der Steine- und Erdenindustrie sind dagegen viermal größer als die Abbauflächen im DDR-Durchschnitt.

In unserem Bezirk konzentrieren sich auf 35 Prozent der Bezirksfläche mit der Stadt Leipzig, dem Kreis Leipzig sowie den Kreisen Altenburg und Borna 71,5 Prozent der Bevölkerung und 83 Prozent der industriellen Bruttoproduktion. Der Bezirk insgesamt hat einen 9,4prozentigen Anteil an der industriellen Bruttoproduktion der DDR. Durch die Erschließung weiterer Ressourcen im Raum Delitzsch ist in den nächsten Jahren mit einer weiteren Konzentration der Produktion auf den Bezirk Leipzig zu rechnen. Diese bedeutenden volkswirtschaftlichen Schwerpunktaufgaben erfordern auch dort eine konzentrierte, allseitig abgestimmte Arbeit aller Beteiligten an dieser langfristigen territorialen Entwicklungskonzeption.

Erzielte Ergebnisse 1971 bis 1975

Im Fünfjahrplan 1971 bis 1975 wurden erstmals komplexe Aufgaben für die Verbesserung unserer Umwelt gestellt. Auf der Grundlage der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED war daher die Arbeit im Bezirk Leipzig auf die Verbesserung der Luft- und Wasserhygiene, auf wirksame Maßnahmen für den Lärmschutz und auf eine optimale Wiederurbarmachung bergbaulich in Anspruch genommener Flächen zu konzentrieren.

Das 1970 in Kraft getretene und inzwischen durch sechs Durchführungsverordnungen konkretisierte Landeskulturgesetz setzte dabei neue und höhere Maßstäbe für die Arbeit der Wirtschafts- und staatlichen Organe. Diesen Forderungen werden die Betriebe in zunehmendem Maße gerecht. Insbesondere in den Betrieben, in denen auf der Basis langfristiger Konzeptionen Aktivs „Sozialistische Landeskultur" tätig waren, wie z. B. in einigen Braunkohlenkombinaten des Bezirkes, wurde den Anforderungen am ehesten entsprochen. Zusätzlich formulierte das Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen die Verantwortung der örtlichen Staatsorgane für die Gestaltung der Umweltbedingungen im jeweiligen Territorium und stattete diese Organe mit den erforderlichen Befugnissen aus.

Im Bezirk Leipzig konzentrieren sich die Produktivkräfte vor allem auf die Bezirksstadt Leipzig und den Raum zwischen Leipzig und Altenburg mit dem Kern um Borna-Böhlen. Diese Gebiete standen im Mittelpunkt der Anstrengungen zur Verbesserung der Umwelt und nahezu 75 Prozent der Investitionen wurden hier eingesetzt. Das planmäßige, auf Schwerpunkte orientierte Herangehen führte zu ersten Erfolgen und sichtbaren Ergebnissen im Sinne der auf dem VIII. Parteitag der SED beschlossenen Ziele. Auf dem Gebiet der Reinhaltung der Luft verringerte sich die Emission von Stäuben in den Schwerpunktbetrieben um etwa 35 Prozent.

Das führte zu örtlichen Verbesserungen der Umweltsituation. Neben der Stillegung veralteter Anlagen werden diese Ergebnisse dank einer verantwortungsbewußten Arbeit der Werktätigen an den Entstaubungsanlagen erreicht. In den Großkraftwerken stieg der Einsatz der Luftfilter um teilweise mehr als 10 Prozent und bis an die Grenze technisch möglicher Parameter an.

Für die Reinhaltung der Gewässer wurden fast die Hälfte der zur Verfügung gestellten Investitionen verwendet. Neben einer teilweise beträchtlichen Senkung der Abwasserlast konnte damit dem durch Produktionserweiterungen bedingten höheren Abwasseranfall entgegengewirkt werden. Der noch bestehende Mangel und die intensive Mehrfachnutzung einiger Fließgewässer verlangen jedoch noch weitere Maßnahmen, um dem gewachsenen Bedarf, hervorgerufen durch Wohnungsbau, Intensivierung der Landwirtschaft, Industrieentwicklung und Gestaltung der Bergbaufolgelandschaften, gerecht werden zu können.

Die bestehenden Industrielärmquellen, die mehr als 500 Wohnungseinheiten beeinträchtigen, wurden zu 50 Prozent saniert. Für die noch bestehenden Lärmquellen sind Maßnahmepläne erarbeitet worden, die in Übereinstimmung mit den Volkswirtschaftsplänen durchgesetzt werden. Umfangreiche Maßnahmen zur Minderung des Verkehrslärms wurden vor allem in der Stadt Leipzig durchgesetzt. Der Effekt der einzelnen Maßnahmen ist in Anbetracht des steigenden Verkehrsaufkommens insgesamt gesehen noch nicht befriedigend. Daher wurden der Planung und Projektierung von Neubau- und innerstädtischen Rekonstruktionsgebieten sowie der Verkehrsführung ein zunehmendes Augenmerk geschenkt, und in den Neubaugebieten wurden unter Zugrundelegung der gesetzlichen Grenzwerte günstige Bedingungen geschaffen.

Der Abbau von Kohle und Kies prägt wesentlich das Antlitz des Bezirkes. Die Gestaltung der Bergbaufolgelandschaft stellt daher ein Kernstück der Arbeit auf dem Gebiet der sozialistischen Landeskultur dar. Für die drei Braunkohlenkombinate wurde in der Direktive des VIII. Parteitages der SED eine Wiederurbarmachungsleistung von 2350 ha festgelegt. Die tatsächliche Rückgabe lag noch um 60 ha höher. Darin sind über 1000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche und zu etwa gleichen Teilen forstwirtschaftliche und sonstige Nutzflächen enthalten, die vorwiegend der Erholung zugute kommen. Zu den für die Erholung erschlossenen Gebieten gehören solche Objekte wie Kulkwitz, Pahna, Hemmendorf und Einzelobjekte in der Stadt Leipzig (Naturbäder, Erlebnisbereiche in Parkanlagen und im Auewald). Die territorialen Erfordernisse zur Sicherung der Entwicklung der Nutzflächen und Naherholungsgebiete werden mit der Konzeption zur Gestaltung der Bergbaufolgelandschaft im Raum Leipzig—Altenburg durch den Rat des Bezirkes beschlossen werden. Auf dieser Grundlage werden Auslaufprogramme für die Tagebauräume Haselbach und Borna-Ost beschlossen oder vorbereitet. Wirkungsvoll werden die Maßnahmen durch eine aktive Landschaftsgestaltung über den zunehmenden Flurholzanbau, das Anlegen von Waldschutzstreifen und die Ödlandkultivierung ergänzt.

Hauptaufgaben für die weitere Entwicklung

Das Grundprinzip unserer gesellschaftlichen Entwicklung, wie es auf dem IX. Parteitag der SED erneut bekräftigt wurde, liegt in der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die Maßnahmen des Umweltschutzes ordnen sich in diesen Zusammenhang ein und sie werden ihm um so eher gerecht, je mehr sie auf die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den Ballungsgebieten, auf die Erhöhung der Nutzbarkeit der Ressourcen, auf die Vermeidung volkswirtschaftlicher Verluste und die Erhöhung der Effektivität unserer Wirtschaft ausgerichtet werden. Das stellt qualitativ neue Anforderungen an die Planung und Leitung der Wirtschaft und an das Verantwortungsbewußtsein der Werktätigen, sei es in der Sphäre der materiellen Produktion, der Forschung und Entwicklung, der Landwirtschaft oder im konsumtiven oder privaten Bereich.

Zum Zweck der rationellen Nutzung der Naturressourcen, der Sicherung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses und der Gesunderhaltung der Bevölkerung ist eine Zunahme der Umweltbelastung zu unterbinden und die Landschaft ist aktiv — den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechend — zu gestalten und zu pflegen. In diesem Sinne wird der Umweltschutz nicht Angelegenheit einzelner Fachleute, sondern Bedürfnis der gesamten Gesellschaft. Zunehmende Bedeutung kommt einer verbesserten konzeptionellen Arbeit in umfassenden Sinne zu.

Langfristig und vorausschauend wird so die harmonische Entwicklung der Territorien in Übereinstimmung mit der Entwicklung der Wirtschaftszweige gewährleistet. Grundlage für den Bezirk Leipzig ist die Konzeption zur Entwicklung der sozialistischen Landeskultur und des Umweltschutzes in den Ballungsgebieten, die auch Arbeitsmaterial für die Ausarbeitung des Fünfjahrplanes 1976 bis 1980 war. In Übereinstimmung damit wurde die Konzeption der Entwicklung des Erholungswesens 1976 beschlossen. Die Konzeption zur Gestaltung der Bergbaufolgelandschaft nördlich von Leipzig und die erste Ergänzung einer entsprechenden Konzeption zur Gestaltung südlich Leipzigs werden vorbereitet oder sind beschlossen. Auf dieser Grundlage entstehen weitere Auslaufprogramme für Kiesgruben und Tagebaue, um langfristig eine Mehrfachnutzung bei Wahrung einer Vorzugsnutzung für die Wasserwirtschaft, Landwirtschaft oder das Erholungswesen zu sichern. Für potentielle Erholungsgebiete wie Dahlener Heide, den Raum Beucha—Brandis—Naunhof oder den Wermsdorfer Forst liegen Entwicklungsplanungen vor oder werden erarbeitet.

In die Erarbeitung derartiger Materialien fließen zunehmend Erkenntnisse aus Wissenschaft und Technik ein. Neue Erkenntnisse werden nicht nur bei der Erarbeitung neuer, umweltfreundlicher Technologien angewendet, sondern dienen auch einer optimalen Standortfindung und -planung. Auf dieser Grundlage wird der Nachweis geführt, daß die Errichtung neuer Produktionsanlagen nicht zwangsläufig zu einer Zunahme der Umweltbelastung führen muß, sondern unter Ausschöpfung aller territorialen Möglichkeiten zu Verbesserungen führt.

Unter besonderer Berücksichtigung des Umweltschutzes werden auch die Generalbebauungspläne für die Bezirksstadt und die Kreisstädte überarbeitet. In Übereinstimmung mit den Generalverkehrsplänen, den langfristigen Konzeptionen der Wärmeversorgung werden bereits in der Planung umweltfreundliche Lösungen für den erhöhten Wärmebedarf, das steigende Verkehrsaufkommen, für die Sicherung des Wohnungsbaus und der Industrieentwicklung ausgewiesen und zusätzliche, nachträgliche Umweltschutzmaßnahmen vermieden. Im Mittelpunkt stehen dabei die durchgängige Fernwärmeversorgung, die Schaffung von Grünflächen und Freiräumen und die Abwehr von Immissionen aus dem Straßenverkehr.

Über die territoriale Rationalisierung werden weitere Möglichkeiten für die Verminderung von Luftschadstoffimmissionen und Lärm erschlossen. Zentrale Heizhäuser für komplexe Industriestandorte werden bis 1980 in Betrieb genommen.

Die weitere Entwicklung der sozialistischen Landeskultur ist im Fünfjahrplan 1976 bis 1980 fixiert und durch den Bezirkstag beschlossen worden. Umfangreiche Investitionen werden dazu realisiert. Im Mittelpunkt stehen dabei Anlagen zur Abwasserbehandlung, so z. B. der Neubau einer biologischen Abwasserbehandlungsanlage im VEB „Otto Grotewohl" Böhlen, Betriebsteil Espenhain, und die Rekonstruktion und Erweiterung der Kläranlage Rosenthal in der Stadt Leipzig. Rekonstruktionen und Filtereinbauten in Kraftwerken der Bezirksstadt werden zu einer spürbaren Verringerung der Staubbelastung führen.

Insbesondere durch die Gründung von Investitionsgemeinschaften wird sich der Verwertungsgrad industrieller, brennbarer Abprodukte wesentlich erhöhen. Damit entfällt die Verkippung oder wilde Verbrennung hochwertiger Energieträger. Das Volumen der geordnet deponierten festen Siedlungsabfälle vergrößert sich um über das Dreifache. Die Ausdehnung der Erholungsflächen (besonders Wasser- und Waldflächen) für die Bevölkerung des Bezirkes wird zu einer weiteren Verminderung der Differenz zwischen Bedarf und Erholungskapazität führen. Zur Deckung des differenzierten Erholungsbedarfes werden vorhandene Anlagen und Einrichtungen intensiviert sowie neue Erholungsgebiete mit hohem Wert und hoher Qualität geschaffen.

Für Objekte, die durch den Bergbau devastiert werden, sind Ersatzleistungen vorgesehen. Diese Vorhaben werden sinnvoll ergänzt durch die Schaffung von Regelungen zur Erhaltung und Pflege von Landschaften und Großgrün, z. B. im Rahmen der Festlegung weiterer Landschaftsschutzgebiete und der 1976 beschlossenen Baumschutzordnung für alle Kreise des Bezirkes.

Der vollständigen Realisierung der in den einzelnen Plänen festgelegten Aufgaben gilt ein Hauptaugenmerk der Staats- und wirtschaftsleitenden Organe. In diesen Prozeß sind auch gesellschaftliche Kräfte und Einrichtungen wie die Kammer der Technik, der Kulturbund, die Karl-Marx-Universität, die Nationale Front und der Bund der Architekten der DDR einbezogen.

Wie ist die staatliche und gesellschaftliche Arbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes und der sozialistischen Landeskultur im Bezirk Leipzig organisiert

Bereits im Jahre 1969 wurde durch den Rat des Bezirkes die hohe Verantwortung für die Probleme des Umweltschutzes erkannt und eine „Ständige Arbeitsgruppe für sozialistische Landeskultur" gebildet. Diese setzt sich aus Vertretern der Fachbereiche des Rates des Bezirkes, gesellschaftlicher Organisationen und wissenschaftlicher Institutionen zusammen.

Sie ist ein Beratungs- und Arbeitsgremium und erfüllte verschiedene Aufgaben. Aus dieser Arbeitsgruppe sind viele Kader hervorgegangen und neue Organisationsformen gebildet worden.

Im Jahr 1971 konstituierte sich beim Bezirkstag Leipzig eine „Ständige Kommission Sozialistische Landeskultur" mit Vertretern aus den verschiedenen Bereichen.

1973 wurde die „Abteilung Umweltschutz, Wasserwirtschaft und Erholungswesen" des Rates des Bezirkes gebildet. Sie nimmt die staatlichen Aufgaben zur Anleitung, Kontrolle und Koordinierung auf dem Gebiet des Umweltschutzes und zur staatlichen Leitung auf den Gebieten der Wasserwirtschaft und des Erholungswesens wahr. Die Aufgaben des Naturschutzes werden durch die Abteilung Forstwirtschaft realisiert.

Beim Büro für Territorialplanung als nachgeordneter Einrichtung der Bezirksplankommission werden die langfristigen planerischen Grundsatzaufgaben unter Beachtung einer effektiven und koordinierten Mehrfachnutzung der Landschaft bearbeitet und für Entscheidungen bei den staatlichen Organen vorbereitet.

Das Büro für Bergbauangelegenheiten bei der Bezirksplankommission plant, koordiniert und kontrolliert die Wiederurbarmachung der durch den Kohleabbau sowie durch Abbaumaßnahmen der Steine- und Erdenindustrie devastierten Flächen.

Eine Arbeitsgruppe Bergbaufolgelandschaft und Wiederurbarmachung des Rates des Bezirkes unterstützt die Erfüllung der Zielstellung, in den entstehenden Bergbaufolgelandschaften optimale Bedingungen für die landwirtschaftliche Produktion, die industrielle Produktion und die Bevölkerung, besonders der Ballungsräume zu gewährleisten. Dazu gehört besonders das Erreichen einer minimalen Umweltbelastung und eine Steigerung des Erholungswertes der Landschaft.

Aktuelle Ziele und Schwerpunkte siedlungsgeographischer Forschung in der DDR

Dr. Frankdieter Grimm

Akademie der Wissenschaften der DDR
Institut für Geographie und Geoökologie

Die Beschlüsse des VIII. und IX. Parteitages der SED orientieren auf eine vorwiegend intensive Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion und eine kontinuierliche Verbesserung des Lebensniveaus der Werktätigen. Bei der Verwirklichung dieser Zielstellung kommt der optimalen Entwicklung unserer Städte und Dörfer eine besondere Rolle zu, denn sie sind nicht nur der unmittelbare Lebensbereich unserer Bürger, sondern darüber hinaus auch der tägliche Arbeitsraum der großen Mehrzahl aller Werktätigen und verkörpern mit einem Wert von etwa 400 Milliarden Mark einen erheblichen Teil des gesamten gesellschaftlichen Reichtums unseres Volkes.

Kernstück der Sozialpolitik in der DDR ist das Wohnungsbauprogramm, und durch seine Verwirklichung werden neue, langfristig wirksame Akzente für die Entwicklung unserer Siedlungsstruktur gesetzt.

Entscheidungen über die künftige Entwicklung unserer Städte und Dörfer betreffen in starkem Maße die gesamte gesellschaftliche Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaft. So ist es naheliegend, daß sich angesichts der aktuellen Erfordernisse verschiedene Disziplinen mit Problemen der Siedlungen und ihrer Entwicklung auseinandersetzen, unter ihnen auch die Geographie.

Die Untersuchung von Siedlungen ist ein traditionelles Feld geographischer Forschung. Frühere siedlungsgeographische Forschungen befaßten sich vorwiegend mit der Erscheinungsform der Städte und Dörfer und ihrer Begründung aus dem historischen Werdegang. Diese Fragestellungen wurden oft auch als Teil der geographischen Auslandsforschung verfolgt. Ausgehend von den Erfordernissen der optimalen Entwicklung des Territoriums unserer Republik im Sozialismus, wurde die siedlungs- und bevölkerungsgeographische Forschung in der DDR in den zurückliegenden Jahren vorrangig auf das eigene Staatsgebiet ausgerichtet.

Dabei traten die funktionalen Aspekte sowie die Erfassung der Städte und Dörfer im Gesamtzusammenhang des Siedlungssystems in den Vordergrund, und die Orientierung auf die unmittelbaren Erfordernisse der zentralen und bezirklichen Territorialplanung nahm zu.

Mit dieser Orientierung erfolgte eine Annäherung an Siedlungsforschungen des Bauwesens, insbesondere des Instituts für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR, der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar und die Arbeiten an den Generalbebauungsplänen der Städte.

Siedlungs- und bevölkerungsgeographische Forschungen werden gegenwärtig am Institut für Geographie und Geoökologie der Akademie der Wissenschaften der DDR in Leipzig und an den Sektionen Geographie der Universitäten und Pädagogischen Hochschulen in Greifswald, Berlin, Halle, Potsdam und Dresden betrieben; außerdem wirken Geographen in verwandten Forschungsarbeiten der Territorialplanung und des Städtebaus mit.

Einige wichtige Schwerpunkte und Ziele der gegenwärtigen siedlungsgeographischen Arbeiten sollen nachfolgend am Beispiel der Forschungen des Instituts für Geographie und Geoökologie der Akademie der Wissenschaften der DDR (IGG) vorgestellt werden. Diese Forschungsschwerpunkte des IGG widerspiegeln zugleich wesentliche neuere Tendenzen siedlungsgeographischer Forschungen anderer Forschungseinrichtungen in der DDR.

Im vorliegenden Beitrag soll ein erster Überblick über die siedlungsgeographischen Forschungen des IGG gegeben werden.

Stadt-Umland-Beziehungen

Sowohl die Entwicklung der Standorte der Produktion als auch des Wohnungsbaus lassen einen Trend zur Konzentration auf eine begrenzte Zahl von Städten, ländlichen Siedlungszentren und weiteren bedeutenden Produktionsstandorten erkennen. Gleichzeitig gilt es, die Annäherung der Lebensbedingungen zwischen Stadt und Land gemäß der Zielstellungen der entwikkelten sozialistischen Gesellschaft zu erreichen.

Nur ein Teil der Arbeits- und Lebensbedingungen wird am eigenen Wohnort verwirklicht. Daher kommt den Beziehungen der Wohnorte zu den Zentren, in denen sich die weitere Entwicklung unserer Gesellschaft vorwiegend konzentriert, besondere Bedeutung zu.

Stadt-Umland-Beziehungen bildeten daher einen wesentlichen Forschungsschwerpunkt des IGG und der geographischen Universitätssektionen in Greifswald und Berlin wie auch bei Untersuchungen an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar. Heute liegen zu diesem Problemkreis umfangreiche analytische und theoretische Kenntnisse vor, und eine zusammenfassende Buchveröffentlichung wird vorbereitet.

Stadt-Umland-Beziehungen umfassen Arbeitspendlerbeziehungen, politisch-administrative Beziehungen, territoriale Beziehungen im Einzelhandel, im Gesundheitswesen, in der Volksbildung, der Kultur und der Freizeitgestaltnug. Sie werden vorwiegend durch Personenströme des Verkehrs realisiert. Den Stadt-Umland-Beziehungen liegt ein regelhaftes Grundprinzip zugrunde, das auch für die DDR vielfach analytisch nachgewiesen wurde: die Abnahme der Kontaktintensität mit steigender Entfernung vom Zentrum (Stadt).

Entscheidende Bestimmungsgrößen sind die Entwicklung der Verkehrsbedingungen und die physische Leistungsfähigkeit des Menschen. In der DDR reichen die einzelnen Stadt-Umland-Beziehungen in Abhängigkeit von Stadttyp (Stadtgröße) und Spezifik der einzelnen Beziehungen zwischen 5 und 30 km ins Umland.

In den zurückliegenden Jahren erfolgten am IGG umfangreiche analytische Untersuchungen zu den Stadt-Umland-Beziehungen für das Gesamtgebiet der DDR, verbunden mit vertiefenden Stadt-Umland-Forschungen des IGG und der geographischen Universitätssektionen Greifswald und

Tabelle 1: Einstufung ausgewählter Stadt-Umland-Beziehungen (Beispiele)

	Einzelhandel	Gesundheitswesen	Volksbildung	Kultur Sport Freizeit	Arbeitspendler
Leipzig	A	A	A	A	A
Rostock	B	A	A	B	B
Cottbus	B	C	B	B	C
Jena	C	A	A	C	C
Nordhausen	C	C	C	C	C
Stendal	C	C	D	C	D
Hildburghausen	D	D	D	D	D
Pößneck	E	E	D	D	D
Demmin	D	D	D	D	E
Hennigsdorf	E	D	C	F	C
Taucha bei Leipzig	F	E	F	E	F
Weinböhla bei Dresden	F	F	F	F	F

A Bedeutung für mehrere Bezirke
B Bedeutung für einen Bezirk
C Bedeutung für mehrere Kreise
D Bedeutung für einen Kreis
E Bedeutung für Teile eines Kreises
F geringe bzw. ohne Umlandbedeutung

Berlin für Beispielgebiete. Diese Arbeiten führten zu einer guten Kenntnis wichtiger Stadt-Umland-Beziehungen in der DDR.

Von besonderer Bedeutung sind Stadt-Umland-Beziehungen zwischen Wohnort und Arbeitsort, das heißt die Arbeitspendelwanderung. Pendlerbeziehungen verursachen den umfangreichsten täglichen Personenverkehr, denn ein Drittel aller Werktätigen in der DDR sind Pendler (Pendler über Gemeindegrenzen).

Der Pendlerverkehr nimmt nicht nur nach seinem Umfang die erste Stelle im Stadt-Umland-Verkehr ein, sondern Pendlerbeziehungen sind zugleich auch repräsentativ für weitere Stadt-Umland-Beziehungen. Auf Grund des besonderen Umfangs und der Bedeutung als Stellvertreter für weitere Stadt-Umland-Beziehungen wurde am IGG der Erforschung der Pendlerbeziehungen besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Sie führte sowohl zu theoretisch-konzeptioneller Auseinandersetzung mit der Pendlerproblematik und ihrer Bedeutung in der künftigen Territorialentwicklung als auch zu einer detaillierten Erfassung der bestehenden Pendlerverflechtungen in der DDR durch Zusatzauswertung der VBWGZ 1971.

Stellvertretergröße für eine Vielzahl von Stadt-Umland-Beziehungen ist der öffentliche Personenverkehr, der einen großen Teil dieser Beziehungen realisiert. Daher wurde für alle Gemeinden der DDR die Erreichbarkeit der nächstgelegenen Städte (vor allem zur Kreis- und Bezirksstadt) nach Fahrzeit und Fahrthäufigkeit berechnet.

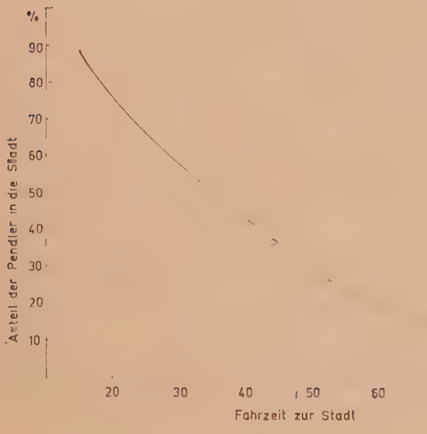
Die kartographische Fixierung dieser Analysen dokumentiert den gegenwärtigen Erschließungsgrad des DDR-Territoriums durch Stadt-Umland-Verkehr und macht Ansatzpunkte zur Überwindung ungünstiger Situationen durch die Entwicklung weiterer Zentren und durch die Verbesserung von Verkehrsverbindungen sichtbar.

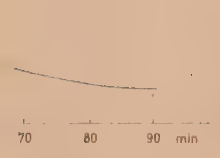
An detailliert bearbeiteten Beispielen wurden die Zusammenhänge der Verkehrserreichbarkeit mit einzelnen Stadt-Umland-Beziehungen herausgearbeitet (z. B. zu Stadt-Umland-Beziehungen für den Einzelhandel).

Die Analysen zu Stadt-Umland-Beziehungen in der DDR waren im einzelnen stark durch die Datensituation bestimmt. Insgesamt aber ist es durch die Kopplung der DDR-weiten Pendler- und Verkehrsanalysen mit vertiefenden Beispielbearbeitungen gelungen, einen fundierten Überblick der gegenwärtig bestehenden Stadt-Umland-Beziehungen zu schaffen, der sowohl für weiterführende Forschungen als auch für unmittelbare praxiswirksame Folgerungen eine tragfähige Basis abzugeben vermag.

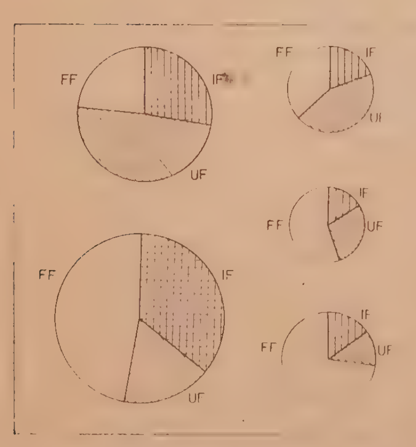
Städte nach ihrer Umlandbedeutung

Eng verbunden mit der Erforschung der Stadt-Umland-Beziehungen ist die Problematik der Bestimmung der Umlandbedeutung der Städte. Die Umlandfunktion ist eine der entscheidenden Stadtfunktionen; verschiedene Autoren betrachten sie sogar als die spezifische Stadtfunktion schlechthin.





1
Die Arbeitspendlerbeziehungen der Stadt Magdeburg als Beispiel des Zusammenhanges von Entfernung und Kontaktintensität (nach Neumann)



2 Ausgewählte Stadttypen nach ihren Innen-, Umland- und Fernfunktionen (IF, UF, FF) (Kreisgröße entsprechend der Beschäftigtenzahl)
links oben: Typ 3 (z. B. Stendal)
links unten: Typ 4 (z. B. Jena)
rechts oben: Typ 7 (z. B. Demmin)
rechts Mitte: Typ 9 (z. B. Pößneck)
rechts unten: Typ 13 (z. B. Hennigsdorf)

Die Kenntnis der Umlandfunktionen und der damit verbundenen Erfordernisse ist eine wesentliche Grundlage zur Beurteilung der Entwicklungsrichtung der einzelnen Stadt wie auch des gesamten Siedlungsnetzes.

Neben der unmittelbaren Analyse der Umlandbeziehungen richteten sich daher die Forschungen des IGG besonders auf eine Erfassung der Städte der DDR mit Einrichtungen, die außer für die eigene Stadt auch für das Umland wirksam werden (z. B. Schulen, Krankenhäuser, Kultureinrichtungen).

Darüber hinaus wurden geeignete Kennziffern zur Charakteristik der Umlandfunktionen erfaßt (z. B. Beschäftigtenzahlen, Handelsumsätze).

In enger Koppelung von DDR-weiten Analysen und Beispielbearbeitungen wurden die Städte nach ihrer Umlandbedeutung für ausgewählte Stadt-Umland-Beziehungen eingestuft (z. B. als Einpendlerzentren, als Einkaufszentren). Diese Bestimmung wichtiger ausgewählter Umlandfunktionen erfolgte für sämtliche Städte und Gemeinden über 5000 Einwohner.

In Zusammenfassung dieser einzelnen Umlandfunktionen wurde eine Typisierung der Städte der DDR nach ihrer Umlandbedeutung ausgearbeitet. Sie läßt sich zu folgenden Typen zusammenfassen:

1. Bezirkszentren und höhere Zentren
(11 Städte, bei Sonderstellung von Berlin, Leipzig, Dresden)

2. Kreiszentren und Gebietszentren
(146 Städte, einschließlich der kleinsten Bezirksstädte)

3. Lokalzentren
(einschließlich 41 kleiner Kreisstädte, die nur politisch-administrativ für das gesamte Kreisgebiet wirksam sind).

Die 1973 fertiggestellte Typisierung nach der Umlandbedeutung wurde auf Karten dargestellt. Dabei werden die bestehenden räumlichen Proportionen und Disproportionen sichtbar.

Die Typisierung und die dahinterstehenden Forschungsergebnisse fanden Eingang in Konzeptionen und Leitvorstellungen der zentralen und bezirklichen Territorialplanung in der DDR.

Diese Stadttypisierung berücksichtigt jedoch nicht die über das Umland hinausreichenden Stadtfunktionen. Daher wurden 1976 am IGG für 320 Städte und Gemeinden der DDR Berechnungen zu Größenordnungen und Proportionen ihrer Innen-, Umland- und Fernfunktionen durchgeführt. Berechnungsgrundlage ist die Beschäftigtenstruktur.

Es wurde unter anderem sichtbar, daß Zusammenhänge zwischen Stadtgröße und Umlandfunktion bestehen und daß bei Großstädten die Umlandfunktion bedeutungsmäßig von den Innenfunktionen, bei kleinen Industriestädten von den Fernfunktionen übertroffen wird.

An der Auswertung der Berechnungsergebnisse für die weitere siedlungsgeographische Forschung sowie an der Ergebnisinterpretation für die Planung wird noch gearbeitet.

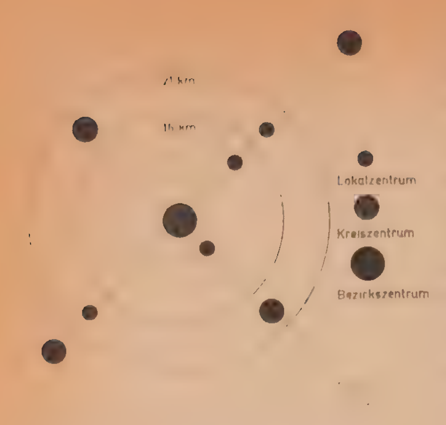
Stadt-Umland-Regionen

Ausgehend von der Erforschung der Umlandbeziehungen und der Umlandbedeutung der Städte, erhebt sich die Frage, inwieweit eine regelhafte räumliche Anordnung der Städte und Siedlungen auf Grund ihrer Umlandfunktionen besteht.

Diese Problematik bildete einen Untersuchungsschwerpunkt des IGG in den letzten Jahren. Auf der Grundlage der umfangreichen Detailanalysen konnten derartige regelhafte Anordnungen nachgewiesen werden. Sie führten zur Konzeption der Stadt-Umland-Region, in früheren Veröffentlichungen auch Zentrumsregion genannt. Es konnte nachgewiesen werden, daß im Umland der Städte der DDR eine Zonierung mit maximal drei Umlandzonen besteht, wobei der Kreisgrenze besondere Bedeutung zukommt. Jedem der drei vorhergenannten Stadttypen entspricht ein zugehöriger „Umlandtyp":

1. Bezirkszentren und höhere Zentren weisen drei Umlandzonen auf, darunter Zone 3 außerhalb des eigenen Kreises.

2. Kreis- und Gebietszentren verfügen über zwei Umlandzonen im eigenen Kreis, bei Gebietszentren besteht darüber hinaus partiell eine Zone 3.



3 Stadt-Umland-Region eines Bezirkszentrums (nach Krönert)

3. Lokalzentren haben nur eine einzige Umlandzone.

Die kartographische Darstellung der Stadt-Umland-Regionen aller Kreis- und höheren Zentren veranschaulicht die gegenwärtige „Erschließung" der DDR durch Stadt-Umland-Beziehungen. Mit der Sichtbarmachung der territorialen Differenzierung wird zugleich eine Diskussionsgrundlage für eine den unterschiedlichen territorialen Bedingungen entsprechende planmäßige Entwicklung der Städte in ihren Umlandfunktionen vorgelegt. Sie bietet ausbaufähige Grundlagen für die Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Stadt und Land.

Schlußfolgerungen für die Territorial- und Städteplanung

Die umfangreichen analytischen Ergebnisse der Stadt-Umland-Forschung bieten eine reichhaltige Basis für praxisnahe Folgerungen. Hier ist noch eine intensive Durcharbeitung erforderlich, die, anknüpfend an die siedlungsgeographischen Forschungsergebnisse, vor allem auch von Territorial- und Städteplanern getragen werden müßte.

Diese Überführungsmöglichkeiten seien an wenigen Beispielen angedeutet:

■ Mit den Analyseergebnissen des IGG werden auf einheitlicher methodischer Grundlage konkrete Daten zu einer der wichtigsten Stadtfunktionen vorgelegt – zur Umlandfunktion; darauf aufbauend werden Verallgemeinerungen und Regelhaftigkeiten abgeleitet.

Damit ist eine Basis geschaffen worden, um über die bisherigen Ansätze zur Berücksichtigung der Funktionsteilung zwischen Städten und Siedlungen hinaus die Umlandfunktionen der Städte der DDR vergleichend zu beurteilen und territorial differenziert in die Planungsansätze einzubeziehen.

■ Eine frühere Konzeption zur Entwicklung der Städte der Makrostruktur ging zunächst davon aus, daß durch vorrangige Förderung von 40 bis 50 Groß- und Mittelstädten eine optimale Gesamtentwicklung der Siedlungsstruktur der DDR und eine Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Stadt und Land in allen Landesteilen gewährleistet würde. Die Stadt-Umland-Forschungen des IGG (und seiner Kooperationspartner, der geographischen Universitätssektionen Greifswald und Berlin) machten sichtbar, daß dabei die Reichweite der entscheidenden Stadt-Umland-Beziehungen überschätzt wurde.

Die meisten für die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung wichtigen Stadt-Umland-Beziehungen konzentrieren sich auf die Kreiszentren (= leistungsfähige Kreiszentren, höhere Zentren wirken selbstverständlich zugleich auch als Kreiszentren).

Zur Verwirklichung der obengenannten Zielstellung ist unter Umlandaspekt die Entwicklung eines gleichmäßig verteilten Netzes von 140 bis 150 Kreiszentren erforderlich; neuere Konzeptionen der Staatlichen Plankommission berücksichtigen diese Ergebnisse und orientieren auf die Entwicklung einer erhöhten Zahl von Standorten.

■ Die siedlungsgeographischen Stadt-Umland-Forschungen in der DDR haben überzeugend die besondere Bedeutung der politisch-administrativen Stellung einer Stadt sowie der administrativen Kreis- und Bezirksgrenzen für die Ausbildung von Stadt-Umland-Beziehungen belegt.

Sowohl für die analytische Erfassung der Stadt-Umland-Beziehungen als auch für ihre planmäßige Weiterentwicklung erweist sich dabei die Unterscheidung in territorial flexible und territorial fixierte Beziehungen als günstig.

Stärker als bisher sollte bei künftigen, zentralen konzeptionellen Vorstellungen zur Siedlungsentwicklung die besondere Rolle der politisch-administrativen Stadtfunktionen und des administrav zugeordneten Territoriums beachtet werden. Zugleich muß nach Wegen gesucht werden, die territorial flexiblen Beziehungen in Planungskonzeptionen einzubeziehen.

Weiterführung der siedlungsgeographischen Forschungen

Die weiteren siedlungsgeographischen Forschungen des Instituts für Geographie und Geoökologie knüpfen an den bisher erreichten Stand an und sehen zwei Hauptrichtungen vor:

1. Die Stadt-Umland-Forschungen haben zu der Möglichkeit geführt, den hierarchischen Aufbau des Siedlungssystems der DDR aufzuzeigen, der im wesentlichen von den politisch-administrativen und den sozialräumlichen Funktionen der Städte getragen wird.

Durch die Untersuchung der übrigen Stadtfunktionen wird angestrebt, vor allem auch die Funktion der Städte als Standorte der Produktion, der Kommunikation, der Leitung, Planung und Forschung zu erfassen. Diese Stadtfunktionen sind zu einem großen Teil nicht hierarchisch in der Territorialstruktur angeordnet.

Langfristiges Ziel ist die Erfassung der Grundzüge des Siedlungssystems der DDR und seiner Subsysteme sowohl in seinen hierarchischen als auch in den nichthierarchisch wirkenden Stadtfunktionen und funktionalen Beziehungen.

2. Die Stadt-Umland-Region wurde bisher vorrangig aus ihren Stadt-Umland-Beziehungen abgeleitet und untersucht. Diese Untersuchungen werden künftig zur umfassenderen Erforschung dieser Räume als Arbeits- und Kommunikationsräume der darin lebenden Menschen erweitert.

Diese Thematik schließt soziologische und humanökologische Fragestellungen ein. Ihre Bearbeitung soll es ermöglichen, umfassender als bisher die Stadt-Umland-Regionen entsprechend den gegenwärtigen und künftigen Erfordernissen der sozialistischen Gesellschaft in der DDR sozialräumlich zu bewerten, wobei in zunehmendem Maße auch Fragen der natürlichen Umwelt in Stadt-Umland-Regionen einbezogen werden sollen.

Literatur:

IX. Parteitag der SED: Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1976

Autorenkollektiv (Herausgeber Lüdemann, Grimm, Krönert), Stadt und Umland in der DDR, Gotha, Leipzig (im Druck)

Grimm, F., Zur Berücksichtigung von Stadt-Umland-Beziehungen bei der Entwicklung der Siedlungsstruktur, Inf. der Forschungsleitstelle für Territorialplanung, Berlin 3 (1973), H. 2

Grimm, F., Die Kreisstädte der DDR und ihre Rolle im Siedlungssystem, Geographische Berichte 19 (1974), H. 3/4

Grimm, F. (a.), Zur Stellung der Städte der DDR im Siedlungssystem nach ihren Innen-, Umland- und Fernfunktionen, Sitzungsberichte der AdW der DDR (im Druck)

Grimm, F. (b), Zur Erforschung der Städte der Grundstruktur des Siedlungssystems, Beiträge zur Geographie Bd. 30 (im Druck)

Grimm, F.; Hönsch, I.; Taege, G., Gebietliche Zentren in der DDR und ihre verkehrsbezogenen Dominanzbereiche, Geographische Berichte 17 (1972) H. 3/4

Grimm, F.; Hönsch, I., Zur Typisierung der Zentren der DDR nach ihrer Umlandbedeutung, Petermanns Geographische Mitteilungen 118 (1974) H. 4

Grundmann, L. (a), Zur Erfassung arbeitsräumlicher Verflechtungsbeziehungen in der DDR – Erfahrungen bei einer Zusatzauswertung der VBWGZ 1971 zur Arbeitspendelwanderung, Mitteilungsblatt des Fachverb. der Berufsgeographen der Geographischen Gesellschaft der DDR, 12 (1975)

Grundmann, L. (b), Territoriale Differenzierung der Arbeitspendelwanderung in der DDR, Wiss. Zeitschr. PH Potsdam, Reihe B (1975) 5

Grundmann, L.; Neumann, H., Territoriale Probleme der Pendelwanderung, Petermann, Geogr. Mitteilungen, 118 (1974) H. 4

Heidenreich, G., Die Beziehungen zwischen Stadt und Gebiet und ihr Einfluß auf Inhalt und Methode der räumlichen Planung, Diss. Hochsch. Architektur und Bauwesen Weimar, 1970

Heidenreich, G., Stadt-Umland-Planung, Schriftenreihe der Bauforschung, Reihe Städtebau und Architektur 40, 1972

Känel, A. V.; Krönert, R., Die Stadt-Umland-Beziehungen und ihre Analyse, dargestellt am Beispiel von Greifswald und Dessau, Geogr. Berichte 17 (1972) H. 3/4

Kretzschmer, K., Bestimmungsfaktoren für die Weiterentwicklung der Territorialstruktur der Industrie im Landesmaßstab unter den Bedingungen der Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion, Inform. d. Forsch.-Leitstelle für Territorialplanung 1977, H. 1

Krönert, R., Die Zentrumsregionen der Groß- und Mittelstädte der DDR, Sitzungsberichte der AdW der DDR Math.-Nat.-Technik 1976, 15 N

Krönert, R., Stadt-Umland-Regionen von Groß- und Mittelstädten, Geogr. Berichte 22 (1977) 2

Krönert, R.; Schmidt, R., Das Umland von Mittelstädten – dargestellt am Beispielgebiet Dessau, Peterm. Geogr. Mitteilungen 118 (1974) H. 4

Krönert, R.; Grimm, F.; Heinzmann, J., Stadttypen und Zentrumsregionen – Tendenzen und Entwicklungsprobleme, Sitzungsberichte der AdW der DDR, Math.-Nat.-Technik 1975, 2 N

Krönert, R.; Neumann, H., Stadt-Umland-Regionen als Aktions- und Kommunikationsräume der Bevölkerung, Wiss. Zeitschr. der TH Karl-Marx-Stadt (im Druck)

Lüdemann, H.; Heinzmann, J., Die Rolle der Stadt-Umland-Beziehungen bei der Entwicklung der Siedlungsstruktur, Wiss. Zeitschr. Humboldt-Universität, Berlin, Math.-Nat. Reihe XXIV (1975) 1

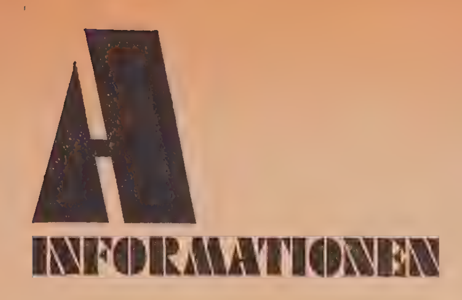
Neumann, H., Territoriale Wirkungsbedingungen und Entwicklungstendenzen der Pendelwanderung – Möglichkeiten und Aspekte der künftigen Gestaltung, Diss. Martin-Luther-Universität Halle 1974

Rumpf., H., Zur Bedeutung der Umlandfunktionen als ein Kriterium für die Auswahl und Entwicklung von Städten der Makrostruktur, Wiss. Zeitschr. Humboldt-Universität Berlin, Math.-Nat. Reihe XXIV (1975) H. 1

Schmidt, R., Umfang und Bedeutung ausgewählter versorgungsräumlicher Stadt-Umland-Beziehungen in der DDR, Diss. Martin-Luther-Universität Halle 1974

Taege, G., Ermittlung der Verkehrsanbindung als eine Methode zur Analyse und Planung der Siedlungsstruktur – methodische Handreichung und Bewertung, Inf. der Forsch-Leitstelle für Territorialplanung Berlin 3 (1973) H. 2

Wagner, G., Zu Grundfragen und Wegen der optimalen Entwicklung von Siedlungssystemen, Diss. Dt. Bauakademie, Berlin 1972



Bund der Architekten der DDR

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Innenarchitekt Erich Weigel,
Karl-Marx-Stadt,
2. Dezember 1907, zum 70. Geburtstag

Dipl.-Arch. Helmut Köckeritz, Dresden,
3. Dezember 1912, zum 65. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Dieter Frießleben,
Halle-Neustadt,
8. Dezember 1927, zum 50. Geburtstag

Architekt Helmut Hofmann, Gerstungen,
8. Dezember 1927, zum 50. Geburtstag

Architekt Martin Muhs, Dresden,
9. Dezember 1927, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Walter Nitsch,
Erfurt,
9. Dezember 1927, zum 50. Geburtstag

Architekt Heinz Auspurg, Leipzig,
12. Dezember 1912, zum 65. Geburtstag

Architekt Dr.-Ing. Siegfried Kress, Berlin,
13. Dezember 1927, zum 50. Geburtstag

Architekt Hans Uhlemann, Berlin,
14. Dezember 1907, zum 70. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Albert Mayer,
Görlitz,
16. Dezember 1897, zum 80. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Werner Gräbner,
Berlin,
18. Dezember 1927, zum 50. Geburtstag

Innenarchitekt Arno Meng, Magdeburg,
18. Dezember 1902, zum 75. Geburtstag

Architekt Helmut Stoof, Borkheide,
18. Dezember 1927, zum 50. Geburtstag

Dipl.-Arch. Erwin Gericke, Weimar,
19. Dezember 1912, zum 65. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Hugo Hesse,
Leipzig,
21. Dezember 1902, zum 75. Geburtstag

Architekt Dr. Dipl.-Ing.
Christfried Hildebrand, Leipzig,
25. Dezember 1927, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Lothar Votteler,
Berlin,
25. Dezember 1927, zum 50. Geburtstag

Architekt Hans Barffknecht, Dessau,
26. Dezember 1902, zum 75. Geburtstag

Architekt Gartenbauinspektor
Helmut Lorenz, Magdeburg,
29. Dezember 1912, zum 65. Geburtstag

Walter Funcke 70 Jahre



Walter Funcke begeht am 20. November dieses Jahres seinen 70. Geburtstag. Wir alle, die diesen unermüdlich schaffenden, stets engagierten Kollegen kennen, gratulieren ihm zu diesem Jubiläumstag auf das herzlichste.

Er, der sein Handwerk von Grund auf gelernt hat, der als junger Mensch sich in den Jahren vor 1945 hart durchringen mußte und der schon frühzeitig in den Wirkungskreis des in Potsdam ansässigen Gärtners und Staudenzüchters Karl Foerster kam und der ob seiner antifaschistischen Haltung Drangsalien durch die Nazis ausgesetzt war, fand seine berufliche Erfüllung in unserer Republik, was in vielen seiner Arbeiten sichtbar ist.

So ist zum Beispiel die Entwicklung der Gartenbauausstellung in Erfurt, beginnend in den frühen fünfziger Jahren, immer wieder von Walter Funcke beeinflußt worden, hat er direkt und indirekt an der Gestaltung einzelner Bereiche dieser ständig an Bedeutung zunehmenden Fachausstellungen gewirkt.

Viele Jahre widmete Walter Funcke seine großen Erfahrungen und reichen Erkenntnisse der Begrünung unserer neuen Wohngebiete. Beispiele in Eisenhüttenstadt, Fürstenwalde, Ludwigsfelde und Potsdam zeigen heute, nach nunmehr über 20 Jahren, wie zielsicher und grundsätzlich richtig die von ihm dazu entwickelten Gedanken und Ideen waren, welchen bedeutenden Beitrag er mit diesen Arbeiten geleistet hat.

Viele dieser Erkenntnisse hat er in seiner planerischen Tätigkeit in den Büros für Städtebau und Territorialplanung des Bezirkes Potsdam umgesetzt und weiter entwickelt. Speziell im Bereich der Territorialplanung wurden unter Leitung Walter Funckes wesentliche Grundlagen zur Entwicklung der Erholungsgebiete sowie Grundlagen für die Landschaftsplanung im Bezirk Potsdam erarbeitet. Auf Grund seiner reichen Erfahrungen und seiner besonders engagierten vorwärtsweisenden Haltung in grundlegenden Fragen der Landeskultur wurde Walter Funcke schon sehr frühzeitig zur Mitarbeit in zentralen Arbeitsgruppen, zur Ausarbeitung des Landeskulturgesetzes der DDR herangezogen. Ohne Schonung seiner Gesundheit, unter höchstem Einsatz seiner Kräfte hat er an dieser wichtigen staatlichen Aufgabe gearbeitet.

Seit über 30 Jahren arbeitet er in den verschiedensten Formen mit an der Gestaltung der Potsdamer Grünumwelt. Immer Gedanken, Ideen und Planungen entwickelnd, welche von der Zielstellung getragen sind, die vorhandenen und neu zu schaffenden Grünbereiche für eine Nutzung durch die Einwohner und Besucher der Stadt voll zu erschließen. Als Beispiel sei dabei nur die „Freundschaftsinsel" genannt, für deren Umgestaltung in den letzten Jahren Walter Funcke einen hervorragenden Beitrag schuf.

Als Mitglied des Bundes der Architekten der DDR seit seiner Gründung leistete er in der zentralen Fachgruppe Landschaftsarchitektur, als Mitglied des Bundesvorstandes, als Leiter der Bezirksfachgruppe Gartenarchitektur und Landschaftsgestaltung wertvolle Arbeit beim Aufbau unseres sozialistischen Fachverbandes sowie bei der Entwicklung des Fachgebietes der Garten- und Landschaftsgestaltung in unserer Republik.

Walter Funcke wurde mehrfach ausgezeichnet. Er ist Träger der Medaille „Kämpfer gegen den Faschismus" und des „Vaterländischen Verdienstordens" in Silber. Der Bund der Architekten der DDR ehrte ihn mit der Schinkelmedaille in Silber und Gold, und für seine hervorragenden Leistungen erhielt er mehrfach die Auszeichnung als Aktivist.

Walter Funckes Einsatz als Garten- und Landschaftsarchitekt ist getragen von den hohen Idealen und Zielen der Nutzbarmachung der natürlichen Umwelt für den Menschen, ihrer Formung und Gestaltung im Sinne der sozialistischen Lebensweise. Für diese Aufgabe hat er nie seine Kräfte geschont.

Ihm gilt unser Dank und unsere Anerkennung.

E. Pfrogner
Vorsitzender der Bezirksgruppe Potsdam des BdA der DDR

Hochschulnachrichten

Promotionen

In dem Zeitraum vom 1. 1. 1977 bis 6. Juli 1977 wurden an der Sektion Architektur, Fakultät für Bau-, Wasser- und Forstwesen der Technischen Universität Dresden folgende vier Dissertationen abgeschlossen und erfolgreich verteidigt:

Petzold, Karl

Raumlufttemperatur — ihre Berechnung nach Extremzuständen. Ein Beitrag zur Beschreibung des thermischen Verhaltens von Gebäuden bei sommerlichem Außenklima
Dissertation B, TU Dresden, 7. 1. 1977

Gutachter:

Prof. Dr.-Ing. Heinrich
Prof. Dr.-Ing. Heuffler
Prof. Dr.-Ing. Schuster

Vogler, Manfred; Zeletzki, Rainer

Zum Funktions- und Gestaltwandel zentraler Plätze in Mittel- und Großstädten der DDR — dargestellt unter besonderer Betonung von Frankfurt (Oder)
Dissertation A, TU Dresden, 20. 1. 1977

Gutachter:

Prof. Dr. sc. techn. Milde
Prof. Dr.-Ing. habil. Linke
Prof. Dr.-Ing. Lammert
Dr. Lichey

Fischer, Heinz

Beitrag zur wirtschaftlichen Warmwasserbereitung
Dissertation A, TU Dresden, 2. 2. 1977

Gutachter:

Prof. Dr.-Ing. Petzold
Prof. em. Dr.-Ing. Schuster
Prof. Dr.-Ing. Fritzsche

Heydenreich, Thomas

Über die psychologische Wirkung von architektonischen Innenräumen unter besonderer Beachtung des semantischen Aspektes
Dissertation A, TU Dresden, 6. 7. 1977

Gutachter:

Prof. Dr.-Ing. habil. Hausdorf
Prof. Dr. rer. nat. habil. Hacker
Dr. Ehrich, Ministerium für Bauwesen

Tagungen

Gothaer Bibliotheksbaugespräch 1977

Die diesjährige zentrale Weiterbildungswoche für Bibliotheksbau fand vom 31. 5. bis 3. 6. 1977 im Gothaer Schloß Friedenstein statt. Veranstalter war wieder das Methodische Zentrum für wissenschaftliche Bibliotheken beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen. Im Mittelpunkt des Kolloquiums standen Probleme der Investitionsvorbereitung und Fragen wichtiger Bibliotheksbauvorhaben des Zeitabschnittes 1980 bis 1990.

Nachstehende Themen wurden behandelt:

- Karl Kielhorn, Berlin: Probleme der Investitionstätigkeit im Bereich des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen bis 1990
- Kurt Weber, Berlin: Bericht über den Stand der Rekonstruktion der Deutschen Staatsbibliothek Berlin
- Rudolf Rothe, Dresden: Die Bibliothek aus der Sicht der Hochschulplanung
- Peter Prohl, Berlin: Der Neubau der Universitätsbibliothek Torún
- Wolfgang Schubert, Dresden: Zu Problemen der Investitionsvorbereitung und Begutachtung von Bibliotheksbauten
- Dieter Schmidmaier, Freiberg: Stand der Investitionsvorbereitung des Neubaus der Bibliothek der Bergakademie Freiberg
- Helmut Felke, Dresden: Funktion und Konzipierung einer Aufgabenstellung für den Bau bzw. die Rekonstruktion einer Hochschulbibliothek
- Gerhard Hellmer, Leipzig: Bericht über den Stand des Baus der Magazintürme für die Deutsche Bücherei Leipzig
- Gerhard Schwarz, Berlin: Probleme der Kapazitätsbemessung von Hochschulbibliotheken.

Die Tagung, die Architekten, Bibliothekare und Investitionsfachleute zusammenführte, zeichnete sich durch eine aufgeschlossene, diskussionsfreudige Atmosphäre aus.

Peter Prohl, Berlin

Bücher

H. Graffunder, M. Beerbaum

Der Palast der Republik

VEB E. A. Seemann Verlag, Leipzig 1977
180 Seiten, 152 z. T. farbige Fotos, zahlreiche Abbildungen, Preis 25,– M

Der Palast der Republik, im Herzen unserer Hauptstadt Berlin gebaut, hatte ja seit seiner Eröffnung bereits mehrere Millionen Besucher aus dem In- und Ausland zu verzeichnen. Aber das Informationsbedürfnis über diesen modernen Bau ist auch international so groß, daß eine ausführliche Publikation, wie sie jetzt herausgegeben wurde, nur zu begrüßen ist.
Die Autoren, der Chefarchitekt des Palastes der Republik, Heinz Graffunder, und Martin Beerbaum, geben zusammen mit den ausgezeichneten Fotos von Dr. Gerhard Murza in diesem Buch einen informationsreichen Überblick über den gesellschaftlichen Auftrag, die architektonische Gestaltung und die Kunstwerke im Palast. Text und Bildmaterial sind sowohl für einen breiten architektur- und kunstinteressierten Leserkreis als auch für Fachleute anregend.

Der Architekt wird sich naturgemäß vor allem für die Abschnitte über die städtebauliche Einordnung, die räumliche und funktionelle Organisation, die äußere Gestaltung und die Gestaltung der Innenräume interessieren. Er findet dazu auch die wichtigsten Grundrisse und Schnitte des Gebäudes, wobei man sich als Fachmann im Bildteil jedoch auch mehr der sehr gut durchgestalteten Details dieses Bauwerkes wünschen würde. Auch wer das Gebäude schon des öfteren besucht hat, wird gern zu der Dokumentation über die Kunstwerke im Palast greifen, um sich in die Vielfalt der hier eingeordneten Gemälde, Reliefs, Gobelins, Porzellan- und Glasgestaltungen bedeutender Künstler der DDR zu vertiefen.

In einem Anhang sind auch die Autoren und die beteiligten Projektierungseinrichtungen sowie die wichtigsten Kunstwerke und deren Schöpfer zusammengefaßt, so daß dem Leser mit diesem Buch eine anspruchsvolle Darstellung architektonischer und künstlerischer Leistungen und eine sachliche Dokumentation zugleich in die Hand gegeben werden. G. K.

Rolf Kausch und Autorenkollektiv

Rationelle Bedienung in Gaststätten

Verlag Die Wirtschaft, Berlin
128 Seiten mit 41 Abbildungen,
8 Tabellen, Broschur, Preis: 7,20 M,
Bestell-Nr.: 675 134 4

Die Rekonstruktion unserer Städte hat einen komplexen Charakter. Es ist ein komplizierter Prozeß, folgerichtig das Lebensmilieu, die Umwelt der umzugestaltenden Städte für die nahe und ferne Zukunft präzis zu bestimmen. Unumstritten gehören dazu auch die Gaststätten sowohl im Stadtzentrum und in den Wohngebieten als auch in Erholungszentren.

Der Autor regt in seinem Buch nicht nur Gastronomen an, sondern vermittelt auch uns Architekten einige Tendenzen der effektiven Bedienungsmethoden und neuen Verbrauchergewohnheiten unter Berücksichtigung ernährungsphysiologischer Erkenntnisse.
Der Trend zur gepflegten Schnellgaststätte, wo der Gast schnell und mit wenig Aufwand bedient wird – oder sich rationell selbst bedient –, und attraktive Angebotsformen stellen neue Anforderungen an den Innenausbau in architektonischer Qualität. Neue Möglichkeiten der gastronomischen Versorgung, wie Büfettimbisse in Altbaugebieten, werden vorgestellt. Auch Imbißpavillons in mobiler Ausführung und interessante Restaurantbüfetts mit Barbedienung wie Speise- und Bierbars sowie „Krusta-Stuben" sind neue und progressive Formen.
In lockerer Form wird in dieser Publikation der bewährte Erfahrungs- und Erkenntnisschatz zu Fragen der rationellen Bedienung in Gaststätten dargestellt. Die im Anhang aufgeführten Beispielobjekte, Gesetze, Anweisungen, Anordnungen, Normen und Richtwerte sind praxisnah aufbereitet. Insgesamt eine recht anregende Lektüre.

H. Lucke

Stadtbeleuchtungsanlagen – Straßen und Fußgängerzonen

In diesem Jahr wird noch eine neue Broschüre im Format A 4 mit rund 130 Seiten, 250 Fotos und Skizzen über Probleme der Beleuchtungsgestaltung von Straßen und Fußgängerzonen erscheinen.
Für die Projektierung und Errichtung von Straßenbeleuchtungsanlagen steht gegenwärtig eine relativ umfassende Palette aufeinander abgestimmter Standards, Vorschriften und Empfehlungen zur Verfügung. Darin sind alle wesentlichen Anforderungen hinsichtlich Beleuchtungstechnik, Errichtungsprinzip, Unterhaltung und Arbeitsschutz geregelt. Trotz dieser guten Voraussetzungen zeigen fertiggestellte Anlagen vielfach Mängel, die zum großen Teil in der unzureichenden Beachtung technisch-technologischer Details sowie des umweltgestalterischen Aspekts der Lichtanwendung zu suchen sind.
Die Broschüre verfolgt deshalb im wesentlichen das Ziel, praktische Erfahrungen der Anlagenerrichtung, deren Gestaltung sowie die in Standards und Projektierungsvorschrift getroffenen Festlegungen an Hand von Beispielfotos zu dokumentieren, zu kommentieren und zu detaillieren. Dabei wird den oftmals als nebensächlich abgetanen Detailproblemen sowie der Zusammengehörigkeit technischer und ästhetischer Probleme der Lichtanwendung verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt. Besonders diesem Ziel gelten die Hinweise zu gestalterischen Gesichtspunkten, die für die städtebauliche Einordnung von Beleuchtungsanlagen sowie für die Umweltgestaltung Bedeutung haben.
Die Broschüre behandelt die zwei großen Komplexe „Straßenbeleuchtung" und „Fußgängerzonenbeleuchtung" und kann beim Institut für Kommunalwirtschaft, Abt. Stadtwirtschaft, 8020 Dresden, Tiergartenstraße 81, bestellt werden (Orientierungspreis: 20,– M).

W. Beyer u. a.

Leichte Flächenelemente für Bauwerke der Industrie und der Nahrungsgüterwirtschaft

Institut für Baustoffe und Faserbaustoffe Leipzig, 1977
72 Seiten, 93 Abbildungen, 15 Tabellen, Broschur

Diese BAUFA-Anwenderinformation wird für Architekten und Projektanten in vielen Fachgebieten als Arbeitsmaterial Verwendung finden können. Sie informiert unter anderem über Eigenschaften und Berechnung von Stützkernkonstruktionen, Zulassung, Werkstoffe und Technologien.
Der Hauptteil behandelt Konstruktionen von leichten Flächenelementen, die von Betrieben der BAUFA hergestellt und angeboten werden wie

- Stützkernelemente mit Aluminium bzw. Stahldeckschichten und einem PUR-Kern
- Stahl-PUR-Bit-Dachelemente
- Stützkernelemente mit Asbestzement- und Hartfaserdeckschichten und verschiedenen Kernschichten sowie
- Bit-PUR-Bit-Dämmplatten.

Vorteile dieser Konstruktionen sind eine relativ sehr geringe Eigenmasse bei günstigen bauphysikalischen Werten und vor allem eine beträchtliche Arbeitszeiteinsparung durch die Montage von in hohem Grade komplettierten Elementen und Baugruppen. Hinzu kommt die vielseitige Anwendbarkeit im Industrie-, Landwirtschafts- und Gesellschaftsbau.
Für den Projektanten und Anwender geben zahlreiche graphische Darstellungen und Detailzeichnungen Hinweise für die Projektierung und Bauausführung.
Die Broschüre kann gegen eine Schutzgebühr von 8,75 M vom Institut für Bauelemente und Faserbaustoffe Leipzig, 7021 Leipzig, Zschortauer Str. 42, bezogen werden. -z-

Kurzfassung

DK 69:338+72.013 72.03

Ricken, H.

Zur Wechselwirkung von Bautechnologie und architektonischer Gestaltung

Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) 11, S. 644–648, 14 Abb.

Die Beherrschung der vielseitigen Wechselbeziehungen zwischen Bautechnologie und architektonischer Form gewinnt für die Erhöhung der Qualität des Wohnungsbaus zunehmende Bedeutung. Möglichkeiten zu einer größeren gestalterischen Vielfalt im Wohnungsbau liegen in der Ausschöpfung der ganzen Variationsbreite der industriellen Bauweisen und in der Gestaltung der für sie charakteristischen Tektonik.

DK 711.58(-201)

Köhler, L.; Rühle, D.

Neubauwohnkomplex Leninallee/Ho-Chi-Minh-Straße in Berlin

Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) 11, S. 649–655, 13 Abb.

Der bisher größte Neubauwohnkomplex in Berlin mit rund 15 000 Wohnungen und den entsprechenden gesellschaftlichen Einrichtungen wird nach seiner wesentlichen Fertigstellung bis 1980 etwa 50 000 Bürger aufnehmen. Er ist ungefähr 5 km vom Stadtzentrum entfernt und ein Teil der städtebaulichen Neugestaltung der Magistrale Leninallee. Der 170 Hektar umfassende Neubaukomplex ist in drei Wohngebiete gegliedert, die durch die Einordnung von gesellschaftlichen Einrichtungen wie Schulen, Turnhallen, Kinderkrippen und -gärten, Kaufhallen, Gaststätten und Dienstleistungsobjekten den Bürgern günstige Einzugsbereiche bieten. Sie sind so konzipiert, daß die landschaftlichen Gegebenheiten wie der Volkspark Prenzlauer Berg und die Pfuhle mit altem Baumbestand als Wohngebietspark den Bürgern gute Möglichkeiten der Erholung und sportlichen Betätigung bieten werden.

DK 712.25:712.256:712.3/.6

Horn, H.-E.

Freiflächengestaltung im Komplex Leninallee/Ho-Chi-Minh-Straße

Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) 11, S. 656–659, 9 Abb.

Auf die städtebauliche Gestaltung des gesamten Neubauwohnkomplexes nahmen die Landschaftsarchitekten aktiven Einfluß. Die Konzeption und Realisierung der Freiflächengestaltung der drei Wohnkomplexe werden erläutert. Hervorzuheben ist, daß sich die Bewohner mehr und mehr an der Realisierung der Grünanlagen freiwillig beteiligen und daß ihre Ideen in neue Projekte einfließen. Besonders ausführlich dargestellt werden eine Spielberganlage und ein Holzgerätespielplatz im 1. Wohngebiet und ein attraktiver „Kinderspielzoo" im 3. Wohngebiet.

DK 725.512

Zahlmann, J.

Gesundheitszentrum für 50 000 Einwohner

Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) 11, S. 660–663, 4 Abb., 1 Schnitt, 3 Grundrisse

Das viergeschossige, kompakte Gebäude wurde erstmals im Neubaukomplex Leninallee/Ho-Chi-Minh-Straße errichtet und entspricht den Bedingungen der ambulanten medizinischen Betreuung der Bevölkerung in innerstädtischen Wohngebieten. Im Sockelgeschoß sind physio- und hydrotherapeutische Einrichtungen angeordnet, im Erdgeschoß die Kinderabteilung, die Röntgenabteilung, Chirugie, Urologie und Orthopädie, im 1. Obergeschoß Abteilungen mit der höchsten Patientenfrequenz (Allgemeine und Innere Medizin, Neurologie, Gynäkologie, Labor) und im 2. Obergeschoß Verwaltung, Sozialräume, Zahnmedizin und spezielle Fachabteilungen.
Das Gebäude wurde in der „SK-Bauweise Berlin 72" errichtet (Riegelspannweite 7200 mm) und erhielt eine Holz-Leichtmetall-Fassade mit Sonnenschutzverglasung.

DK 69.022.3:72.017 69.022.326 69.022.38

Andres, G.

Fassadengestaltung des komplexen Wohnungsbaus im Bezirk Erfurt

Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) 11, S. 667–672, 16 Abb., 3 Grundrisse, 3 Perspektiven

Die Entwicklung des Wohnungsneubaus im Bezirk Erfurt – basierend auf der „Wohnungsbaureihe (WBR) Erfurt" – reflektiert deutlich die schöpferische Umsetzung der gestiegenen Ansprüche der Bürger an Wohnwert und Gestalt der Gebäude und Wohngebiete und ist zugleich Ausdruck der wachsenden materiell-technischen Qualifizierung des Bauwesens des Bezirkes.
In diesem Beitrag werden Varianten für die Fassadengestaltung (Hauseingänge, Loggien, Giebelwände, Erker) von 5- und 11geschossigen Wohnbauten vorgestellt, die teilweise bereits in der Praxis angewandt werden. Weitere Entwicklungen, die von einem Autorenkollektiv des VEB WBK Erfurt zur Zeit erarbeitet werden, sollen der weiteren Verbesserung der städtebaulichen Qualität des Wohnungsneubaus dienen (z. B. Loggienraumzelle, offene Raumzelle). Die hier vorgestellten Varianten sind Bestandteil einer Gestaltungskonzeption, die gemeinsam mit dem Bebauungsplan und dem Farbleitplan die gestalterischen Prinzipien für ein neues Wohngebiet festlegt.

DK 645.4.001.1(430.2)

Schmatz, D.

„Smaragd 80" – ein Möbelprogramm für den Wohn- und Schlafbereich

Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) 11, S. 673–677, 12 Abb.

Vom VEB Möbelkombinat Erfurt wurde ein neues Möbelsystem mit der Bezeichnung „Smaragd" entwickelt, das sich durch seine vielseitige Variierbarkeit, das komplette Angebot an kombinierbaren Elementen für Wohn-, Schlaf- und Kinderzimmern und seine ansprechende funktionelle und gestalterische Lösung auszeichnet.

Содержание

УДК 69:338+72.013 72.03

Ricken, H.

644 **О взаимодействии между технологией строительства и архитектурным оформлением**

Architektur der DDR, Берлин 26 (1977) 11, стр. 644—648, 14 иллюстраций

Вдаление многообразными взаимоотношениями между технологией строительства и архитектурной формой приобретает возрастающее значение для повышения качества жилищного строительства. Возможности достижения более обширного многообразия художественного оформления в жилищом строительстве могут быть открыты путем утилизации целой ширины варации методов индустриального строительства и оформления характерной для них тектоники.

УДК 711.58(-201)

Köhler, L.; Rühle, D.

649 **Жилой комплекс-новостройка на улицах Лениналлее/Хо-чи-мин-Штрассе в г. Берлине**

Architektur der DDR, Берлин 26 (1977) 11, стр. 649—655, 13 илл.

Этот комплекс, крупнейший из застроенных в настоящее время новых жилых районов, имеющий ок. 15 000 квартир и соответствующие общественные устройства, будет помещать ок. 50 000 жителей. Являясь частью градостроительного нового оформления магистрали Лениналлее, этот комплекс расположен в расстоянии ок. 5 километров от центра города. Охватывающий территорию в 170 гектаров, комплекс-новостройка подразделяется на три жилые района. Включенные общественные устройства, как напр. школы, гимнастические залы, детские ясли и сады, продажные центры, рестораны и центры обслуживания создают приятные условия жизни для жителей. Все это организовано так, чтобы особенности пейзажа, как парк Пренцлауэр Берг и пруды старыми деревьями а также народный парк жилого района открыли жителям обширные возможности отдыха и спортивной деятельности.

УДК 712.25:712.256:712.3/.6

Horn, H.-E.

656 **Оформление незастроенных площадей в жилом комплексе на улицах Лениналлее/Хо-чи-мин-Штрассе**

Architektur der DDR, Берлин 26 (1977) 11, стр. 656—659, 9 иллюстраций

Архитекторы пейзажа активно влияли на градостроительное оформление всего жилого комплекса. Автор объясняет концепцию и реализацию оформления незастроенных площадей трех жидых районов. Подчеркивается, что жители больше и больше принимают добровольное участие в реализации озеленных насаждений и что их идеи включаются в ноыве проекты. В большой подробности представляются устройство горы для детских игр и площадка для занятий детей с деревянными игрушками, созданные в жилом районе № 1, и привлекательный детский зоопарк в жилом районе № 3.

УДК 725.512

Zahlmann, J.

660 **Центр здравоохранения для 50 000 жителей**

Architektur der DDR, Берлин 26 (1977) 11, стр. 660—663, 4 иллюстрации, 1 разрез, 3 плана

Четырехэтажное, компаткное здание было возведено впервые в новозастроенном жилом комплексе на улицах Лениналлее/Хо-чи-мин-Штрассе. Он вполне соответствует условиям амбулаторного медицинского обслуживания населения во внутригородских жилых районах. На цокольном этаже расположены физио- и гидротерапевтические устройства, на первом этаже находятся детское отделение, рентгеновская лаборатория и отделы хирургии, урологии и ортопедии. На втором этаже размещаются те отделы, которые принимают наибольшее число пациентов (общая и внутренняя медицина, неврология, гинекология и главная лаборатория), во время как на третьем этаже вмещаются управление, социальные помещения, отдел одонтологии и некоторые специальные отделения. Здание было возведено в «СК Берлин 72» режиме строительства (распространение ригелей друг от друга 7 200 мм) и было облицовано фасадом из дерева и легкого металла — остекление солнцезащитного типа.

УДК 69.022.3:72.017 69.022.326 69.022.38

Andres, G.

667 **Оформление фасадов в комплексном жилищном строительстве в эрфуртском районе**

Architektur der DDR, Берлин 26 (1977) 11, стр. 667—672, 16 иллюстраций, 3 плана, 3 перспективы

Базирующая на «серии жилищного строительства (ВБР) Эрфурт» развитие новой жилой застройки в эрфуртском районе ясно демонстрирует творческое удовлетворение повышенных потребностей граждан к качеству жилья и оформлению зданий и жилых районов. Одновременно, это развитие является выражением возрастающей материально-техничеcкой квалификации строительства в указанном районе. В настоящей статье представлены варианты оформления фасадов (входы к домам, лоджии, фронтовые стены, крытые балконы) 5- до 11-этажных жилых зданий, которые отчасти уже нашли применение в практике. Дальнейшие развития, над которыми работает коллектив авторов из нар. предпр. ВБК Эрфурт, должны служить дальнейшему улучшению градостроительного качества новой застройки (напр. лоджия как строительный элемент, открытый строительный элемент. Представленные варианты являются составными частями концепции оформления, которая устанавливает принципы оформления нового жилого района совместно с планами застройки и окраски.

УДК 645.4.001.1(430.2)

Schmatz, D.

673 **«Смарагд 80» — программа мебели для жилых и спальных комнат**

Architektur der DDR, Берлин 26 (1977) 11, стр. 673—677, 12 иллюстраций

Нар. предпр. Мебелькомбинат Эрфурт разработало новую систему мебели с названием «Смарагд», которая отличается многообразной вариабельностью, полным предложением способных к комбинированию элементов жилых, спальных и детских комнат как и хорошим функциональным и конструктивным решением.

Summary

DK 69:338+72.013 72.03

Ricken, H.
Correlations between Site Technology and Architectural Design

Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) No. 11, pp. 644–648,
14 illustrations

Growing importance for the quality of housing construction must be attributed to more efficient control of the highly involved complex of correlations between the technology of building and architectural design. Potentials for more variegated design of housing structures may be explored by taking more advantage of all the variability implied in industrialised construction methods and in the design of characteristic tectonics.

DK 711.58(-201)

Köhler, L.; Rühle, D.
New Housing Complex of Leninallee/Ho-Chi-Minh-Strasse, Berlin

Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) No. 11, pp. 649–655,
13 illustrations

Berlin's largest new housing complex so far with its roughly 15,000 dwellings and all necessary services will provide accommodation for some 50,000 dwellers on completion by 1980. Being about 5 km from the centre, it is part of the new Leninallee artery. The whole complex covers 170 hectare and is subdivided by three housing areas, each of them being more or less self-supporting and complete with schools, gymnasiums, creches, kindergartens, supermarkets, restaurants, and other services. The housing areas are by position and structure conceptualised to harmonise with the surrounding landscape, including Volkspark Prenzlauer Berg and Pfuhle, for additional recreation and room for sports.

DK 712.25:712.256:712.3/.6

Horn, H.-E.
Layout of Open Spaces in Leninallee/Ho-Chi-Minh-Strasse Complex

Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) No. 11, pp. 656–659,
9 illustrations

Landscape designers have taken active influence on the entire layout of the new housing complex. An account is given of both the concept and implementation for all open spaces of the three housing areas. Dwellers are volunteering in growing numbers to help arranging and building parks and public gardens, and their ideas are increasingly reflected in new projects. Described in greater detail are a playground hill, a playground with wooden playing facilities in the first housing area and an attractive "play zoo" in Housing Area No. 3.

DK 725.512

Zahlmann, J.
Health Centre for 50,000 Dwellers

Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) No. 11, pp. 660–663,
4 illustrations, 1 section, 3 floor plans

The health centre is accommodated in a four-storey monoblock structure. The type was built, for the first time, in the new housing complex of Leninallee/Ho-Chi-Minh-Strasse. It meets all demands made on modern outpatient attention to the general public in an urban housing area. Sections for physiotherapy and hydrotherapy are located in the basement, while departments for paediatrics, X-ray diagnosis, surgery, urology, and orthopaedics are accommodated on the groundfloor. Those departments called on by the highest numbers of patients are situated on the first floor. They are general and internal medicine, neurology, gynaecology, and the laboratory. The second floor houses offices, amenities for the personnel of the house, dental medicine, and some sections for more specialised medical care. The building is based on a system called "SK-Bauweise Berlin 72" (7,200 mm in tie span) and has a composite front face of timber with lightweight metal and with sun-shield glazing.

DK 69.022.3:72.017 69.022.326 69.022.38

Andres, G.
Front Face Design for Complex Housing Construction in Erfurt Region

Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) No. 11, pp. 667–672,
16 illustrations, 3 floor plans, 3 perspektives

The developments in new housing construction in the region of Erfurt are based on a system called „Wohnungsbaureihe (WBR) Erfurt" and clearly reflect the creative translation of man's growing demands on the quality standards for dwellings, buildings, and complete housing areas. They also produce evidence to allregional enhancement of building activities in terms of material and technology.
Variants for front face design in five-storey and eleven-storey housing construction, some of them already used in site practice, are described in this article. Included are blueprints for doorways, loggias, end walls, and bays. Additional developments, now being prepared by a team of authors of VEB WBK Erfurt, will further enhance the urban standards of housing construction. Involved are designs for a loggia block and an open three-dimensional block. Those variants are part of a concept which, in combination with a building plan and a master colour plan, will stipulate principles for the design of new housing areas.

DK 645.4.001.1(430.2)

Schmatz, D.
"Smaragd 80" – Furniture Programme for Sitting and Sleeping Spaces

Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) No. 11, pp. 673–677,
12 illustrations

The designers of VEB Möbelkombinat Erfurt have developed a furniture system under the name of "Smaragd" which is characterised by a high degree of variability, a wide range of components for combination of sitting, sleeping, and children's rooms, as well as by efficient functionality and attractive design.

Résumé

DK 69:338+72.013 72.03

Ricken, H.
644 **A propos de la corrélation entre technologie de construction et conception architecturale**

Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) 11, pages 644–648,
14 illustrations

La maîtrise des corrélations très variées existant entre la technologie de construction et l'aspect architectural gagne de plus en plus d'importance quand il s'agit d'augmenter la qualité en construction de logements. Des possibilités en vue d'une plus grande variété créative en construction de logements consiste dans la pleine mise en oeuvre des méthodes industrielles et dans la réalisation d'une forme tectonique appropriée.

DK 711.58(-201)

Köhler, L.; Rühle, D.
649 **Nouveau complexe résidentiel Leninallee/Ho-Chi-Minh-Strasse, Berlin**

Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) 11, pages 649–655,
13 illustrations

Le plus grand complexe résidentiel actuellement en passe de construction à Berlin et comprenant 15 000 logements offrira, après son achèvement en 1980, de la place à environ 50 000 habitants. Situé à quelque 5 km du centre-ville, il fait partie de la conception urbaniste nouvelle adoptée pour la voie à grande circulation Leninallee. Ce complexe résidentiel couvrant une surface de 170 ha est subdivisé en trois zones résidentielles qui, grâce à l'implantation de bon nombre d'établissements sociaux – écoles, halls de sport, crèches et jardins d'enfants, grands magasins, restaurants et centres de prestations de services – offrent des conditions de vie très favorables aux habitants. Fait également partie de la conception urbaniste l'intégration du parc "Prenzlauer Berg" et des "Pfuhle", région riche en vieux arbres qui offrent du repos et de la détente, de même que de nombreuses possibilités pour des activités sportives.

DK 712.25:712.256:712.3/.6

Horn, H.-E.
656 **Aménagement des espaces libres au sein du complexe Leninallee/Ho-Chi-Minh-Strasse**

Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) 11, pages 656–659,
9 illustrations

Les architectes paysagistes influent activement, par leur travail, sur l'aménagement urbaniste du nouveau complexe résidentiel dans son ensemble. La conception et la réalisation de l'aménagement des espaces libres sont expliquées en détail. En outre, il convient de mentionner que les habitants participent de plus en plus activement à réalisation des espaces verts, et leurs idées sont prises en considération lors de l'élaboration de nouveaux projets. Une large place est réservée à la disposition d'un mont de jeux pour enfants et à un emplacement de jeux réalisé en matériel de bois dans la première zone résidentielle ainsi qu'à un "zoo de jeux pour enfants" envisagé pour la troisième zone résidentielle.

DK 725.512

Zahlmann, J.
660 **Centre d'assistance médicale pour 50 000 habitants**

Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) 11, pages 660–663,
4 illustrations, 1 coupe, 3 sections horizontales

Le bâtiment compact à quatre étages, le premier de son genre qui vient d'être réalisé dans le nouveau complexe résidentiel Leninallee/Ho-Chi-Minh-Strasse, répond aux conditions de l'assistance médicale ambulante de la population dans des zones résidentielles du centre-ville. Au sous-sol du nouveau bâtiment sont disposés des départements physio- et hydrothérapeutiques, au rez-de-chaussée se trouvent les départements pédiatriques, le service radiologique et chirurgical, de plus, l'urologie et l'orthopédie. Au premier étage sont demiciliés les département à la plus grande fréquence de malades (médecine interne et générale, neurologie, gynécologie, laboratoires), et au deuxième étage, enfin, se trouvent l'administration, des locaux sociaux, la médecine dentaire et des départements spéciaux. Le bâtiment est réalisé d'après la méthode "SK Berlin 72", sa façade est en bois/métal léger pourvue d'un vitrage pare-soleil.

DK 69.022.3:72.017 69.022.326 69.022.38

Andres, G.
667 **Aménagement de façades en construction de logements complexe au district d'Erfurt**

Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) 11, pages 667–672,
16 illustrations, 3 sections horizontales, 3 plans en perspective

Le développement de la construction de logements au district d'Erfurt, basée sur la "série de construction de logements (WBR) Erfurt", traduit nettement les exigences accrues posées par les habitants à la valeur d'habitat et à l'aspect architectonique des bâtiments et quartiers résidentiels. En même temps, il témoigne de la qualification technico-matérielle croissante obtenue dans le secteur du bâtiment.
L'article propose des variantes relatives à l'aménagement de façades (entrées, murs de pignon, loggias, pièces en saillie) pour des immeubles résidentiels à 5 et à 11 étages, partiellement réalisés déjà. D'autres variantes, sur l'élaboration desquelles travaille actuellement un collectif d'auteurs de la VEB WBK Erfurt, ont pour but d'augmenter ultérieurement la qualité urbaniste en construction de logements. Les variantes proposées dans ce contexte font partie d'une conception qui, de concert avec le plan d'aménagement général et le plan directeur en couleur, fixe les principes architectoniques à appliquer pour un nouveau quartier résidentiel.

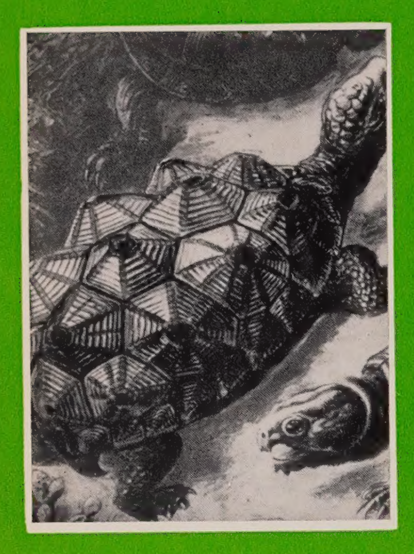
DK 645.4.001.1(430.2)

Schmatz, D.
673 **"Smaragd 80" – un programme de meubles pour la zone de séjour et à coucher**

Architektur der DDR, Berlin 26 (1977) 11, pages 673–677,
12 illustrations

La VEB Möbelkombinat Erfurt a mis au point un nouveau système de meubles offert sous la désignation "Smaragd". Ce système séduit par sa grande variabilité, l'offre complète en éléments interchangeables – salle de séjour, chambre à coucher, chambre de jeune – ainsi que par sa solution fonctionelle et conceptionelle réussie.

Index 31 409





Oskar Büttner und Erhard Hampe

Bauwerk - Tragwerk - Tragstruktur

Band 1: Analyse der natürlichen und gebauten Umwelt

1. Auflage 1977, 296 Seiten
mit 422 Abbildungen (davon
266 Fotos) und 58 Tafeln,
Leinen, 55,– M, Export 70,– M
Bestellnummer: 561 629 8

Bitte richten Sie Ihre Bestellungen an den örtlichen Buchhandel

Im Band 1 werden biotechnische Interpretationen von Tragstrukturen in der Natur mit Tragstrukturen vorwiegend kulturgeschichtlich bedeutender Bauwerke verglichen.
Dabei zeigen die Autoren Gemeinsamkeiten und Unterschiede, aber auch die Grenzen von Analogievergleichen auf.
Nach einer kurzen Einführung zur Abgrenzung der hier verwendeten Begriffe, vermitteln die Verasser die neuesten Erkenntnisse der Bionik und ihre Anwendung auf den Teilbereich des Bauwesens.
Weiterhin wird dargestellt, wie es berühmte Baumeister der Vergangenheit verstanden haben, ihre Bauten sicher, den jeweiligen technischen Möglichkeiten entsprechend wirtschaftlich und zugleich auch gut gestaltet zu bauen.
Unter diesem Gesichtspunkt werden alle wesentlichen Tragkonstruktionen – Stabtragwerke, ebene Flächentragwerke, Bogen- und Gewölbetragwerke, Schalen, zugbeanspruchte Seil-, Zelt- und pneumatische Tragwerke – an interessanten Objekten analysiert.
Das Buch spricht nicht nur den Fachmann, sondern wegen seiner kurzgefaßten und weitgehend allgemein verständlichen Darstellung auch darüber hinaus Interessierte an.



VEB Verlag für Bauwesen · DDR – 108 Berlin · Französische Straße 13-14